

LIBRARY

freie rundschau

ZEITSCHRIFT FÜR AKTIVE FREIHEITSPOLITIK

HERAUSGEBER: ZENTRALVERBAND POLITISCHER EMIGRANTEN AUS DER UDSSR (ZOPE) MÜNCHEN



NR. 2

MÄRZ / APRIL

1961

Inhaltsverzeichnis

	BERLIN UND LAOS	1
AGRARPOLITIK		
	DIE KONKURSERKLÄRUNG	3
Robert Wiesner:	KRISE DER LANDWIRTSCHAFT - KRISE DES SYSTEMS	6
Alexander Kashin:	ERNÄHRUNGSSORGEN IN ROTCHINA	11
Karel Cerny:	DIE KOLLEKTIVIERUNG DER LAND- WIRTSCHAFT	15
SOWJETUNION		
Georg Pismenny:	VON ANGESICHT ZU ANGESICHT (II)	17
WELTKOMMUNISMUS		
Robert Valberg:	EIN GESPENST GEHT UM	21
Len F. Hamilton:	LIEFERANT VON ZUCKER UND SPRENGSTOFF	23
G. Georgalas:	DER GRIFF NACH DER ÄGÄIS	27
SOWJETZONE		
Bert Graf:	DENUNZIATION IST BÜRGERPFLICHT	30
FERNOST		
K. Alexandrow:	ZUR VERTEIDIGUNG DER FREIHEIT	36
KULTUR		
Peter Wengrow:	VERSUCH EINER UNBLUTIGEN REVOLUTION	38
Gregor Beck:	„EINBLICK IN DAS LEBEN“	44
BÜCHER		
Wolfgang Leonhard:	„Kreml ohne Stalin“	46
Isaac Deutscher:	„Der grosse Wettkampf“	46
Robert Loring Allen:	„Soviet Economic Warfare“	47
Nikolaus Lobkowicz:	„Das Widerspruchsprinzip in der neueren sowjetischen Philosophie“	47
Ute Erb:	„Die Kette an deinem Hals“	48
Raymond L. Garthoff:	„The Soviet Image of Future War“	48

Die „freie rundschaue - Zeitschrift für aktive Freiheitspolitik“ erscheint zweimonatlich. Sie wird herausgegeben vom Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR (ZOPE) e. V., München, im Verlag des ZOPE, München. Zu beziehen durch alle Buch- und Zeitschriftenhandlungen oder direkt beim Verlag. Einzelpreis DM 1.-, Jahresbezugspreis DM 4.80, im Inland einschliesslich Porto. Abbestellungen nur jeweils bis 4 Wochen vor Jahresende. Bankkonto Nr. 525775 bei der Bayerischen Vereinsbank München, Zweigstelle Rotkreuzplatz, Postscheckkonto München 112816, „Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR“. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind München. Redaktionskollegium: Gregorij Danilow (für den Inhalt verantwortlich), Igor Kronsas, Alexander Tsurikow, alle München. Anschrift der Redaktion und des Verlages: München 19, Renatastrasse 77, Tel. 690 25; Berliner Redaktion: Berlin W 30, Martin-Luther-Strasse 88, Tel. 24 66 14. Hergestellt im Hausdruck des ZOPE, München. Signierte Beiträge vertreten nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion. Rücksendung nichtangenommener unverlangter Manuskripte nur auf Anforderung. Nachdruck von Wort und Bild werden nach Möglichkeit gerne gestattet, jedoch ist vorherige schriftliche Anfrage bei der Redaktion unbedingt erforderlich.

Berlin und Laos

Während der UN-Generalversammlung im Herbst 1960, die in der berühmtgewordenen Schubszene gipfelte, mussten einige westliche Journalisten in Gesprächen mit ihren sowjetischen Kollegen zu ihrem grössten Erstaunen erfahren, dass man sowjetischerseits von der Annahme der Vorschläge Chruschtschows durch den Westen – und zwar ohne irgendwelche Gegenleistung seitens Moskaus – zutiefst überzeugt war. Dass die westlichen Journalisten diese ihre Eindrücke seinerzeit sich zu veröffentlichen gescheut haben, ist verständlich: Der westliche Leser, der keine grossen Erfahrungen über den Kommunismus hat, ja selbst viele westliche Politiker würden sich nicht vorstellen können, dass die Sowjets so naiv zu sein vermöchten. Ihre Haltung würde man als eine Art geschickter Propaganda zu deuten versucht und lediglich darüber gerätselt haben, was denn die Sowjets eigentlich beabsichtigten. Heute, über ein halbes Jahr später, erscheint demgegenüber der Gedanke, die sowjetischen Überzeugungen von damals seien ernstgemeint gewesen, keineswegs mehr so abwegig.

Die Wiederaufnahme der Gespräche in Genf über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche haben ziemlich deutlich das sowjetische Beharren auf den eigenen Forderungen demonstriert, und der persönlich zur Eröffnung der Frühjahrssession der UN-Generalversammlung erschienene Gromyko hatte auch nichts Neues gegenüber den Forderungen Chruschtschows vom letzten Jahr vorzutragen. Dieses Festhalten von Thesen, die für den Westen unannehmbar sind, ist für die gegenwärtige sowjetische Politik genauso symptomatisch wie die relative Ruhe, die seit Beginn dieses Jahres in den politischen Be-

ziehungen zwischen „Ost“ und „West“ herrscht.

Nach den katastrophalen Ergebnissen der Plenartagung des Zentralkomitees im Januar, von denen wir in dieser Nummer berichten, scheint der Kremlchef sich ausschliesslich innerpolitischen Problemen zugewandt zu haben: Seit mehreren Wochen bereist er die Landwirtschaftsgebiete der Sowjetunion und erweckt den Eindruck, an der kommenden Frühjahrsbestellung mehr als an der Auseinandersetzung mit dem Westen interessiert zu sein. Im Westen wurde daher vielerorts der Gedanke ausgesprochen, dass Chruschtschow tatsächlich die Warnung aus Washington bezichtigt habe, die Einarbeitung der Administration Kennedys nicht durch Provokationen zu stören, wenn er scharfe Gegenmassnahmen der USA vermeiden wolle. Genauso plausibel schien es, dass Moskau zuerst den Kurs des neuen Präsidenten beobachten möchte und es daher auch an höflichen Gesten ihm gegenüber nicht fehlen liess.

Da man im Westen zu sehr von dem zwischenstaatlichen Modelldenken gefangen ist und den Verhandlungen mit sowjetischen Diplomaten mehr Aufmerksamkeit als dem Studium kommunistischer Erklärungen zumisst, wurde ein anderer Aspekt der sowjetischen „Zurückhaltung“ übersehen: das Abwarten der Resultate der kommunistischen Aktivität in Südostasien. Der Kompromiss, den man in der wortreichen Erklärung der 81 kommunistischen Parteien vom Dezember letzten Jahres zwischen Moskau und Peking geschlossen hatte, enthielt in sich die Möglichkeit für beide Partner, die Richtigkeit der von jeder von ihnen vertretenen Konzeption durch die Praxis sich erweisen zu lassen. In schein-

barer Untätigkeit beobachtete seitdem Moskau, welche Ergebnisse der chinesische Versuch zeitigen würde, mit den Mitteln eines Revolutionskrieges ein weiteres Land Asiens der kommunistischen Hemisphäre einzuverleiben. Die Pekinger roten Mandarine meinten, der amerikanische „papierene Tiger“ werde dies hinnehmen müssen, wogegen man in Moskau etwas vorsichtiger urteilte und zu Verhandlungen drängte.

Der Verlauf der Ereignisse in Laos schien jedoch die Richtigkeit der chinesischen Konzeption zu bestätigen. Die Erfolge der kommunistischen Partisanen und die Untätigkeit des Westens, der nach einer politischen Lösung suchte und damit die militärische Seite vorerst vernachlässigte, machten die Eroberung von ganz Laos bedenklich wahrscheinlich. Kein Wunder, wenn man in Moskau taube Ohren bekam und der amerikanische Gesandte mehrere Tage brauchte, ehe er die Genehmigung bekam, nach Nowosibirsk zu fliegen und Chruschtschow die Botschaft Kennedys zu übergeben und auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Der revolutionäre Krieg hat in Laos in dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden (24. März), ein Stadium erreicht, das es wahrscheinlich macht, dass nur noch entschiedenstes Auftreten des Westens (bis zur militärischen Intervention) den Verlust des Dschungelkönigreiches an die Kommunisten verhindern kann. Ob es noch eine Möglichkeit gibt, die Teilung des Landes nach dem traurigen Muster Deutschland, Korea und Vietnam zu verhindern, kann dagegen mit gutem Recht bezweifelt werden.

Dass man in Moskau nur der Sprache der harten Tatsachen zugänglich ist, beweist die Ruhe, die den anderen Konfliktberd schon seit geraumer Zeit umgibt – Berlin. Nicht nur die feste Haltung des Westens und seine unmissverständliche Bereitschaft, West-Berlin nur im Rahmen einer gesamtdeutschen Lösung zu verlassen, sondern auch die Haltung der Bevölkerung Mitteldeutschlands und die Kündigung des Interzonen-Handelsabkommens offenbarten den Sowjets die Schwäche ihrer Position in der Berlin-Frage.

Im Laufe der mehr als zwei Jahre, die seit Chruschtschows Berlin-Ultimatum vergingen, haben über eine halbe Million Menschen die

sogenannte DDR verlassen, wobei der Flüchtlingsstrom im ersten Jahr grösser war als im zweiten. Die Verluste für die Zone und ihre Industrie sind gewaltig. In den nächsten Jahren hat die „DDR“ wegen der äusserst ungünstigen Struktur ihrer Bevölkerung (Überalterung) mit einem Rückgang der Arbeitskräfte von mehr als einer halben Million zu rechnen (die Flüchtlinge nicht miteingerechnet). Der zweitstärkste Industriestaat des Ostblocks beginnt immer mehr, an Kreislaufstörungen zu leiden. Das ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Problem. Der Ulbricht-Staat wird zu einer ständigen Belastung und zu einem Unsicherheitsfaktor für die übrigen Ostblockstaaten. Die Kündigung des Interzonen-Handelsabkommens hatte selbst den Sowjets vor Augen geführt, wie sehr die „DDR“ auf die Lieferungen aus Westdeutschland angewiesen ist.

Den Flüchtlingsstrom durch eine hermetische Absperrung West-Berlins abzustoppen, scheut man sich in Pankow und Moskau nicht nur wegen der verheerenden politischen und propagandistischen Wirkung einer solchen Massnahme. Ein sofortiges Ausbleiben des Interzonenhandels und ein stürmisches Anwachsen der Unruhe in der Zone und in Ost-Berlin wäre die Folge: West-Berlin ist ja auch ein stabilisierender Faktor für das Ulbricht-Regime; wem die Lage unerträglich geworden ist, wer mit dem Regime in Konflikt geraten ist, entzieht sich ihm durch Flucht. Selbst die blosse Möglichkeit zur Flucht lässt das Leben erträglicher erscheinen und erleichtert es, bis aufs letzte auszuharren. Die Abriegelung West-Berlins würde eine Panik erzeugen, ganz abgesehen von einer kaum zuträglichen Zuspitzung der internationalen Situation. Daher hat auch Ulbricht auf dem gerade ablaufenden ZK-Plenum eine versöhnlichere Politik gegenüber der Bevölkerung (vor allem gegenüber der Intelligenz) empfohlen und eine genaue Untersuchung der Fluchtgründe angeordnet, um die „Miszstände zu beseitigen“.

Der Westen wird sich allmählich der Stärke seiner Berlin-Position bewusst. Der neuralgische Punkt des Westens verwandelt sich in einen solchen für die Kommunisten. Es liegt in der Hand des Westens, den zweiten – diesmal stillen – Sieg in Berlin in eine politische Offensive zu verwandeln.

Die Konkurerklärung

Immer wieder erweist sich die Landwirtschaft als ein Prüfstein des kommunistischen Totalitarismus. Sein Versuch, einen hochentwickelten Industriestaat ohne eine entsprechend entwickelte und kultivierte Landwirtschaft aufzubauen, kann heute als gescheitert angesehen werden. Die permanente Agrarkrise enthüllt den parasitären Charakter des Kommunismus. Sie ist ein Indiz dafür, dass der Kommunismus als eine bestimmte – wenn auch sehr lange – Phase der russischen Revolution sich restlos überlebt hat. Gerade in der Landwirtschaft wird es deutlich, dass der Kommunismus nicht schöpferisch sein kann, dass er nur von sozialen Spannungen, die ohne sein Zutun entstanden sind, parasitär leben kann.

Als in den Wirren der russischen politischen Revolution des Jahres 1917 Lenin und seine Partei die Macht an sich zu reißen vermochten, übernahmen sie zwangsläufig auch die Aufgaben und Ziele dieser Revolution Ihre eigene, die „proletarische“ Revolution, gab es weder damals noch später und könnte es auch nicht geben, da sie eine pure Spekulation Marx' und seiner (auch russischen) Adepten war. Auch die Hoffnung Lenins, mit Hilfe der russischen Revolution die „Weltrevolution“ auszulösen, erwies sich aus denselben Gründen als trügerisch. Statt der „List der Geschichte“ – die kommunistische Machtergreifung in einem „Entwicklungsland“ als Initialzündung der „proletarischen Weltrevolution“ in den Industriestaaten – blieb die Herrschaft eines totalitären Parteiapparates inmitten einer sozialen und wirtschaftlichen Umwälzung, die ihren Ausbruch der Entstehung einer Industriegesellschaft im Rahmen eines „Entwicklungslandes“ europäischer Observanz und der damit verbundenen Zersetzung der alten Ordnung zu verdanken hatte.

Alle Versuche der Kommunisten, diesen Prozess in die spezifischen Maszstäbe ihrer Doktrin und des durch sie bedingten politischen Systems hineinzupressen, wurden nur dort von Erfolg ge-

krönt, wo sie in der einen oder anderen Form mit den Zielen und Aufgaben der russischen Revolution wenigstens potentiell konform gingen, so zum Beispiel bei der verstärkten Fortsetzung der Industrialisierung und der Durchführung der sogenannten „Kulturrevolution“. In den Fällen jedoch, in denen ihre Massnahmen nur der Doktrin und ihrem System entsprangen – so vor allem in der Landwirtschaft –, erlebten die Kommunisten ein Fiasko nach dem anderen.

Trotz der angeblich „fortschrittlichen“ Organisation der Landwirtschaft und ihrer Mechanisierung, trotz des Hineintragens der „wissenschaftlichen Errungenschaften“ in das russische Dorf gelang es den Kommunisten weder, die Produktion der Landwirtschaft gegenüber der Zeit vor der Revolution zu erhöhen, noch die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Im Jahre 1959 ernährten 100 Hektar Anbaufläche nur 110 Einwohner (im Jahre 1955 waren es sogar nur 107), wogegen es in der Zarenzeit immerhin 135 Menschen waren, die von derselben Anbaufläche ernährt wurden. Nur durch die erhebliche Zunahme der Anbaufläche (von 118 Millionen ha im Jahre 1913 auf 192 Millionen ha im Jahre 1959) konnte die Ernährung der Bevölkerung überhaupt einigermaßen gesichert werden. Der Viehbesatz pro Hektar Anbaufläche hat weder den Stand von 1916, geschweige denn den von 1928 (am Vorabend der Kollektivisierung) erreicht. So gab es zum Beispiel im zaristischen Russland eine Kuh auf je 4 ha Anbaufläche, im Jahre 1928 vergrösserte sich der Viehbestand und auf eine Kuh kamen jetzt 3,8 ha Anbaufläche. Trotz der offensichtlich überhöhten Angaben Chruschtschows kommen dagegen heute in der Sowjetunion auf eine Kuh ganze 5,5 ha! Auch die Versuche, die Hektarerträge nennenswert zu erhöhen, sind völlig missglückt. Sie sind bei Getreide im Durchschnitt um mehr als die Hälfte kleiner als in den Ländern Westeuropas.

Die Missernte des Jahres 1960 hat diese katastrophale Situation dann noch verschärft. Auf der

für Dezember vorgesehenen und dann vom 10. bis 18. Januar 1961 abgehaltenen Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU, an der Hunderte von verantwortlichen Staats- und Parteibeamten und eine grosse Zahl von „Aktivisten“ teilnahmen, wurden die Miszstände zum Teil mit rücksichtsloser Offenheit aufgedeckt. Chruschtschow, der nicht nur selber eine grosse Rede am Ende der Tagung hielt, sondern die Redner ständig unterbrach und sie dabei meist scharf rügte, hatte mit seiner Feststellung, der Grund für die Misere der sowjetischen Landwirtschaft sei bei den Menschen zu suchen, gar nicht so unrecht. Allerdings vermied er hinzuzufügen, dass der Unwille der Menschen in dem System selbst, nämlich in der Ablehnung der Kolchosarbeit, begründet ist.

Aber auch ohne diese – verständlicherweise nicht ausgesprochene – Schlussfolgerung sprechen die Tatsachen für sich selbst. Obwohl das Schwergewicht der sowjetischen Landwirtschaft ohnedies einseitig auf der Getreideerzeugung liegt, blieb die Ernte des Jahres 1960 um 20 Millionen Tonnen hinter dem Planziel zurück. Noch alarmierender steht es mit der Ablieferung an den Staat. Statt der 70 Millionen Tonnen, die der Staat zur Ernährung der städtischen Bevölkerung sowie für die Bedürfnisse des Aussenhandels und der Wirtschaft dringend benötigen würde, lieferte die Landwirtschaft im Jahre 1960 nur 47,5 Millionen Tonnen. Dabei war das nicht etwa ein Ausnahmefall, sondern nur die Fortsetzung einer seit Jahren bestehenden Tendenz: So wurden im Jahre 1956 nur 41,4 % der Ernte an den Staat abgeliefert, im Jahre 1958 sank der Ablieferungsanteil auf 39,3 % und erreichte im Jahre 1960 nur noch 34,2 %. Auch die Neulandgebiete – die laut Chruschtschow angeblich die „erhebliche Steigerung der Getreideproduktion ermöglichen haben“ –, vermochten daran nichts zu ändern. Im Gegenteil – der Fehlschlag des Chruschtschow-Experimentes zeichnet sich immer deutlicher ab. Es ist aufschlussreich, dass in seiner grossen Rede kaum etwas über die Lage in den Neulandgebieten zu finden ist. Der Erste Parteisekretär von Kasachstan, G. Sokolow, musste zugeben, dass die Neulandgebiete 2,8 Millionen Tonnen Getreide zu wenig an den Staat abgeliefert haben. In der Ukraine wurde der Ablieferungsplan mit wenig über 50 % des Solls erfüllt. Nicht viel besser sieht es auch in den anderen Unionsrepubliken aus.

Über die Misere der Viehhaltung und das Zurückbleiben der Milch- und Fleischproduktion wurde nicht weniger als über das Versagen der Getreideproduktion gesprochen. Aber man vermied hier tunlichst, Zahlen für das ganze Gebiet der Sowjetunion zu nennen, was ein sicheres Zeichen für das Ausmass der Katastrophe ist. Über die

seinerzeitigen stolzen Versprechungen Chruschtschows, die UdSSR werde in zwei bis drei Jahren die USA in der Milch- und Fleischproduktion pro Kopf der Bevölkerung überholen, wurde keine Silbe mehr verloren.

Als Hauptgrund für das Versagen der Landwirtschaft nannte der Kremlchef die Unfähigkeit und die verbrecherische Gleichgültigkeit der lokalen Leiter der Landwirtschaft und der Parteibehörden. Sie lieferten nicht nur falsche, ja betrügerische Statistiken, sondern sie seien überhaupt nur auf ihr persönliches Ansehen bedacht, während ihnen die Interessen der Partei und des Volkes völlig gleichgültig seien.

Daneben führte Chruschtschow auch andere Mängel auf: Die veralteten Methoden der staatlichen Verwaltung der Landwirtschaft und der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, das Zurückbleiben der Agrarwissenschaft und des landwirtschaftlichen Maschinenbaues, den niedrigen Stand der Agrarkultur in den Kolchosen und die Massendiebstähle auf dem flachen Lande.

Bei der Aufzählung der Methoden, mit deren Hilfe der Notstand behoben werden soll, fehlt es – wie stets – nicht an organisatorischen Massnahmen. Wie schon oft, scheint sich die Sowjetführung viel von der Umorganisation der Behörden zu versprechen: So soll nun das Landwirtschaftsministerium in eine Art wissenschaftliches Zentrum umgewandelt werden, eine besondere Allunions-Gesellschaft für die Versorgung der Kolchosen mit technischen Ausrüstungen und Brennstoffen ins Leben gerufen, die Erfassung neu organisiert werden. Auch diesmal stellte Chruschtschow – wie seinerzeit bei den Neulandgebieten – eine typische Milchmädchenrechnung auf, indem er zur Hebung der Getreideproduktion die Bereitstellung bestimmter Anteile besten Bodens für den intensiven Maisanbau verlangte. Abgesehen davon, dass dieser Boden bereits durch hochwertige Kulturen besetzt ist (deren Ausfall nun ihrerseits Mangelercheinungen zeitigen werden) haben auch die Berechnungen Chruschtschows, man würde in diesen Gebieten zweier- oder dreimal so hohe Maisernten einbringen können, keinen realen Hintergrund.

Neu ist demgegenüber das Eingeständnis der Unproportionalität der Investitionen in der Landwirtschaft und in der Industrie als Grund für das Nachhinken der Landwirtschaft. Chruschtschow musste sich nun zu der These bequemen, dass „ohne die Erfolge in der Landwirtschaft der Aufbau des Kommunismus unmöglich“ sei. Man müsse daher die Investitionen überprüfen und Gelder aus der Industrie zur Hebung der Landwirtschaft umdirigieren. Die Planziele des Siebenjahresplanes sollen nun nicht mehr als das Minimum, sondern

als das Maximum des Anzustrebenden verstanden werden. Alle so frei werdenden Gelder müssen ab sofort für bedeutende Investitionen in der Landwirtschaft und für die Hebung der Produktion von Konsumgütern verwendet werden.

Diese stillschweigende Übernahme des Malenkov-Programms von 1953 ist allerdings mit einem Plan verbunden, der sich nicht unwesentlich von der Neulandgewinnung unterscheidet: Das Gros der Investitionen soll zur Bewässerung von Gebieten in Mittelasien verwendet werden, wo es viel Sonne, aber kaum Feuchtigkeit gibt. Die Fruchtbarmachung der Wüsten ist zu einem neuen Steckpferd Chruschtschows geworden. Dabei hat er sogar die eigenen begeisterten Schilderungen Sibiriens vergessen und erklärt nun ohne mit der Wimper zu zucken, dass es ein Fehler gewesen sei, nach Sibirien zu gehen. Auch ist Chruschtschow nun zu der Überzeugung gekommen, die Methoden der „moralischen Förderung“ zur Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft seien falsch. Der Segen an Orden und Ehrentiteln, die Hervorhebung der „Aktivisten“ und „Neuerer“, die unzähligen „Ehrentafeln“ und das laute Lob der Zeitungen haben sich nicht bewährt. Womit allerdings Chruschtschow die Produktion zu stimulieren beabsichtigt, blieb sein Geheimnis, da auch der vielgelobte „materielle Anreiz“, wie die Entwicklung der letzten Jahre deutlich genug zeigte, versagt hat.

Ob der Feldzug, den Chruschtschow gegen mittlere und höhere Parteibeamte auf dem ZK-Plenum begonnen und bei seiner anschliessenden Reise in die Landwirtschaftsgebiete fortgesetzt hat, ihm dabei helfen kann, ist sehr fragwürdig. Die Tendenz selbst ist jedoch interessant genug, um eigens hervorgehoben zu werden. Wie bereits erwähnt, griff Chruschtschow mehrere führende Parteibürokraten an, darunter Sekretäre der Gebiete und der Unionsrepubliken. Den Planungschefs der UdSSR und der Russischen Föderation, Nowikow und Gerassimow, empfahl er, zusammen mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Sassjadko, für einen Monat aufs Land zu gehen und dort eigenhändig Kühe zu melken. Den Ersten Parteisekretär des Gebietes Krasnodar (Nordkaukasus), Worobjew, schlug er vor, durch den Leiter einer Kolchosbrigade zu ersetzen. Über den Vorsitzenden des Ministerrates der Ukrainischen Sowjetrepublik, Kaltschenko, erklärte Chruschtschow:

„Und nun sitzt er hier, das Mitglied des ZK, Deputierter des Obersten Sowjets, Vorsitzender des Ministerrates einer der grössten Republiken, der Ukraine, und es tut ihm nichts, dass er Fehler gemacht hat, es fliesst von ihm ab, wie von der

Gans das Wasser. Was heisst das aber, dass er gefehlt hat? Das heisst, dass der Wirtschaft einer grossen Republik Schaden zugefügt wurde.“

In ähnlicher, bewusst diskriminierender Form sprach er auch von vielen anderen. Dabei wurde immer deutlicher, dass Chruschtschow eine neue Konzeption zu verbreiten trachtet: „Ich und das Volk“. Dagegen sind die zwischen ihm – dem um das Wohl des Volkes sorgenden und dem Volke dienenden Führer – und dem Volke stehenden Schichten der Staats-, Wirtschafts- und sogar der Parteibürokratie die eigentlichen Schuldigen an allen Nöten des Volkes. Er sei von der Partei und vom Volk gewählt, die ihm die Führung des Staates anvertraut hätten, und er beabsichtige auch, diese Führung wahrzunehmen, sich dabei auf das Volk zu stützen und beim Volke „um Rat zu fragen“.

Eine kalte Säuberung scheint bevorzustehen, und die Absetzungen von regionalen Grössen in den Wochen vor und nach dem ZK-Plenum bestätigen diese Prognose genau so, wie der neue Modus für die Delegiertenwahlen zum XXII. Parteikongress: An Stelle einer Vertretung 1 : 6000 Parteimitglieder ist nun eine Vertretung von 1 : 2000 vorgesehen. Das wird den XXII. Parteikongress in einen Mammutkongress verwandeln, auf dem Chruschtschow sich aber mit seiner Konzeption „Ich und das Volk“ besser durchzusetzen und eventuellen Gegenströmungen im Parteiapparat und dessen führenden Gremien erfolgreicher begegnen zu können hofft.

Der Feldzug gegen den Parteiapparat trägt jedoch die Gefahr in sich, die Grundlagen zu zerstören, auf denen bis jetzt die Macht Chruschtschows aufgebaut war und denen er seinen Aufstieg zu verdanken hatte. Die Zeiten Stalins sind vorbei und Chruschtschow selber hatte mitgeholfen, den Stalinschen Terror gegen die Partei zu beseitigen. Der Unwille des Parteiapparats kann sich gegen ihn selber wenden, sobald er versuchen sollte, sich über den Apparat hinwegzusetzen. Dann kann es passieren, dass der Anlass zu seinem Sturz eben die Landwirtschaftspolitik sein wird, die er seinerzeit zum Anlass der Absetzung Malenkows genommen hat. Ohne zu merken, dass er damit sich selbst und dem gesamten System ein tödliches Urteil sprach, hatte Chruschtschow vor dem Plenum erklärt:

„Angesichts unserer Naturbedingungen, unserer Weiten und vor allem angesichts unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten können nur Leute, die politischen Konkurs erklären möchten, behaupten, dass es unrealistisch sei, die vollständige Versorgung des Landes mit Landwirtschaftserzeugnissen zu sichern.“

Krise der Landwirtschaft— Krise des Systems

Seit der Januartagung des Zentralkomitees der KPdSU weiss die ganze Welt, dass auch in Zukunft die Landwirtschaft der neuralgischste Punkt der sowjetischen Wirtschaftspolitik sein wird und dass die Existenz einer kommunistischen Agrarverfassung unabdingbar verbunden ist mit dem sicheren Niedergang des ganzen Systems selbst.

Während dieser Tagung wurden wohl auch die letzten Illusionen zerstört, die sich die kommunistische Führung in den vergangenen Jahren von der vermeintlichen „Überlegenheit des sozialistischen Agrarsystems“ gemacht hatte. Denn auf Grund der Tatsache, dass die sowjetrussische Landwirtschaft von 1953 bis 1957 nach jahrzehntelangen Misserfolgen ihre Erzeugung auf wichtigen Gebieten bis zu 25 Prozent steigern konnte, hatte die Regierung erneut hochgespannte Erwartungen in die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Agrarwirtschaft gesetzt¹⁾. Im Banne dieser „Triumphe“ verkündete dann auch Nikita Chruschtschow 1957, die Sowjetunion würde spätestens bis zum Jahre 1960 die USA in der Erzeugung von Fleisch und Milch pro Kopf der Bevölkerung überflügeln. „Mit der Verwirklichung dieser Pläne“, so erklärte er, „werden wir den stärksten Torpedo auf den Eckpfeiler des kapitalistischen Weltgebäudes abschiessen; und ein Sieg in diesem Wettbewerb wird stärker als die grösste Wasserstoffbombe wirken.“²⁾

Von diesem geplanten Torpedoschuss wurde nicht mehr gesprochen, als die sowjetischen Führungsgremien auf der erwähnten ZK-Tagung die inzwischen wieder prekäre Situation der Landwirtschaft erörterten. Wenn es auch Sowjetrusslands Agrarplaner geflissentlich vermieden, präzise Angaben über die Ernteergebnisse des Jahres 1960 zu machen, so war doch zu entnehmen, dass die Erträge des Jahres 1959 nicht erreicht werden konnten. Die Landwirtschaft in den bisherigen Produktionsräumen zeigt dabei zum Teil eine

stagnierende Tendenz, während die Erzeugung in den Neulandgebieten um 20 Prozent hinter dem Planziel zurückgeblieben ist.³⁾

Diese Feststellungen erhellen dabei erst den Ernst der Situation, wenn man sich den bisherigen geringen Leistungsstand der sowjetischen Agrarwirtschaft vergegenwärtigt. Nichts macht wohl die ungenügende Produktivität der kommunistischen Landwirtschaft deutlicher als eine Gegenüberstellung des landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteils der UdSSR mit dem der deutschen Bundesrepublik. Während in der Sowjetunion 52 Prozent der Erwerbstätigen auf den Kolchosen und Sowchosen hart arbeiten müssen, um die Bevölkerung leidlich mit Nahrungsgütern meist pflanzlichen Ursprungs zu versorgen, sind in der Bundesrepublik nur 14 Prozent der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig und decken dabei 85 Prozent des Bedarfs an ernährungsphysiologisch hochwertigen Agrarprodukten.

Die Diskussionen während der ZK-Tagung haben aber auch erkennen lassen, dass auf der anderen Seite in allen landwirtschaftlichen Produktionsräumen der UdSSR Betriebe vorhanden sind, die betriebs- und arbeitswirtschaftlich ganz hervorragende Leistungen erbringen. Dieser Tatbestand ist ein unwiderlegbarer Beweis dafür, dass die Ursachen der schlechten Ertragslage weder in einer mangelhaften agrartechnischen und organisatorischen Begabung des russischen Menschen, noch in der Ungunst der natürlichen Verhältnisse (Bodenfruchtbarkeit und Klima) zu suchen sind, sondern dass die permanenten Misserfolge einzig und allein im sozialökonomischen System beschlossen liegen. So ist die Krise der sowjetischen Landwirtschaft in Wahrheit eine Krise des kommunistischen Systems. Diese Krise ist eine totale. Denn da in der Sowjetunion die Agrarver-

1) *Pravda*, 21. 6. 1958

2) *Pravda*, 4. 6. 1957

3) *Süddeutsche Zeitung*, 19. 1. 1961

fassung ein Korrelat der Staatsverfassung ist⁴⁾, greift die Krise über auf alle Bereiche staatlicher Aktion: den kulturellen, ökonomischen und sozialen.

In der Tat resultieren die Schwierigkeiten, denen die Sowjets auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft gegenüberstehen, in erster Linie daraus, dass die für die Landwirtschaft geltenden soziologischen und ökonomischen Gesetze dem für die sowjetische Agrarpolitik verbindlichen kommunistischen Dogma geradezu diametral zuwiderlaufen. Karl Marx, der Begründer der kommunistischen Sozialökonomie, interpretierte das Wirtschafts- und Sozialgeschehen als einen dialektisch ablaufenden Entwicklungsprozess, der mit der Entstehung des Privateigentums begonnen habe und mit der Bildung der klassenlosen Gesellschaft enden werde. Obwohl sich seine Untersuchungen nur auf den industriellen Sektor bezogen, glaubte er seine Beobachtungen auf die Landwirtschaft analog anwenden zu können⁵⁾. Das Kernstück der marxistischen Agrarlehre, die von Karl Kautsky weiterentwickelt wurde, bildete die Behauptung von der ökonomisch-technischen Überlegenheit des sozialisierten landwirtschaftlichen Grossbetriebes. „Die Kleinbauernwirtschaft ist ökonomisch bereits überwunden, sie behauptet sich nur noch durch Überarbeit und Hungerkonkurrenz.“⁶⁾

Von diesen Gedankengängen ausgehend, entwickelte die Sowjetunion zu Ende der zwanziger Jahre ihre heute noch gültige agrarpolitische Konzeption, obwohl zu dieser Zeit sogar sozialistische Agrartheoretiker die Marxschen Prognosen auf das schärfste bekämpften. Schon 1903 hatte Eduard David darauf hingewiesen, dass die landwirtschaftliche Produktion als ein organischer Prozess mit dem industriellen nicht auf einen Nenner gebracht werden könne. „Von Stufe zu Stufe nimmt der prozentuale Anteil der Maschinenarbeit ab, um auf der höchsten Stufe der Landarbeit so gut wie zu verschwinden... Darum stehen wir nicht an, die Verwandlung der landwirtschaftlichen Grossbetriebe in landwirtschaftliche Kleinbetriebe als erstrebenswertes Ziel aufzustellen.“⁷⁾

Eine weitere Bedingung für das Zurückbleiben der sowjetischen Landwirtschaft ist darin zu sehen, dass in Weiterentwicklung der Marxschen Agrarlehre der politische Führungsanspruch der Industriearbeiterschaft gegenüber dem Landvolk besonders herausgestellt wurde. „Die sozialistische Stadt muss das Dorf führen, indem sie im Dorf Kollektivwirtschaften und Sowchosen errichtet und so das Dorf auf eine neue sozialistische Art umgestaltet.“⁸⁾ Die sowjetische Agrarpolitik wurde dann auch in der Folgezeit von der „Avantgarde der Arbeiterklasse“ gestaltet, der russische Bauer musste sie erleiden.

Die Kolchosen und Sowchosen waren nach Abschluss der Stalinschen Reform von einer ökonomischen zu einer „sozialistischen Konstruktion“ geworden, wobei sie als wesentlicher Bestandteil der Staats- und Wirtschaftsordnung in die Zentralverwaltungswirtschaft eingebettet wurden. Die Betriebsleiter und Genossenschaftsbauern, die im Grunde zu Landarbeitern geworden waren, konnten ihren Betrieb nicht mehr nach eigenem Wissen und Können zum Erfolg führen, sondern alle betrieblichen Entscheidungen waren von der übergeordneten Planbürokratie abhängig.

Diese sozialistische Konstruktion widerspricht nun den ewig gültigen Wertordnungen des Bauertums eklatant. Die enge Verbundenheit mit Boden, Pflanze und Tier, das Wirken in einem menschlich und räumlich eng abgegrenzten Bereich schafft dauerhafte Bindungen und Prägungen, die das bäuerliche Wesen bestimmen: „Das sind die Bindungen an eine dingliche Umwelt und an eine religiöse Überwelt.“⁹⁾ Beständigkeit, Individualität und Religiösität sind die markantesten Wesenszüge, die wir bei Bauern aller Gesellschaftssysteme antreffen.

Arbeitsintensität verbunden mit einem hohen Wirtschaftserfolg sind dabei der äussere Ausdruck dieser dinglichen Bindung. „Der Bauer denkt in Hoferfordernissen und Hofnotwendigkeiten. Das Sichabmühen für den Hof, für die Bauernstelle, ist für das intakte Bauertum etwas Selbstverständliches und nicht weiter zu Diskutierendes.“¹⁰⁾ Mit der Kollektivierung wurden indessen diese Bindungen erheblich gelockert und damit gleichzeitig ein wichtiges Antriebsmittel des wirtschaftlichen Erfolgs beseitigt. Die Sowjets glauben, gemäss ihrer Agrarlehre im Kolchos und Sowchos eine geeignete Betriebsform gefunden zu haben, welche eine optimale Nutzbarmachung der Technik gestattet, und übersehen dabei, dass jede Betriebsform zu Misserfolgen führen muss, wenn in ihr die seelischen, geistigen und materiellen Bedürfnisse der arbeitenden Menschen missachtet werden. Die Festsetzung von Arbeits- und Ablieferungsnormen hat dabei wenig an den dadurch entstandenen Schwächen geändert.

„Es ist ein *circulus vitiosus*, der schwer zu durchbrechen ist. Je grösser der staatliche Druck,

4) Niehaus: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*. Göttingen 1954, Bd. I, S. 91

5) Karl Marx: *Das Kapital*. Berlin 1932, Bd. I, S. 705

6) Karl Kautsky: *Die Agrarfrage*. Stuttgart 1899, S. 99

7) Eduard David: *Sozialismus und Landwirtschaft*. Berlin 1903 Bd. I, S. 12 ff.

8) Josef Stalin: *Fragen des Leninismus*. Moskau 1947, S. 340

9) Abel: *Agrarpolitik*. Göttingen 1958, S. 48

10) Weippert: *Die Krise des Bauertums*. Hannover 1948, S. 68

um so weniger kann man sich auf die Mitarbeit der Menschen verlassen, um so geringer werden die Leistungen. Je geringer aber die Leistungen, desto stärker muss auf der anderen Seite der staatliche Druck werden.“¹¹⁾

Diese Divergenz zwischen Staatsführung und Landvolk wird dabei stark von religiösen Empfindungen getragen, da die Bauern aller Kulturen und Gesellschaftssysteme religiös veranlagt sind. „Es ist wie ein Symbol: über Hof und Scholle des Bauern wölbt sich der blaue Himmel. Darum ist Gott das innerste Innen der bäuerlichen Kultur.“¹²⁾ Der aktive Widerstand der russischen Bauern gegen die Kollektivierung in den dreissiger Jahren – man sprach von einem „Fluch des Kollektivs“ – hat seine Wurzeln in der religiösen Bindung des Landvolks.

Diese zeitlosen Grundwerte bäuerlicher Kultur müssen von der entgötterten, materialistischen und totalitären Staatsmacht des Kommunismus als eine Herausforderung empfunden werden. Bei dem Zusammenprall der beiden grundverschiedenen Welten wurde zwar die überlieferte bäuerliche Agrarstruktur zerschlagen, das russische Bauerntum musste aber von diesem Wandlungsprozess fast unberührt bleiben, da die naturgebundene Tätigkeit für eine Änderung bäuerlicher Wesenszüge nur wenig Spielraum lässt. Aus diesem Spannungsverhältnis ergeben sich dann auch jene Auflösungserscheinungen, welche die eigentliche Krise des Kommunismus ausmachen und die kommunistische Agrarpolitik zum dauernden Misserfolg verurteilen müssen.

Die Sowjets pflegen immer wieder darauf hinzuweisen, dass die von ihnen zugestanden Mängel ihres Agrarsystems im soziologischen Bereich durch die betriebsökonomische Überlegenheit des in die sozialistische Planwirtschaft eingegliederten landwirtschaftlichen Grossbetriebes mehr als ausgeglichen würden.¹³⁾ Der Einbau der Agrarproduktion in einen zentralen Wirtschaftsplan muss jedoch erhebliche Schwierigkeiten im Gefolge haben. Denn während im industriellen Sektor die Produktionsbedingungen vorher genau festgelegt werden können, ist das in der Landwirtschaft infolge der Abhängigkeit von den Witterungsverhältnissen nicht möglich. Aus diesem Grunde müssen sich hier Fehldispositionen in einem Betriebszweig auf den gesamten Betrieb in verstärktem Masse auswirken.

Ein weiterer Mangel ist darin zu sehen, dass die Betriebsleiter in erster Linie daran interessiert sind, den nach Quantitäten berechneten Wirtschaftsplan zu erfüllen und auf die Qualität der Erzeugnisse daher nicht achten. Deshalb sind auch die Misserfolge in allen denjenigen Produktionsrichtungen, die eine besonders sorgfältige

und individuelle Behandlung durch die arbeitenden Menschen erfordern, ausserordentlich gross. Dies gilt vor allem für den Hackfruchtbau und die Viehwirtschaft. Die Sowjets haben aus diesem Grunde unter Missachtung der betriebswirtschaftlichen Grundsätze den Getreidebau, der relativ leicht mechanisiert werden kann, ungewöhnlich stark ausdehnen müssen. In der sowjetischen Landwirtschaft macht der Anteil des Getreidebaus an der gesamten Ackerfläche mehr als 70 Prozent aus. Diese Bemühungen müssen jedoch auf die Dauer an der Tatsache scheitern, dass einer Monokultur enge Grenzen gesetzt sind. Sie zerstört die Bodenstruktur, vermindert die Fruchtbarkeit und begünstigt die Vermehrung von Schädlingen. Am stärksten muss sich aber die Ungunst der Verhältnisse auf die Viehhaltung auswirken, da dieser Betriebszweig in höchstem Masse einer individuellen Pflege bedarf. Dazu kommt, dass aus dem gleichen Grunde die Futterwirtschaft vernachlässigt werden musste.

Diese kurz skizzierten soziologischen und betriebswirtschaftlichen Mängel des sowjetischen Agrarsystems haben im wirtschaftlichen Ergebnis seit drei Jahrzehnten einen adäquaten Niederschlag gefunden. Unter welchen Gesichtspunkten man die sowjetische Agrarpolitik auch betrachten mag, in keinem Falle kann sie erfolgreich genannt werden. Weder vom Standpunkt der Arbeits- oder Flächenproduktivität noch von dem der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung oder des bäuerlichen Arbeitseinkommens zeigt sie positive Züge. Während in den westeuropäischen Ländern die Erträge auf dem Gebiet des Ackerbaus und der Viehhaltung in den letzten 50 Jahren um 40 Prozent gestiegen sind, hat die sowjetische Landwirtschaft für diesen Zeitraum eine ungewöhnlich geringe Wachstumsrate zu verzeichnen. Die Tabellen auf Seite 9 mögen dies verdeutlichen.

Diese Daten lassen klar erkennen, dass sich das sozialökonomische System Sowjetruslands keinesfalls günstig auf die Agrarproduktion ausgewirkt hat. Bei der Entwicklung der Viehhaltung darf dabei die Fleisch- und Milchleistung pro Vieheinheit nicht übersehen werden. In der Sowjetunion liegt beispielsweise die Jahreserzeugung einer Kuh bei 1200 Liter Milch, während in der Bundesrepublik die dreifache Menge erreicht wird. Wie wenig das Sowjetsystem für die arbeitsintensive Viehwirtschaft geeignet ist, beweist die Tatsache, dass über 50 Prozent der Kühe auf den privaten Sektor entfallen. So gab es am 1. Januar 1958 in der UdSSR 22 Millionen Milchkühe, wovon

11) Schiller: *Berichte über Landwirtschaft*. Hamburg 1953, S. 172

12) Tenhumberg: *Dienst am Landvolk*. In: *Stimmen der Zeit*, Hannover, 1949/50, S. 251

13) Stalin: *Fragen des Leninismus*. Moskau 1947, S. 387

allein 11,3 Mill. in den Privatwirtschaften der Kolchosbauern gehalten wurden.¹⁴⁾

Aber auch auf dem Sektor des Getreidebaus, der das klassische Beispiel für die technische Überlegenheit des sozialisierten landwirtschaftlichen Grossbetriebes abgeben sollte, haben sich die Hoffnungen der kommunistischen Agrarplaner nicht erfüllt. Denn die Steigerung der Getreideerzeugung innerhalb von 40 Jahren von 80 auf 120 Millionen Tonnen ist nur durch die umfangreiche Erschliessung von Neulandgebieten möglich gewesen.

Ernteerträge in der Sowjetunion¹⁵⁾

	alte Grenzen		neue Grenzen	
	1913	1938	1938	1950
Ernteerträge in dz/ha				
Getreide	8,5	9,3	9,5	12,1
Zuckerrüben	168,7	141,0	139,0	190,0
Baumwolle	10,8	14,2	14,2	18,4
Flachs	3,2	2,9	2,7	4,4
Sonnenblumen	7,6	9,1	3,3	3,7

Erntemengen in Mill. to

Getreide	80,1	94,9	107,0	124,0
Zuckerrüben	10,1	16,7	16,9	23,5
Baumwolle	0,6	2,7	2,7	3,8

Viehbestand in der Sowjetunion nach Millionen Stück¹⁵⁾

	alte Grenzen			neue Grenzen			
	1916	1928	1933	1938	1938	1950	1953
Rindvieh	60,6	70,5	38,4	63,2	71,2	57,2	56,6
Schweine	20,9	26,0	12,1	30,6	36,1	24,1	28,5

Diese Aktion muss aber überraschen, wenn man bedenkt, dass die bisherigen Anbaugelände trotz der geringen Flächenerträge von 12,1 dz/ha – gegenüber 28 dz/ha in Mitteleuropa – ihre Produktionsgrenze erreicht zu haben scheinen.

Die Erschliessung der Neulandgebiete ist dabei volkswirtschaftlich recht problematisch, weil sie nämlich viel höhere Kapitalinvestitionen erfordert als eine Ertragssteigerung in den alten Produktionsräumen. Es müssen bei solchen Operationen neue Siedlungen angelegt, neue Transporteinrichtungen geschaffen sowie eine grosse Zahl von Arbeitskräften und Maschinen in die betreffende Gegend gebracht werden. Es ist jedenfalls sehr zweifelhaft, ob dieser gewaltige volkswirtschaftliche Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zu dem damit verbundenen Risiko steht, zumal sich bislang die hohen Erwartungen, welche die Sowjetregierung

in die Erschliessung der Neulandgebiete gesetzt hat, nicht erfüllt haben und sich auch nicht erfüllen können. Da die Sowjets aus Mangel an vielseitig geschulten Fachkräften die neuen Produktionsräume in Monokultur bewirtschaften müssen, werden nach alter ackerbaulicher Erfahrung die künftigen Erträge sinkende Tendenz haben.

Die ungünstige Ertragslage der Landwirtschaft dürfte die Sowjetunion bei der rapid wachsenden Bevölkerung in naher Zukunft vor erhebliche Versorgungsschwierigkeiten stellen. Dabei wird im Interesse der Volksgesundheit eine Umstellung der Ernährung von pflanzlichen Erzeugnissen auf tierische Veredelungsprodukte immer dringender. Da für den Ackerbau geeignete Neulandgebiete ohne gewaltige Investitionen so gut wie nicht mehr zur Verfügung stehen, wird man überlegen müssen, wie in den alten Erzeugungsräumen die Erträge gesteigert werden können. Das Hauptproblem ist darin zu sehen, auf welche Weise das materielle Interesse der Kolchosbauern an einer Produktionssteigerung geweckt werden kann. Bei einer Aufschlüsselung der landwirtschaftlichen Einkommen muss es jedoch fraglich erscheinen, ob in Ansehung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Agrarverfassung ein materieller Anreiz überhaupt möglich ist und gegebenenfalls wirksam werden kann.

„Wenn man das Einkommen aus den Kollektivwirtschaften und den Eigenwirtschaften zusammenfasst, kommt man auf ein Gesamteinkommen der Kolchosbauernfamilie von 9050 Rubel im Jahr. Davon entfallen 3650 Rubel auf die Einnahmen aus dem Kolchos und 5400 Rubel auf die Eigenwirtschaft. Das Entgelt pro Arbeitskraft beträgt also 4200 Rubel im Jahr. Dabei dürfte die Kaufkraft des Rubels bei ungefähr 0,15 DM liegen. Es ergibt sich also ein Arbeitslohn von 650 DM.“¹⁶⁾

Da also über 60 Prozent der Geldeinnahmen aus der Eigenwirtschaft stammen, die kaum die Grösse eines halben Hektars erreicht, müssten wohl die Preise für die auf den Kolchosen erzeugten Produkte mindestens verdoppelt werden, um den Bauern überhaupt einen Anreiz zur Leistungssteigerung zu geben. Man darf dabei nicht übersehen, dass selbst ganz aussergewöhnliche Preissteigerungen sich im Hinblick auf die betriebswirtschaftlichen Schwächen des Kolchosystems nur begrenzt auf eine Produktionserhöhung auswirken könnten. Preiserhöhungen zugunsten der Landwirtschaft in solchem Ausmass hätten aber alsbald so gewaltige volkswirtschaftliche Dispro-

14) *Vestnik statistiki* Nr. 4, 1958, S. 93

15) Schiller: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*. Göttingen 1956, Bd. IX, S. 355

16) Schiller: *Berichte über Landwirtschaft*. Hamburg 1957, S. 192

portionen im Gefolge, dass die Sowjetunion in den Strudel einer Wirtschaftskrise von tödlicher Bedrohung gezogen würde. Die einzige Möglichkeit, unter Beibehaltung des jetzigen Agrarsystems für die Zukunft eine Versorgungskrise zu vermeiden, wäre eine Verringerung der Bevölkerungszunahme. Zu einer Vergrößerung der Eigenwirtschaft, was wohl auf Grund der bisherigen Produktionserfolge auf diesem Sektor die einzige realpolitisch vertretbare Lösung wäre, dürfte sich die Sowjetunion wohl kaum entschliessen, da auf diese Weise die theoretischen Grundlagen und die politische Allmacht des Systems in Frage gestellt würden.

Die Sowjetregierung ist sich allerdings wohl bewusst geworden, dass die Agrarkrise mit den herkömmlichen Mitteln kommunistischer Wirtschaftspolitik nicht beseitigt werden kann. Nach einer Erklärung Chruschtschows auf der ZK-Tagung müssten Investitionsmittel und Arbeitskräfte, die für den verstärkten, über die Ziele des Siebenjahresplanes hinausgehenden Ausbau der Eisen- und Stahlindustrie „normalerweise“ vorgesehen seien, unverzüglich in der Landwirtschaft eingesetzt werden: „Der Aufbau des Kommunismus ist unmöglich, wenn wir Metalle und Maschinen erzeugen, aber nicht in der Lage sind, das Volk zu ernähren. Zur Überwindung der Agrarkrise müssen alle finanziellen und wirtschaftlichen Mittel zusammengefasst werden.“

Dieser wirtschaftspolitische Kurswechsel Chruschtschows könnte unter Umständen erhebliche politische Veränderungen in der Sowjetunion zur Folge haben, wenn man bedenkt, dass im Jahre 1955 Nikita Chruschtschow seinen Vorgänger Malenkov wegen ähnlicher Reformpläne gestürzt und zum Parteifeind erklärt hat. Der Sowjetregierung dürfte es mittlerweile klar geworden sein, dass ohne eine Veränderung der ideologischen Grundlagen das Agrarproblem nicht gelöst werden kann. Solange aber das Agrarproblem ungelöst ist, kann die SU das wirtschaftliche Niveau westlicher Industriestaaten nicht erreichen, da bei der jetzigen Agrarverfassung allein über 50 Prozent der arbeitenden Menschen zur leidlichen Sicherung der Volksernährung eingesetzt werden, während dieser Anteil in den sogenannten kapitalistischen Staaten nur 10 bis 20 Prozent ausmacht.

Von kommunistischer Seite wird nun gegen die Kritik, die an dem sowjetischen Agrarsystem geübt wird, immer wieder geltend gemacht, dass das Zurückbleiben der Landwirtschaft im modernen Industriestaat ein weltweites Problem sei und bei den kapitalistischen Ländern in noch viel höherem Masse in Erscheinung treten würde. Infolge der Abhängigkeit der Produktion von der Natur, der langen Dauer des Produktionsprozesses und der

geringen Mechanisierungsfähigkeit, die sich bei der westlichen Kleinbauernwirtschaft noch viel ungünstiger auswirken müsste, sei die ökonomische Wertschöpfung der Landwirtschaft zwangsläufig geringer als die der Industrie. Im übrigen würde die Unterlegenheit des kapitalistischen Agrarsystems nur deshalb nicht so offensichtlich hervortreten, weil in Ansehung des geringen landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteils in den westlichen Industriestaaten der Landwirtschaft leicht erhebliche Subventionen zugeführt werden könnten.

Dieses Argument trifft jedoch nicht zu. Denn in der Marktwirtschaft, welche die Kommunisten kapitalistisch nennen, kommen Unterschiede in den Produktionsbedingungen und den Produktionskosten bei Gleichheit der wirtschaftlichen Chancen und ausreichender Beweglichkeit der Produktionsfaktoren in den Preisen zum Ausdruck. Diese Unterschiede werden dann bei der Marktpreisbildung, die dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegt, ausgeglichen. Wenn es nun heute noch eine echte Disparität zwischen Landwirtschaft und Industrie gibt, so ist das kein Beweis für die Unzulänglichkeit des in der westlichen Welt praktizierten marktwirtschaftlichen Systems, sondern vielmehr ein Hinweis, dass marktwirtschaftliche Grundsätze lange Zeit in weiten Bereichen der Wirtschaft nicht zur Geltung gekommen sind.

Insbesondere hat die amtliche Agrarpolitik bis in die jüngste Vergangenheit die Entwicklung zu einer gesunden Agrarstruktur mit optimalen Betriebsgrößen nicht hinreichend beachtet. Das landwirtschaftliche Erbrecht der Realteilung in Verbindung mit einer mangelnden Kenntnis betriebsökonomischer Zusammenhänge ist die eigentliche Ursache für die unzulängliche Anpassung vieler landwirtschaftlicher Kleinbetriebe an das Marktgeschehen. Die europäische Politik wurde dazu noch in vielen Fällen von Interessentengruppen beherrscht, die einen ausgeglichenen Wettbewerb zum Nachteil der bäuerlichen Familienbetriebe verhinderten. So waren es in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg die Junker mit Ar und Halm im Osten und die Herren über Kohle und Stahl im Westen, die sich eine ungewöhnlich starke wirtschaftliche Vormachtstellung sichern konnten. Die Koppelung der Eisen- und Getreidezölle in der Wilhelminischen Ära ist ein Beweis dafür, wie weit der Einfluss dieser Interessengruppen in die hohe Politik hineinreichte. Auf Grund des preussischen Dreiklassenwahlrechts und der Verfügungsgewalt über Heer und Verwaltung konnte der ostelbische Grossgrundbesitz unter Umgehung marktwirtschaftlicher Grundsätze die Agrarpolitik weitgehend zu seinen Gunsten beeinflussen. Nach dem Ersten Weltkrieg waren

es dann vor allem die grossen Industrieverbände und Arbeitergewerkschaften, welche die Durchsetzung einer systemgerechten Agrarpolitik verhinderten. Wenn heute also in Deutschland und in anderen europäischen Ländern die Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft ungesund sind, so ist das kein Beweis für die Unzulänglichkeit des für diese Staaten nunmehr verbindlichen sozialökonomischen Systems der sozialen Marktwirtschaft, sondern die Bestätigung dafür, dass in der Agrarpolitik jahrzehntelang marktwirtschaftliche Grundsätze auf dem Altar wirtschaftlicher Interessentengruppen geopfert worden sind.

Seit einigen Jahren indessen sind in den westeuropäischen Staaten ernsthafte Bestrebungen vorhanden, die Landwirtschaft fest in das System der sozialen Marktwirtschaft einzufügen. Die öffentlichen Mittel, die dabei der Landwirtschaft

zugeführt werden, sollen nicht etwa eine „Unterlegenheit des westlichen Agrarsystems“ verschleiern, wie die Kommunisten es behaupten, sondern lediglich die mangelhaften Produktionsgrundlagen, die ja ein Ergebnis der früheren systemwidrigen Agrarpolitik sind, verbessern helfen. Die Erfolge, die bislang im Rahmen dieser konstruktiven Agrarpolitik erzielt worden sind, zeigen, dass die freie Bauernwirtschaft im Wettbewerb mit der gewerblichen Wirtschaft durchaus ein angemessenes Einkommen erzielen kann.

Deshalb wird auch in Zukunft der bäuerliche Familienbetrieb in einer auf Freiheit und soziale Gerechtigkeit gegründeten Staatsordnung gegenüber all denjenigen Völkern der Welt seine Leuchtkraft behalten, die heute noch unter der Agrarverfassung des zu Ende gehenden Feudalismus, aber auch des kommunistischen Kollektivs in Knechtschaft leben.

Ernährungssorgen in Rotchina

Die Folgen ideologischen Starrsinn

VON ALEXANDER KASHIN

Die Reform der Landwirtschaft und die Steigerung des jährlichen Ernteertrages waren immer die wichtigsten Punkte des Programms der chinesischen Kommunisten. Und dennoch erlebten und erleben sie immer noch ihre ärgsten Schlappen gerade auf diesem Gebiet. Die landwirtschaftliche Produktion ist zwar gesteigert worden – nach den offiziellen Angaben sogar erheblich –, das Land jedoch ist trotzdem von der Hungersnot nicht nur nicht befreit worden, sondern Not und Elend der Bevölkerung sind noch viel grösser geworden denn je zuvor. Die letzten drei Jahre waren sogar besonders katastrophal, wobei zu ungünstigen Witterungsverhältnissen noch menschliches Versagen und vor allem das Versagen des Systems kamen.

Mitte 1958, als die Volkskommunen gerade eingeführt wurden, rief Mao Tse-tung seine Landsleute zu „drei Jahren schwerer Arbeit“ auf, die dann von „zehntausend Jahren des Glücks“ abgelöst werden sollten. Zweifellos fielen viele Chinesen auf dieses Schlagwort herein, und jedenfalls die anfängliche Begeisterung dürfte tatsächlich nicht gering gewesen sein. Die drei Jahre schwerer Arbeit sind jedoch inzwischen zu Ende gegangen, von dem verheissenen Glück aber ist noch nichts zu spüren. Der „Grosse Sprung nach vorn“ erwies

sich als ein Sprung zur Seite oder gar nach rückwärts, und niemand, nicht einmal die Partei- und Regierungsstellen, wagen jetzt über Erfolge und Errungenschaften zu reden, die mit Hilfe dieses Sprunges erreicht worden seien. Es sind im Gegenteil Stimmen laut geworden, die die Richtigkeit dieser ganzen Kampagne bezweifeln und neue Wege vorschlagen. Zu diesen Kritikern gehören sogar einige hochgestellte Persönlichkeiten des kommunistischen China.

Die wichtigste Äusserung wurde in diesem Zusammenhang von dem rotchinesischen Landwirtschaftsminister Liao Lu-yan getan, der in dem theoretischen Parteiorgan der kommunistischen Partei Chinas die gegenwärtige Situation auf dem Dorfe unter die Lupe nahm. Dieser Artikel ist deswegen besonders interessant, weil in ihm zum ersten Mal die Schuld für die Hungersnot nicht nur als eine Folge von Naturkatastrophen hingestellt wird. Er wagt sogar, das offizielle Parteiprogramm zu kritisieren und Vorschläge zu machen, die das genaue Gegenteil des Programmes beinhalten, in dem die Pekinger Führung das Allheilmittel für die chinesische Landwirtschaft gesehen hatte. Liao Lu-yan gibt zu, dass die rotchinesische Landwirtschaft noch immer eine der primitivsten der Welt sei und dass in den kommenden Jahren

auch kaum eine entscheidende Änderung in dieser Beziehung erwartet werden könne. Nach seinen Angaben wurden im Jahre 1959 nur 5 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Hilfe von Maschinen, Traktoren und dergleichen bearbeitet. Im grossen und ganzen seien auch in diesem Jahr noch die Methoden angewandt worden, die bereits in der Zeit Konfuzius' üblich waren.

Ein anderes ernstes Problem besteht – nach Liao Lu-yen – in dem Mangel an Kunstdünger, der in China grösstenteils immer noch von den Bauern mit primitivsten Mitteln hergestellt wird. Des weiteren bestehe paradoxerweise in dem überbevölkerten China Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande. Die Industrialisierung Chinas ist überstürzt und ohne entsprechende Vorbereitung durchgeführt worden, die Landwirtschaft musste zu schnell und zu viele Menschen an die Industrie abgeben und die so entstandene Knappheit an Arbeitskräften hatte sich auf die letzten Ernteergebnisse verheerend ausgewirkt.

UNGENÜGENDE MASSNAHMEN

Der Landwirtschaftsminister begnügt sich jedoch nicht mit der Analyse der entstandenen Situation, er unterbreitet auch konkrete Vorschläge, durch deren Verwirklichung seiner Meinung nach die Verhältnisse auf dem Agrarsektor radikal gebessert werden könnten. Welches sind nun seine Vorschläge? Zunächst distanzieren sie sich, wie gesagt, von dem offiziellen Programm der Partei und der Regierung, das eine Mechanisierung der gesamten Landwirtschaft innerhalb der nächsten zehn Jahre verlangt. Liao Lu-yen hält dieses Programm für viel zu utopisch. Er hält die jetzige Krise für so ernst, dass er die Befürchtung ausspricht, sie könne zu einem Zusammenbruch der ganzen chinesischen Volkswirtschaft führen, wenn sie nicht auf schnellstem Wege bewältigt würde. Der Minister schlägt deshalb folgendes vor: Das Industrialisierungsprogramm müsse radikal und sofort gekürzt, die Umsiedlung eines Teiles der städtischen Bevölkerung in die Dörfer durchgeführt und Düngemittel im Ausland in bedeutendem Umfang eingekauft werden.

Liao Lu-yen nimmt es also auf sich, der Partei und der Regierung gerade das vorzuschlagen, was in den meisten asiatischen Ländern bereits geschehen ist und teilweise bereits zum Erfolg geführt hat. Nach seiner Ansicht müsste Rotchina seine landwirtschaftliche Produktion wenigstens verdoppeln, wenn es sich nicht nur gerade über Wasser halten, sondern die Industrialisierung mit guter Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen will. Der Agrarpolitiker versucht diese seine Ansicht durch folgendes Beispiel zu veranschaulichen:

„Es würde uns nicht schwer fallen, in einem Jahr insgesamt 10 000 Spinnereimaschinen aufzustellen; um diese neuen Textilfabriken jedoch mit Rohmaterial zu versorgen, müssten wir die Baumwollanpflanzungsfläche auf wenigstens zehn Millionen Mou vergrössern; das aber dürfte unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich sein.“

Es handelt sich jedoch nicht nur um die Anpflanzung von Gewächsen, die Rohprodukte für die industrielle Verarbeitung liefern, sondern auch und vor allem um das Problem der Ernährung der Bevölkerung. Die Verminderung der Zahl der ländlichen Arbeitskräfte und die Vermehrung der Industriearbeiterschaft hat ein Missverhältnis geschaffen, das die Ernährungskrise eklatant macht. Liao Lu-yen vertritt die Überzeugung, dass es falsch sei, die technischen Kulturen, die der Industrie Rohstoffe zu liefern haben, auf Kosten der bisher dem Getreideanbau vorbehaltenen Nutzungsfläche zu vermehren. Es müsse vielmehr angestrebt werden, beide Anbauarten gleichzeitig und in derselben Proportion anwachsen zu lassen.

Diese Vorschläge des rotchinesischen Landwirtschaftsministers, der mit bemerkenswerter Energie und vor allem mit Sachkenntnis gegen das offizielle Agrarprogramm der Regierung zu Felde zieht, werden aber allen Anzeichen nach vergebens bleiben. Nicht einmal die grosse Katastrophe dieses Jahres scheint die Partei und die Regierung zu bewegen, nach radikal neuen Wegen zu suchen. Einige Massnahmen wurden zwar getroffen, sie liegen jedoch alle auf der Linie der bisherigen offiziellen Agrarpolitik. Die Pekinger Führung ist offensichtlich auf keinen Fall gewillt, ihr Industrialisierungsprogramm zu stoppen, geschweige denn vorläufig überhaupt einzustellen. Der Akzent der allgemeinen Anstrengungen wird auch weiterhin auf der Schwerindustrie liegen. Mehr noch, trotz allem Versagen in der Vergangenheit wird in die Industrie nach wie vor die grösste Hoffnung gesetzt. Die parteitreuen Dogmatiker bleiben bei dem Glauben, dass nicht, wie Liao Lu-yen behauptet, die Landwirtschaft der Industrie aus der Sackgasse helfen müsse, sondern dass umgekehrt die Industrie sich selbst und die Landwirtschaft zu heilen vermöge. Sie bleiben bei ihrer Forderung nach Mechanisierung der Landwirtschaft, die in den nächsten zehn Jahren durchgeführt werden müsse. Es hat den Anschein, als wären sie tatsächlich der Überzeugung, dass solche Pläne keine Utopien darstellten.

So argumentiert zum Beispiel ein Artikel der *Jenminjipao* vom 26. August 1960, der *Über die technische Transformation der chinesischen Landwirtschaft* überschrieben ist, folgendermassen: Die grösste Aufgabe, die die chinesische Landwirtschaft zu bewältigen habe, sei der gewaltige

Sprung aus dem Zustand gegenwärtiger Primitivität und Rückständigkeit in die Aera des technischen Fortschritts. Dies sei innerhalb relativ kurzer Zeit möglich, da die chinesische Schwerindustrie alle Voraussetzungen dafür entweder bereits geschaffen habe oder doch in näherer Zukunft schaffen werde. Der Autor des Artikels gibt zu, dass die Verwendung von chemischen Düngemitteln die Getreideernte verdreifachen und die Baumwollenernte verdoppeln könnte. Trotzdem, so argumentiert er weiter, dürfe man sich auf ein Programm der Düngemittelankäufe im Ausland nicht verlassen. Statt dessen solle die eigene Düngemittelindustrie verstärkt werden und das trotz der Tatsache, dass alle bisherigen Anstrengungen auf diesem Gebiet wenig erfolgreich gewesen seien.

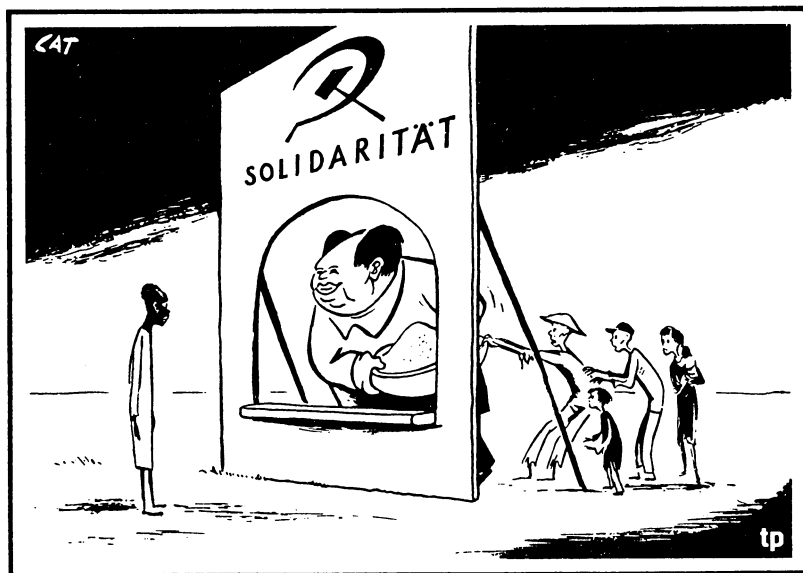
Der Autor des erwähnten Artikels bestreitet nicht, dass Rotchina vorläufig ausserstande sei, seine Landwirtschaft mit Maschinen und chemischen Düngemitteln zu versorgen; er ist jedoch überzeugt, dass diese Voraussetzung in spätestens zehn Jahren erreicht sein werde. Er schliesst mit dem Gedanken, dass die richtige ideologische Einstellung und das „Arbeitspathos“ vollkommen ausreichend seien, während der Übergangsperiode die fehlenden technischen Mittel zu ersetzen. Das also bleibt vorläufig das einzige Rezept gegen alles Elend und die Not, die in Rotchina herrschen.

Inzwischen sind allerdings doch einige administrative Massnahmen ergriffen worden, durch welche die Lage mindestens für das kommende Jahr gebessert werden soll. So wurden zum Beispiel die Volkskommunen für alle praktischen Zwecke abgeschafft und die Verfügungsgewalt an Genossenschaften übertragen, die in Wirklichkeit nichts anderes als auf chinesische Verhältnisse zugeschnittene Kolchosen darstellen. Die Kommunen verloren das Recht, technische Mittel, Arbeitskräfte und Zugtiere von einer Genossenschaft in die andere zu versetzen, geschweige denn, sie in die Industrie zu überführen. Die Volkskommunen haben jetzt nur noch Koordinierungsrechte. Sogar die Grösse der Anbaufläche der einzelnen Kulturen wird dieses Jahr von den Genossenschaften und nicht von den Volkskommunen bestimmt.

Das diese Massnahme freilich nur provisorischer

Natur ist und bei der ersten Gelegenheit widerrufen werden kann, zeigt die Tatsache, dass die gemeinsamen Esshallen beibehalten wurden. Die Bauern dürfen weiterhin keine eigenen Kochgelegenheiten besitzen und erhalten wie bisher ihre Verpflegung aus der Kommunalküche. Es wird jedoch viel über die sogenannte „materielle Interessenlosigkeit“ geklagt und man überlegt, wie man die Bauern durch finanzielle Anreize zu grösseren Arbeitsanstrengungen ermutigen könne.

Alle diese Massnahmen aber brauchen Zeit, um ihre Wirksamkeit – falls eine solche überhaupt



Rotchina hilft Afrika

zu erwarten ist – zu erweisen. Inzwischen dauert die Not der Menschen unverändert fort. Nach Angaben von Flüchtlingen in Hongkong und Maçao beträgt die Tagesration eines chinesischen Bauern und Arbeiters 5 bis 7 Unzen Reis – das sind etwa 140 bis 200 gr –, ein Satz, der in keinem Verhältnis zu dem Nahrungsbedarf des menschlichen Körpers steht. Es mag sein, dass dieses Elend zum Teil durch Getreideankäufe im Ausland, in erster Linie in Kanada und Australien, gemildert werden kann. Zu berücksichtigen ist jedoch in diesem Zusammenhang, dass die Pekinger Führung offensichtlich nicht die Absicht hat, ihre internationalen Verpflichtungen nicht zu erfüllen. Prestigeüberlegungen bleiben massgebend, und so fliesst chinesischer Reis weiter in die Speicher fremder Länder wie der Sowjetunion, Nord-Vietnams, Ceylons, Nord-Koreas und so weiter. Wie bereits erwähnt, versucht man ausserdem die industrielle Entwicklung in demselben Tempo wie bisher weiterzuführen, was die Situation selbstredend ebenfalls verschärft.

Die Pekinger Führung und die rotchinesische Bevölkerung bleiben also auf ihr „ideologisches Bewusstsein“ angewiesen. Not und Elend sollen nicht durch die Tat, sondern rein psychologisch bekämpft werden. Das führt nun wiederum zu einer grundlegenden Revision des marxistisch-leninistischen Dogmas, und zwar in genau entgegengesetztem Sinne als in der Sowjetunion. Hier verspricht Chruschtschow, dass die kommunistische Gesellschaft eine Gesellschaft des Überflusses sein werde, eine Gesellschaft ohne materielle Not, kurz, eine Gesellschaft des Wohlstands für alle. Er malt das Bild eines Menschen, der unter dem Kommunismus glücklich sein werde, weil er alles besitzen dürfe und besitzen werde, was in der Vergangenheit unter dem sogenannten „Kapitalismus“ nur den „Kapitalisten“ zugänglich war.

IDEOLOGIE UND KRANKHEIT

In Rotchina dagegen argumentiert man, dass die Sehnsucht nach dem materiellen Wohlstand von einer spiessigen Einstellung zum Leben zeuge und eines kommunistischen Menschen unwürdig sei. Zu diesem Thema äusserten sich mehrere chinesische Autoren, die wesentlichsten Äusserungen sind jedoch die des Ersten Sekretärs des Parteikomitees von Kwantung, T'ao Tschu, und die Teng Ying-tschaos, der Ehefrau Tschou En-lais. T'ao Tschu hielt vor Studenten der Kantoner Universität eine Rede, die später von mehreren rotchinesischen Zeitungen nachgedruckt wurde. In dieser Rede zog er gegen das allgemeine Verlangen der Chinesen nach einem guten und materiell gesicherten Leben zu Felde. Es stimme zwar, dass die kommunistische Partei Chinas ihren Feldzug im Namen der Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung entfaltet habe und dass die Kommunisten Materialisten seien und deshalb nie über den Geist redeten, ohne auf dessen materiellen Ursprung zu verweisen; dennoch dürfe man sie nicht mit „mechanischen Materialisten“ verwechseln:

„Es ist wahr, dass das materielle Leben für alle sehr wichtig ist. Man kann sich schwer vorstellen, wie einer ohne zu essen zehn Tage oder gar zwei Wochen am Leben bleiben könne. Trotzdem vergessen wir Kommunisten, wenn wir über das materielle Leben reden, das geistige, das spirituelle Leben nie. Gleichgültig, ob es uns gut oder schlecht geht, sollten wir keine Sekunde lang das geistige Leben vernachlässigen. Wie kommt es denn, dass wir immer so energisch und so jung sind, woher stammt unser Mut und unsere Tapferkeit? All das hat doch nichts mit der Quantität des verzehrten Schweinefleisches oder mit der Höhe unseres Lohnes zu tun. Die Kraft, die

uns vorantreibt, ist nicht die sogenannte „materielle Interessiertheit“, die von den Vulgärmaterialisten, die glauben, dass Geld allmächtig sei, dermassen akzentuiert wird. Unsere Kraft kommt aus der politischen und ideologischen Erziehung, die das kommunistische Bewusstsein des Volkes stetig steigert.“

T'ao Tschu sowie Teng Ying-tschao reden in der Tat wie moderne christliche Erweckungsprediger; wir finden bei ihnen dasselbe Pathos, denselben Geist der Entsagung. T'ao Tschu schliesst seinen Artikel zum Beispiel mit dem Ausruf:

„In welcher Epoche und welcher Klasse konnte es je ein solch reiches revolutionäres geistiges Leben geben wie in unserer Epoche und unserer Klasse? Daher dürfen wir nicht versagen und unsere Aera nicht verraten. Wir dürfen die Lehren der Partei und des Vorsitzenden Mao Tse-tung nicht Lügen strafen.“

Teng Ying-tschao geht in ihren Äusserungen sogar noch weiter als T'ao Tschu. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, die Chinesen zu belehren, wie man mit Krankheiten am besten fertig wird: Nicht etwa, indem man die Medizin zu Rate zieht, sondern indem man seine ideologische und politische Wachsamkeit erhöht. „Der Kampf gegen die Krankheit“, so sagt sie, „muss als eine Art politischer Mission betrachtet werden.“ Die Krankheiten rauben dem Staat wertvolle Arbeitsstunden und verlangsamen dadurch das Tempo der Industrialisierung. Dass sie gleichzeitig dem Kranken viele schmerzhaftige Stunden bereiten, interessiert sie am wenigsten. Die Interessen des Staates und der Partei sind es, die in erster Linie gewahrt werden sollen. Deshalb überschreibt die Autorin ihren Artikel: *Bekämpft die Krankheiten mit revolutionärem Geist*. Wie tut man das in der Praxis? Auch darüber weiss sie zu berichten. Sie schreibt:

„Ich habe häufig Krankheiten als Prüfung meiner Loyalität gegenüber der Partei erdulden und bekämpfen müssen. Wenn diese Krankheit länger währte, überfiel mich oft Verzweiflung, aber ich war immer wachsam und immer bereit, alle falschen Gedanken zu kritisieren und aus meinem Bewusstsein zu weisen. Damit erhöhte ich nicht nur meine körperliche Gesundheit, sondern auch mein ideologisches Bewusstsein... Sind unsere Gedanken und unsere ideologische Einstellung richtig, so werden wir imstande sein, jede Krankheit zu bekämpfen, auch wenn keine ärztliche Hilfe geleistet werden kann. Sind sie falsch, so können wir ärztliche Betreuung in Hülle und Fülle haben und trotzdem nie die Gesundheit erringen.“

Ob und inwieweit alle diese Ratschläge ehrlich gemeint sind und ob die Schreibenden ihre tatsächliche Überzeugung zum Ausdruck bringen oder nur die Parteidirektiven erfüllen, ist in diesem

Zusammenhang nebensächlich. Viel interessanter ist, dass die Partei es für nötig gefunden hat, ihre Parole von den „zehntausend Jahren glücklichen Lebens“ aufzugeben und ihre Tätigkeit auf die Stärkung des „ideologischen Bewusstseins“ der Bevölkerung zu konzentrieren. Damit ist zugegeben worden, dass die Pekinger Führung, wenigstens in den kommenden Monaten, keine Besserung der allgemeinen Situation erwartet und vielleicht sogar mit noch grösseren Schwierigkeiten rechnet.

Es bleibt uns noch ein Aspekt dieser Entwicklung aufzuzeigen, nämlich ihre Auswirkung auf die sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Wie immer in den Zeiten der Not sucht die Pekinger Führung auch jetzt ihren Kontakt zu Moskau möglichst eng zu gestalten und allen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen. Der noch vor wenigen Monaten heftig tobende Streit scheint beigelegt zu sein, und die chinesischen Kommunisten benutzen jede Gelegenheit, um die sowjetisch-chinesische Freundschaft zu betonen und ihre weitere Vertiefung vorauszusagen. Rotchina ist im Augenblick mehr denn je auf sowjetische Hilfe angewiesen, und dessen ist man sich in Peking auch vollkommen bewusst. Man spricht zum Beispiel davon, dass rotchinesische Getreideeinkäufe im Ausland durch die Sowjetregierung finanziert

seien, da Rotchina keine ausreichenden Devisenreserven besitze und sich solche Einkäufe deshalb gar nicht leisten könne.

Aber auch die Sowjetunion scheint aus verständlichen Gründen an der Verbesserung der Beziehung mit Rotchina interessiert zu sein. Jedenfalls beschäftigte sich die sowjetische Presse in letzter Zeit – zum ersten Mal seit vielen Monaten, wenn nicht gar Jahren – wieder in objektiver Weise mit chinesischen Problemen. Auch auf chinesischer Seite zeigt sich die Presse in jüngster Zeit weniger angriffslustig, auch in ihrer Haltung den Vereinigten Staaten und deren neuem Präsidenten gegenüber. Gleichzeitig wurde der Austausch von sowjetischen und rotchinesischen Delegationen verstärkt, und am 3. Februar berichtete TASS in begeisterten Worten über das Leben in der Volkskommune „Freundschaft“ in Rotchina, für die Chruschtschow anlässlich seines Besuches im Jahre 1954 die Einrichtung zur Verfügung gestellt haben soll. Laut TASS symbolisiert diese Volkskommune „die chinesisch-sowjetische Freundschaft“, die unerschütterlich sei.

Alle diese Ereignisse lassen vermuten, dass man in Rotchina mit gewissen neuen Entwicklungen, vielleicht sogar mit einigen Überraschungen zu rechnen haben dürfte.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft

Der Stand bis Frühjahr 1961

VON KAREL CERNY

Untersucht man den Stand der Kollektivierung der Landwirtschaft im Ostblock, so ergibt sich, dass neben der Sowjetunion die Sowjetzonenrepublik das einzige kommunistische Land in Europa ist, in dem es keinen Hektar Land mehr gibt, der von einem Einzelbauern bestellt wird.

Wie sieht es damit nun in den übrigen Volkdemokratien aus? Hierbei sollen nur die offiziellen Angaben, die auf Beiträgen der jeweiligen Landespresse oder den letzten Äusserungen namhafter Funktionäre zum Problem der Kollektivierung basieren, berücksichtigt werden.

In *Albanien* wurden im 3. Fünfjahresplan für die weitere Kollektivierung der Landwirtschaft keine neuen Ziele bekanntgegeben. Es wird lediglich erwähnt, dass etwa 85 Prozent des gesamten Agrarbodens kollektiviert worden seien. Daraus ergibt sich also, dass immerhin 15 % der

landwirtschaftlichen Nutzfläche noch nicht kollektiviert wurden. Es handelt sich dabei um den Besitz von Einzelbauern, die ihre Felder vorwiegend in schwer zugänglichen Gebirgsgegenden haben, in denen eine Kollektivierung zu ungünstigen Ernteerträgen führen würde.

Im benachbarten *Bulgarien* wurden bisher 90 Prozent des Ackerbodens kollektiviert. Doch können die Kollektivbauern ihre sogenannten „privaten Hofstellen“ halten und die Erträge aus den Hofstellen privat auf den Märkten verkaufen, worauf grosser Wert gelegt wird. Erst im Herbst forderten viele Zeitungen „die Festigung und Weiterentwicklung der Privatwirtschaften der Kollektivbauern, weil sie eine wichtige Reserve für die Versorgung des Marktes mit notwendigen Agrarprodukten darstellen sollen“.

Nach Angaben des „Staatlichen Statistischen

Amtes" in Prag sind in der *Tschechoslowakei* im Laufe des vergangenen Jahres 122 neue Kollektivwirtschaften gegründet worden. Damit hat sich aber der kollektiv bebaute Ackerboden nur unwesentlich erhöht. Waren es zu Anfang des Jahres 1960 85,2 %, so sind es jetzt 86,7 % des Ackerbodens der gesamten ČSSR, die von Kollektivbauern bearbeitet werden. Über 90 Prozent des gesamten Bodens waren im zentralböhmischen Bezirk, in West-, Nord- und Ostböhmen sowie in Südmähren und in der Westslowakei sozialisiert. In Südböhmen, Nordmähren sowie in der Ost- und Zentralslowakei beliefen sich die entsprechenden Zahlen auf nur 67,3 bis 89,1 Prozent.

Das „schwarze Schaf“ im Hinblick auf den Stand der Kollektivierung ist nach wie vor *Polen* gelieben, wo nach Angaben des ZK-Sekretärs und Politbüromitgliedes Edward Ochab noch über 85 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von Einzelbauern bestellt werden. Als Entschuldigung dafür zitiert Ochab sogar Lenin, der über die Kollektivierung der Landwirtschaft gesagt hat, dass man nicht „mit Hilfe irgendeines Befehls von aussen her die Einzelwirtschaften umwandeln könne. Daran ist nicht einmal zu denken, das wäre vollkommener Unsinn. Wir sind uns dessen voll bewusst, dass man nur allmählich, vorsichtig, nur mit Hilfe eines guten Beispiels auf die kleinen Bauernwirtschaften einwirken kann.“

An dieses Lenin-Zitat scheinen auch die in anderen Fragen stalinistisch handelnden rumänischen Genossen gedacht zu haben. Ende 1955 sollten in *Rumänien* 50 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche kollektiviert sein. Tatsächlich wurden aber nur 35,2 % erreicht. Diese Zahl wurde auch nur durch die Förderung einer wesentlich einfacheren Form des ländlichen Zusammenschlusses, der sogenannten Bauernvereinigungen und der „Zusammenschlüsse auf Zeit“, erreicht. Im 2. Fünfjahresplan wurden indessen keine bestimmten Kollektivierungsquoten festgelegt. Auf dem III. Kongress der Rumänischen KP erklärte im Juni 1960 der rumänische KP-Chef Gheorghiu-Dej lediglich, dass im Jahre 1960 „der sozialistische Sektor der Landwirtschaft sowohl flächen- als auch produktionsmässig überwiegen“ werde. Ausserdem gab Gheorghiu-Dej bekannt, dass 1960 etwa 60 bis 70 Prozent der landwirtschaftlichen Marktproduktion aus dem sozialistischen Sektor kommen sollten.

Nach der Sowjetzone dürfte in diesem Frühjahr *Ungarn* die zweite vollkollektiviertere europäische Volksdemokratie sein. Das ZK der KP Ungarns

hatte am 29. Oktober in einer Sitzung „Massnahmen zur Fortsetzung der Kollektivierung der Landwirtschaft“ beschlossen. Es wurde festgestellt, dass damals 75 Prozent des Ackerbodens von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet wurden. Das Zentralkomitee hielt es jedoch für möglich und erforderlich, noch im Winter 1960/61 in der „sozialistischen Umwandlung der Landwirtschaft einen Schritt weiter zu tun, durch den die zahlenmässige Entwicklung massenweise gefördert und die sozialistische Umwandlung der Landwirtschaft im allgemeinen beendet werden kann“.

Inzwischen hat Radio Budapest Ende Februar den „Abschluss der Kollektivierung der ungarischen Landwirtschaft“ gemeldet. Aus einem Bericht über eine Entschliessung des Zentralkomitees der (kommunistischen) Sozialistischen Arbeiterpartei geht hervor, dass gegenwärtig 90 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Bodens in Ungarn „sozialisiert“ sind. Die 1958 eingeleitete Kollektivierung sei damit erfolgreich abgeschlossen. 2,1 Millionen Bauern hätten sich Kollektivgütern angeschlossen, 3055 Dörfer oder 93 Prozent der ungarischen Dörfer seien voll kollektiviert. Die landwirtschaftliche Produktion von 1958 bis 1960 liege um elf Prozent über der des Zeitraumes von 1955 bis 1957. Dennoch wurde in der Entschliessung des Zentralkomitees zugegeben, „dass solch eine grosse Bewegung auch von gewissen Schwierigkeiten begleitet ist und manchmal zu Engpässen in der Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten führt“.

Bei der Gewinnung der Bauern sollte der Grundsatz der Freiwilligkeit bestehen bleiben. Doch wer sich noch daran erinnert, wie im Frühjahr 1959 über 5000 Funktionäre aufs Land fuhren und die Bauern so lange bearbeiteten, bis sie einer Kolchose beitraten, der kann sich von der „Freiwilligkeit“ das rechte Bild machen. Die Partei hat ihre Funktionäre zwar darauf aufmerksam gemacht, dass sie den Bauern keine „verantwortungslosen Zusagen“ machen sollen, „weil in der Endphase der Arbeit die Gefahr der Unduldsamkeit und der schädlichen 'Hurra-Stimmung' besonders gross“ sei, doch werden die Funktionäre trotzdem mit den Bauern kaum behutsamer umgegangen sein. Laufen doch alle Massnahmen auf nichts anderes als auf die Liquidation des Bauerntums als Stand innerhalb der Gesellschaft hinaus. Neben den Industriearbeitern soll es in Ungarn künftig nur noch Landarbeiter und keine freien Bauern mehr geben. Wie sich diese Massnahmen auf die Erträge der landwirtschaftlichen Produktion auswirken werden – das freilich bleibt abzuwarten.

Von Angesicht zu Angesicht II

Der Typ des potentiellen Revolutionärs

VON GEORG PISMENNY

Nachstehend veröffentlichen wir, wie angekündigt, den Schluss des Vortrages, den Georg Pismenny, Chefredakteur der Monatsschrift „Swoboda“, aus Anlass der Politischen Konferenz des Zentralverbandes Politischer Emigranten aus der UdSSR am 4. November in München gehalten hat. Der in Heft 1/1961 der „freien rundschau“ abgedruckte erste Teil seines Vortrages war der Analyse zweier unter den nach dem Westen reisenden sowjetischen Touristen häufig anzutreffender Typen gewidmet: Der „Adshubejs“, das heisst der dem Regime auf Gedeih und Verderb ergebenden Funktionäre, und der Angehörigen der Führungsschicht, die in ihrem politischen Kredo und ihrer Einstellung dem Regime nach freilich sehr heterogen ist und in allen Spielarten, vom beinahe Parteiot bis zum beinahe Revolutionsroten schillert. Im folgenden versucht der Autor eine Schilderung des dritten Typus sowjetischer Reisender, nämlich der das Sowjetregime bewusst Ablehnenden.

Während der Welt-Jugendfestspiele in Wien stiess einer unserer Mitarbeiter auf eine Gruppe sowjetischer Touristen. Es war eine kleine Gruppe von Jugendlichen. In dem Gespräch, das sich sofort entspann, ging es zunächst um das sowjetische Kriegerdenkmal. Einem der Jungen, einem Leningrader Studenten, war deutlich anzumerken, wie sehr ihm das Ehrenmal missfiel.

– „Geschmacklosigkeit!“ brummte er unwillig.

Unser Mitarbeiter erwähnte unter anderem, dass das Ehrenmal von den Wienern die Bezeichnung „der unbekannte Plünderer“ erhalten habe. Er fügte hinzu, dass es für jeden Russen schmerzlich sei, solche Ungerechtigkeiten zu hören, denn Österreich sei ja schliesslich nicht von russischen Soldaten, sondern von der sowjetischen Besatzungsmacht geplündert worden.

Diese Gegenüberstellung von Volk und Machthabern stiess zur Verwunderung unseres Mitarbeiters nicht nur auf keinen Widerspruch, sondern ertete sogar allgemeine Zustimmung. Man kam dann auf die sowjetische Architektur zu sprechen, die – wiederum zur Verwunderung unseres Freundes – einmütig als „Gipfel der Geschmacklosigkeit“ abgetan wurde. Beim Abschied schlug der Leningrader Student unserem Mitarbeiter unerwartet ein nochmaliges Zusammentreffen vor, und zwar gleich am nächsten Tage an dem bewussten Denkmal. (Der Student wusste aus dem bisherigen Gespräch immerhin schon so viel, dass sein

Gesprächspartner ein russischer Emigrant war, der aus Anlass des Festivals eigens aus Westdeutschland nach Wien gekommen war.)

Unser Mitarbeiter machte ihn darauf aufmerksam, dass gleich hinter dem Denkmal der IV. Stadtbezirk liege, in dem sich die Wohnungen der sowjetischen Botschaftsangestellten befinden. Ob es nicht besser wäre, einen anderen Treffpunkt zu vereinbaren.

Der Student war sofort einverstanden: „Klar, wenn das so ist – je weiter, desto besser. Wir müssen nur aufpassen, dass wir keinem unserer „Offiziellen“ in die Arme laufen.“ Gemeint waren die üblichen „Begleiter“.

Man belachte einmütig die Bemerkung unseres Mitarbeiters, dass diese offiziellen Begleiter von uns „Njanki“ (‘Ammen’) genannt würden. Noch besser allerdings gefiel den Studenten die Bezeichnung, die sich für die gleichen Personen einige Österreicher ausgedacht hatten: „Sputniks“. Unser Mitarbeiter lud die neuen Freunde zum Mittagessen ein. Nach einigem Überlegen sagten sie zu. „Aber eine Bedingung“, wandte sich der Leningrader zu seinen Freunden: „Mund halten! Wir sagen, wir hätten uns in der Stadt verirrt und werden uns sogar beschweren, wenn man uns kein Mittagessen übrig gelassen haben sollte.“

Später, bei Tisch, sagte unser Mitarbeiter der ganzen Gesellschaft ohne Umschweife, dass er einer russischen Emigranten-Organisation ange-

höre, die unter anderem auch einen Verlag betreibe. Die Reaktion: keineswegs ein Schock, sondern im Gegenteil lebhaftes Interesse. „Haben Sie etwas bei sich von Ihren Ausgaben?“ fragte der Leningrader. Unser Mitarbeiter bedauerte. „Leider fast gar nichts, ausser dem 'Doktor.'“ Er hatte absichtlich Pasternaks Roman nicht mit dem vollständigen Titel genannt. Der Student sprang auf: „Den 'Doktor'! Ist der vielleicht zu haben?“ Und im Nu war das Buch in seiner Tasche verschwunden.

Wieder warnte er seine Gefährten: „Auch darüber, Genossen, kein Wort! Ihr wisst ja, sowas könnte Unannehmlichkeiten geben.“ Die anderen nickten: selbstverständlich. Trotz des guten allseitigen Einvernehmens glaubte unser Freund nicht recht an die Möglichkeit einer zweiten Begegnung. Aber schon am nächsten Morgen um 9 Uhr rief der Student unseren Mitarbeiter im Hotel an, um mit ihm ein Treffen zu vereinbaren.

Diesmal fand die Zusammenkunft in einem halb-leeren Restaurant statt. Ausser den Gesprächspartnern vom Vortage hatte der Student noch einen Kommilitonen aus Leningrad mitgebracht. Das gegenseitige Auf-den-Zahn-Fühlen hatte ja schon tags zuvor stattgefunden – jetzt sprach man fast ganz offen. Die jungen Leute erkundigten sich nach Stärke und Tätigkeit der Emigration im allgemeinen und nach den politischen Zielen unserer Organisation im besonderen. Als sie unsere Veröffentlichungen durchblätterten, konnte man ihnen ansehen, dass sie am liebsten alles mitgenommen hätten. Aber die Vernunft behielt nach einigem innerem Kampf die Oberhand; der eine Student begnügte sich damit, aus einer Zeitschrift einen Artikel über Pasternak herauszureissen, während der andere die Broschüre *Die Technologie der Macht* mitnahm, nicht ohne ihren Umschlag zu entfernen, bevor er sie in die Tasche stopfte: „So ist es sicherer“, bemerkte er dabei.

BEGEGNUNG IN FORTSETZUNGEN

Man sprach über den letzten Krieg, besonders lange und ausführlich über die Wlassow-Bewegung und zuletzt sogar über den Bürgerkrieg und die „Politik der Weissen“. Verschiedene Standpunkte, unterschiedliche Bewertungen traten dabei zutage, aber keine Spur von kommunistischer Ideologie oder lautem Sowjetpatriotismus. Während des Gesprächs verschlangen besonders die beiden Leningrader förmlich alles, was über das westliche Ausland berichtet wurde. Ihre Gesichter strahlten. Sie mochten sich den Augenblick ausmalen, in dem sie ihren Freunden und Bekannten in Leningrad ihren sensationellen Bericht geben würden.

Man schied voneinander als echte Freunde.

– „Schade, dass Sie nicht zu uns nach Leningrad kommen können“, meinte der eine Student.

– „Nun, ich werde nur dann kommen können, wenn sich zu Hause einmal alles grundlegend geändert hat“, antwortete unser Mitarbeiter. „Und das wird wohl kaum so bald der Fall sein.“

Es entstand eine kleine Pause. „Wissen Sie“, sagte dann plötzlich der zweite Student, „vielleicht geschieht das viel schneller, als wir es uns heute träumen lassen!“

Beide Leningrader sprachen den ausdrücklichen Wunsch aus, wenigstens einmal noch mit unserem Mitarbeiter zusammenzukommen; sie versprachen anzurufen.

Doch am nächsten Tag riefen sie nicht an und auch nicht am übernächsten. An diesem Tage traf sie unser Mitarbeiter ganz unerwartet im Strassengedränge. Vorsichtig näherte sich ihm der erste Student und raunte ihm im Vorbeigehen zu: „Scheint, dass man uns irgendwie erwischt hat! Genaues wissen wir selber noch nicht. Wenn möglich rufen wir an. Wir wollen uns unbedingt nochmal treffen. Seid aber auf der Hut. Unsere „Offiziellen“ wollen euch verprügeln – unoffiziell natürlich!“ Er lächelte und verschwand in der Menge.

Anrufe kamen keine mehr. Damit endet die Geschichte dieser Begegnung.

Eine ähnliche „Begegnung in Fortsetzungen“ hatte ein anderer unserer Mitarbeiter in Rom. Die Bekanntschaft wurde in einem Kaufhaus geschlossen. Überhaupt muss man sagen, dass Geschäfte ein sehr günstiger Ort sind, um Bekanntschaften mit unseren Landsleuten aus der UdSSR anzuknüpfen. Wenn auch viele von ihnen behaupten, dass man in den sowjetischen Metropolen jetzt „fast alles“ kaufen könne, so zieht es sie doch alle, sowie sie ins Ausland kommen, in die Geschäfte, wo dann „Souvenirs“ erworben werden. Dieses Wort hat in ihrem Munde eine neue und sehr eigenartige Bedeutung erhalten. Unter „Souvenirs“ verstehen sie unter anderem Nylonstrümpfe, Blusen, Schuhe und Haushaltswaren. Wie gesagt, auch die Bekanntschaft, von der jetzt die Rede sein soll, wurde in einem Kaufhaus geschlossen. Der jüngere Gesprächspartner war ein „Meister des Sports“ und Trainer in einem Sportverband, der ältere Direktor eines Sportklubs irgendwo im Raum von Gross-Moskau. Beide waren als Zuschauer zu den olympischen Spielen nach Rom gekommen.

„Einen Russen erkennt man an der Nase“, meinte der Ältere anstelle einer Begrüssung. Breit grinsend kam er auf unseren Mitarbeiter zu. „Mit welcher Gruppe sind Sie denn rübergeflogen?“

– „Ich bin allein hergekommen“, bekannte unser Mann.

– „Was heisst – allein?“

Unser Mitarbeiter erklärte sich: Emigrant, Westdeutschland.

– „Aha! Na, alsdann, Freund, da hilf mir mal meine Schmuggelware verkloppen.“ Der Ältere knöpfte sein Jackett auf und deutete auf einen darunter versteckten Fotoapparat, Marke „Kiew“.

Diese so direkt und ohne grosses Gerede geschlossene Freundschaft hielt bis zu dem Tage, an dem die beiden Touristen Rom verliessen, und hätte für einen von ihnen beinahe schlimm geendet.

Beide verdienten sehr gut. Der Jüngere besass sogar einen Wagen, Typ „Wolga“. Als „Meister des Sports“ bekam er zu seinem eigentlichen Gehalt noch zusätzlich zweihundert Rubel – „für den Titel“. Trotzdem gaben sich die Freunde keinen Täuschungen hin.

– „Hältst du die Italiener wirklich für arm? So arm möchte ich auch mal sein. Ach, mein Lieber, hast du eine Ahnung.“

– „Hör doch auf mit den Lebensmittel- und Warenpreisen in der Sowjetunion. Das weiss ja alle Welt, dass der Rubel nicht viel wert ist.“

– „Weisst du noch das Fleisch heute in dem Laden? Mir drückts jetzt noch das Herz ab, wenn ich daran denke: ohne Knochen.“

– „Wieso, magst du etwa Knochen gern?“ wundert sich unser Freund.

– „Gem? Hol's der Teufel, die hängen mir zum Hals raus! Bei uns, weisst du, wenn du die Hälfte Knochen kriegst, kannst du von Glück sagen.“

– „Na ja, nicht im Fleisch such das Glück“, scherzt unser Mitarbeiter.

– „Natürlich, was ist schon Fleisch... Sag mal, Majakowskij hast du doch hoffentlich noch nicht vergessen? Mir fielen gerade diese Zeilen ein: *Ein Nagel im Schuh ist schlimmer als Goethes Phantasie*. Erinnerst du dich? Eine gelungene Zeile!“ –

– „In den Metropolen ist die Versorgung besser. Von der Provinz wollen wir nicht reden. Die schreiben von Verbesserungen? Kann ja sein, dass wir sie bloss nicht bemerken, in unserer Zerstretheit. Von weitem ist besser sehen. Aber praktisch... Ich nehm jedenfalls zwei Sack Verpflegung mit, wenn ich für eine Woche hundert Kilometer aus Moskau rausfahren muss.“

– „Die können schreiben, was sie wollen; der Durchschnittsverdienst liegt bei uns nicht höher als 450 Rubel.“

– „Du willst bei mir Propaganda gegen die Kolchosen machen? Ich war in Deutschland, ich

hab's gesehen, wie der Bauer lebt. Und du kommst mir mit Kolchosen. Weiss ich besser als du.“

– „So ängstlich ist das jetzt nicht mehr. Wir haben, Bruder, zwanzig Jahre wie im Gefängnis gegessen, Angst gehabt piep zu sagen. Jetzt ist es Gott sei Dank leichter. Aber immerhin. Was meinst du, geschieht mit unseren Olympioniken, wenn die verlieren sollten? Denen wird in Moskau schön eingeheizt und dann – ab nach Hause, und zwar nicht auf gemütliche Art.“

– „Was ist ein Mensch bei uns wert? Ein Spielzeug ist er in den Händen der Partei. Obwohl wir keine schlechten Posten haben, sind wir genau solche arme Hunde wie die andern auch.“

Das sind die Töne, in denen die beiden Freunde das Leben in der Sowjetunion schildern und – das ist ihre politische Einstellung. Ein erhöhtes Interesse gewinnen diese Zitate, wenn man weiss, dass beide der Partei angehören, der Ältere sogar ein „verdienter alter Kämpfer“ war.

Der Westen machte auf sie einen ausserordentlichen Eindruck: „Dass die Menschen im Westen freier und besser leben, das wussten wir schon von denen, die mal im Ausland gewesen waren. Aber was wir jetzt mit eigenen Augen sehen, übertrifft alle unsere Erwartungen.“

Einen nicht weniger starken Eindruck hatte übrigens auch die US-Ausstellung in Moskau bei ihnen hinterlassen: „Wenn das dort Gezeigte der Wirklichkeit entspricht, dann leben die Amerikaner wie die Götter.“

POTENTIELLE REVOLUTIONÄRE

Überhaupt war ihr persönlicher Geschmack merklich amerikanisiert. Als Illustration dazu die von unserem Mitarbeiter gegebene Schilderung eines gemeinsamen „Frühstücks“, das in einer römischen Bar um 8 Uhr morgens stattfand.

– „Was wollt ihr trinken, Jungs? Kaffee, Tee, Milch oder Tomatensaft?“ fragte ich.

– „Nein, für uns irgendwas Herzhafteres.“

– „Bier, Wodka?“

– „Bewahre, Wodka exportieren wir selbst hierher, den können wir auch zu Hause trinken. Aber einen Whisky... den gibt es bei uns nicht. Weiss nur vom Hörensagen, dass der nicht von schlechten Eltern ist.“ Wir gingen an die Theke.

– „Also, ich weiss nicht, was für einen Whisky ihr haben wollt. Offen gestanden, ich trinke selten einen.“

– „Oh, wir bestellen 'White Horse'“, entgegnete der Junge. „Von diesem Whisky habe ich in Moskau schon gehört.“

- „Und ein Coca-Cola, der Vollständigkeit halber“, setzte sein älterer Freund hinzu.

Der Hang zum Amerikanischen beschränkte sich nicht auf Spirituosen. Einmal erwähnte unser Mitarbeiter voller Stolz seine Schallplattensammlung - eine gute Kollektion russischer klassischer Musik und Volkslieder, darunter auch Platten neuerer, sowjetischer Herkunft.

- „Kolchos-Liedchen?“ spotteten beide. „Wer will das hören? Ein grässlicher Provinzialismus! Freund, du hast einen altmodischen Geschmack.“

- „Nun, und ihr? Was gefällt euch denn?“ fragte uns Mann.

- „Oh, Louis Armstrong zum Beispiel, Glenn Miller und Benny Goodman“, gaben die beiden „Westler“ ohne Zögern zurück.

Lassen wir uns davon nicht irritieren. Das hat nichts mit Nachäfferei zu tun oder mit „Kriecherei vor dem Westen“. Das ist nur die ganz natürliche Reaktion unserer Landsleute in der Sowjetunion auf die fade geistige Kost, die man ihnen schon allzulange zumutet. Haferbrei ist sehr gesund, aber versuchen Sie mal, sich davon jahrzehntelang zu ernähren: Unter Garantie - Sie werden auch die billigsten Konserven delikate finden!

Über das „konstruktive politische Programm“ der beiden Freunde können wir nur wenig sagen. Es versteht sich, dass in den Tagen dieser Bekanntschaft manches von unserem Lesestoff den Besitzer wechselte und auch gelesen und diskutiert wurde!

Dass das kommunistische Regime in Russland beseitigt werden sollte, darüber verloren die beiden Sportler kein überflüssiges Wort. Aber über der Frage nach dem, was dann kommen sollte, grübelten sie doch und befragten dieserhalb auch unseren Mitarbeiter. Dieser erklärte ihnen die demokratischen Grundsätze der Emigration.

- „Nicht schlecht“, meinte der Ältere nachdenklich, „wäre wahrscheinlich bei uns tatsächlich anwendbar. Mit einigen Berichtigungen. Aber wann und wie? Eine schwere Sache.“

Wie schon erwähnt, hätte diese verhältnismässig lange Bekanntschaft für einen der beiden Touristen um ein Haar ein schlimmes Ende genommen. Die Zusammenkünfte wurden immer häufiger; besonders den Jüngeren hatte es gepackt. Zuerst kam er

mittags zu unserem Mitarbeiter ins Hotel, dann um zehn Uhr vormittags, schliesslich um halb acht in der Früh.

- „Pass auf, man hat dich schon auf dem Kieker“, warnte ihn sein Freund. Aber dieser schlug alle Vorhaltungen in den Wind:

- „Ein zweites Mal darf ich sowieso nicht mehr ins Ausland. Also lasst mich wenigstens ein paar Tage ordentlich leben, so wie alle Leute hier.“

Eines schönen Abends kam der Junge entschlossen zu unserem Mitarbeiter: „Los, Freund, schauen wir uns Rom bei Nacht an!“

Alle Vernunftgründe wies er kategorisch zurück: „Ich kann nicht eingesperrt unter Bewachung sitzen. Ich will endlich einmal gehen wohin ich will!“

Für den Anblick Roms bei Nacht hätte er beinahe einen allzu hohen Preis bezahlt. Er kehrte erst gegen Morgen in seine „Kaserne“ (so nannte er sein Hotel) zurück. Um neun war der Direktor bei unserem Mitarbeiter.

- „Seid ihr bei Trost? Wir haben uns die ganze Nacht über der Reihe nach in sein Bett legen müssen, damit seine Abwesenheit nicht aufkommt. Ist eine Riesenaufregung bei uns.“ Er beruhigte sich nur langsam. „Und jetzt, ehe es zu spät ist: Schluss machen. Klär? Alsdann... Vielleicht kommt die Zeit, dass wir uns wieder treffen können.“

- „Wenn's die Partei nicht mehr gibt, was?“

- „Abwarten. Und noch eins (er legte unserem Mitarbeiter die Hand auf die Schulter): Du bist doch Journalist, du wirst über uns schreiben wollen. Meinetwegen; ich habe nichts dagegen - schreib. Nur lass meinen Namen aus dem Spiel. Auf Wiedersehen, mein Lieber - alles Gute.“

Das also war die Begegnung in Rom. -

Die hier wiedergegebenen Zitate und Episoden charakterisieren den dritten Grundtyp des Menschen von „drüben“, den Typ, den man bedingt den „revolutionären“ nennen könnte. Es handelt sich dabei mehr um den Revolutionär in Potenz, dennoch hat dieser Typ sein besonderes Profil, das ihn von den anderen Repräsentanten der „Führungsschicht“ abhebt. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal ist zweifellos die Tatsache, dass dieser Typ nicht an die Evolution glaubt. Damit negiert er die sowjetische Politik und auch das Sowjetsystem als solches.

Ein Gespenst geht um

Die kommunistische Bedrohung Südamerikas

VON ROBERT VALBERG

Fidel Castro hat vor einiger Zeit laut verkündet, Kuba verfüge nunmehr über 250 000 bestens ausgerüstete Soldaten, die bereit seien, jeden 'Aggressor' zurückzuschlagen, und wenn es die Vereinigten Staaten selbst wären. Nun, Fidel Castro weiss sehr wohl, dass er den Beweis für diese prahlerischen Worte schuldig bleiben kann. US-Präsident Kennedy wird keinen Befehl für eine Aggression gegen Havanna erteilen. Wie lange freilich der Widerstand der 'unbesiegbaren' Partisanen Castros dauern würde, nachdem die Unzufriedenheit und die Unsicherheit auf der Zuckerinsel überhand genommen haben, wenn tatsächlich einmal ein bewaffneter Konflikt Castros Behauptung auf die Probe stellen würde, das weiss der kubanische Diktator selbst nur allzu gut.

Castros militante Versuche gelten auch gar nicht der Verteidigung Kubas. Seine Partisanengarde wird nicht für die Abwehr eines nichtvorhandenen Angreifers gedrillt, sondern für die eigene Offensive. Erhitzt vom Beifall aus Moskau und Peking, ermutigt durch die eigenen Erfolge im Partisanenkampf gegen Batista und ideologisch verklärt durch ein seltsames Gemisch von leninistischem und konquistadorischem Missionsdrang, hat Castro den „Fidelismus“ zum Mythos des karibischen Raums erhoben.

Die politische Lage in den Küstenländern des Karibischen Meeres bietet seiner Agitation manche Chance. Hier ist ein Pflaster, auf dem jahrzehntelang das Blut der Bürgerkriege, Revolutionen und Partisanenkämpfe nie ganz getrocknet war, ehe es sich mit dem Blut der nächsten Revolution vermischte. Diese traurige Tradition ist das Resultat einer latenten sozialen Spannung, die ihrerseits wieder auf der ökonomischen Rückständigkeit dieser Staaten beruht. Ihre Volkswirtschaft ist auf bestimmte Produkte ausgerichtet, deren Export über das Wohlergehen der Bevölkerung und die Stabilität der jeweiligen Regierung bestimmt. Da sind Haiti, Guatemala, Salvador und Kolumbien zu mehr als 70 Prozent ihres Gesamtexports an Kaffee gebunden; Honduras zu 57 Prozent an

seine Bananenernte, Venezuela schöpft seinen Reichtum aus dem Oel, das 92 Prozent seines Exportvolumens ausmacht.

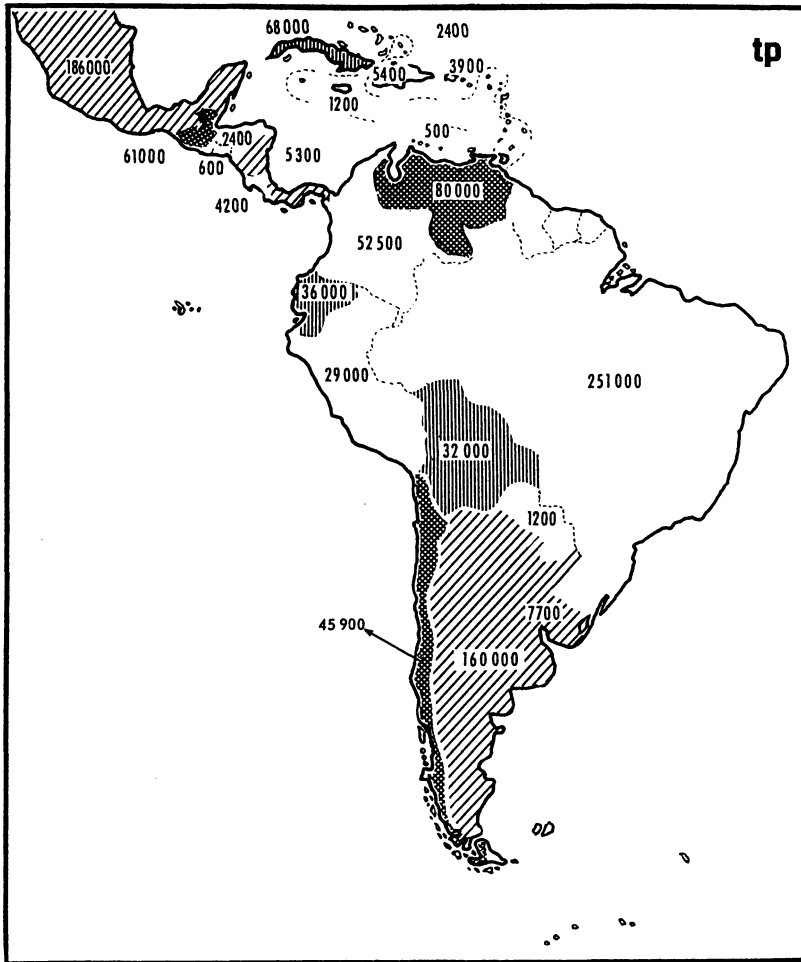
Auch Kuba, dessen Zucker 79 Prozent des Exports ausmachte, gehört in die Reihe dieser von Monokulturen bestimmten karibischen Länder. Dass Castro, mehr optisch allerdings als praktisch, aus diesem ökonomischen Gefängnis ausbrach, hat die Bevölkerung der Nachbarstaaten fasziniert. Sie spürt, dass dieser Teil der kubanischen Revolte im echten Sinne revolutionär ist, und sie vergisst, welchen Preis Kuba dafür zahlen muss. Denn der Übergang von der Monokultur zu einer industriellen Erschliessung ist ein Weg, der sich für so ungezügelte Temperamente wie Castro als zu lang und beschwerlich erweist. Weil die Revolution in Terror, Diktatur und Chaos zurückfiel, blieb sie eine der vielen Umwälzungen, an denen der karibische Raum so reich ist, die aber kaum mehr ändern als die augenblicklich regierende Herrschicht.

Die Idee indessen, einmal geweckt, bewegt – richtig oder nicht – die Lateinamerikaner. Castro, der Revolutionär der Sierra Maestra, nicht der Diktator von Havanna, hat viele Anhänger in den karibischen Nachbarländern. Unter sie mischen sich die Kommunisten, denen jedes blutige Abenteuer nur neue Partisanen zutreiben kann, und erheben den Putsch zur Staatsraison. Für sie ist die Revolution ein Mittel, die Massen zu radikalieren, nicht einmal so sehr gegen die herrschenden Kreise als vielmehr vor allem gegen die Vereinigten Staaten. Als Feind Nummer eins der Sowjetunion sind die USA für die lateinamerikanischen Kommunisten die Urheber aller Misere.

Der Putsch in *San Salvador* im Oktober 1960, bei dem Präsident Lemus gestürzt wurde, endete zwar nicht ganz nach dem Wunsch der tausend kommunistischen Parteibuchinhaber des Zweieinhalb-Millionen-Staates, aber der Ruck nach links war trotzdem nicht zu übersehen. Die erste Etappe war erreicht: Castro-Anhänger und Kommunisten dürfen ungestört Anti-US-Hetze betreiben und San Salvador für die nächste Etappe vorbereiten.

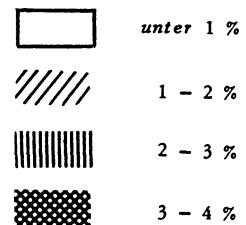
Auch in *Guatemala* gärt es gefährlich. Von Kuba aus arbeitet Jacobo Arbenz mit dem illegal im Lande tätigen Paz Tejada zusammen. Beide sind enge Freunde aus der Zeit, als 1954 das prokom-

1956 einem Anschlag zum Opfer fiel, lockern. Gefahr für das Land bestünde nur dann, wenn sich der „Fidelismus“ in einem der Nachbarstaaten einnisten würde.



DER
KOMMUNISMUS
IN
LATEINAMERIKA

Die Anhängerschaft der Kommunisten und die kommunistischen Mitläufer in den einzelnen Staaten in absoluten Zahlen (auf der Karte angegeben) sowie ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung:



Karte zu unserem Artikel A 0/-629

munistische Regime Arbenz an der Macht war. Ihre Gefolgschaft setzt sich vorwiegend aus dem Landarbeiterproletariat und aus radikalen Elementen der Studentenschaft zusammen.

In dem benachbarten *Honduras* sehen viele Beobachter das für die Castro-Propaganda anfälligste Objekt. Die Regierung Ramon Villeda Morales setzt dieser Agitation, die vor allem von der Zeitung *El Cronista* ganz offen durchgeführt wird, kaum nennenswerten Widerstand entgegen.

Solider ist dagegen die Hausmacht des Präsidenten von *Nikaragua*, Somoza. Gestützt auf die Nationalgarde, konnte er die diktatorischen Massnahmen seines Vaters und Amtsvorgängers, der

Auch *Costa Rica* ist für die Thesen aus Moskau und Havanna nicht übermäßig anfällig. Regierung und Opposition sind kompromisslose Gegner des Radikalismus. Was aber geschehen würde, wenn Castros Plan, Lateinamerika durch eine militante Partisanenbewegung zu „bekehren“, realistische Formen annimmt, ist schwer vorauszusehen. Eine Armee, die – wie in den meisten anderen Ländern Mittelamerikas – Stabilisator der Innenpolitik wäre, hat das kleine *Costa Rica* nicht aufzuweisen.

Panama ist das Lieblingsziel der Agitatoren Castros. An diesem neuralgischen Punkt ist jedoch auch die Abwehr am besten organisiert, so dass die gegen die Vereinigten Staaten gerichtete

Aufwiegelung der Bevölkerung keine konkreten Fortschritte zeitigte.

Ganz anders ist die Lage auf *Haiti*. Die Bevölkerung, mehr der französischen Kultur als dem spanischen Temperament verbunden, verhält sich apolitisch. In der *Dominikanischen Republik* hingegen hat sich Castros Erzfeind Trujillo zu einem stillschweigenden Kampfbündnis gegen die USA in den Chor der lateinamerikanischen Intellektuellen gemischt, die Washington zu ihrem Prügelknaben erhoben haben und in einer primitiven Vereinfachung des wahren Tatbestandes die USA für alles, selbst noch für die eigenen Versager verantwortlich machen möchten.

In *Kolumbien* wiederum können sich die umstürzlerischen Fanatiker von Havanna der Hilfe

und Unterstützung einer gutorganisierten kommunistischen Minderheit in den Gewerkschaften bei ihrer Wählerarbeit versichert fühlen.

Venezuela schliesslich, dieses Land mit seinem Nebeneinander von unvorstellbarem Reichtum und ebenso unvorstellbarer Misere, ist ein Pulverfass, dem die Nähe eines derart funkensprühenden Revolutionsherdes, wie Kuba es ist, nur gefährlich werden kann. Hier wie überall in den karibischen Ländern wird entscheidend sein, ob es den militanten Agitatoren Castros gelingt, ein revolutionäres Chaos zu entfesseln, ehe die gemässigten Elemente dieser Staaten die Wirtschaftsreformen in Angriff nehmen und wirken lassen können, die Castro propagiert, nach seiner Machtübernahme auf Kuba aus Unfähigkeit dann aber nicht durchgeführt hat.

Lieferant von Zucker und Sprengstoff

Die Beziehungen Kubas zum Ostblock

VON LEN F. HAMILTON

Als in den letzten Stunden des alten Jahres, kurz vor Beginn der Feierlichkeiten zum 2. Jahrestag der kubanischen Revolution, die Regierung Perus die Welt mit der Mitteilung überraschte, dass sie beschlossen habe, die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abzubrechen, da die Aussenpolitik Castros alle Normen des Völkerrechts verletze und die rote Infiltration durch die kubanischen Kommunisten unerträglich geworden sei, kündigte sich eine Entwicklung an, die symptomatisch ist für die Folgen der Politik, die seit der kubanischen Revolution in Havanna gemacht wurde: Kuba beginnt, durch seine Hinwendung zum Ostblock sich mehr und mehr von der Gemeinschaft der Länder des amerikanischen Kontinents und damit von der gesamten Freien Welt zu isolieren. Diese Tendenz bestätigte sich, als kurz darauf Castro durch seine Forderung, das Personal der amerikanischen Botschaft in Havanna auf elf Mitarbeiter zu reduzieren, die USA zum Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen zu Kuba provozierte. — Dem Beispiel Perus folgten drei Tage später die Regierungen von Guatemala, Haiti, Nicaragua, Paraguay und der Dominikanischen Republik.

Kuba, das bis 1959 wirtschaftlich eng mit den Vereinigten Staaten verbunden war und dessen

grösster Kunde und Lieferant die USA gewesen sind, steht nach dem antiamerikanischen Amoklauf des Castro-Regimes im vergangenen Jahr infolge seiner Provokationen gegen die USA, der Enteignungen amerikanischen Besitzes und der ständigen Repressalien gegen die auf Kuba lebenden Amerikaner heute nahezu vor seinem wirtschaftlichen Ruin.

Die als Antwort auf die kubanischen Herausforderungen von Präsident Eisenhower verhängten wirtschaftlichen Blockademassnahmen gegen die Zuckerinsel waren verständlich, und die Ansicht, dass die zwischen Kuba und den Ostblockstaaten in diesem Jahr abgeschlossenen Handelsverträge der kubanischen Wirtschaft den Verlust des amerikanischen Marktes nicht würden ersetzen können, ist sicherlich berechtigt; immerhin mag das amerikanische Embargo in gewisser Weise die Tendenz gefördert haben, Kuba nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und ideologisch in die Arme des Ostblocks zu treiben. Als die Regierung der USA im Juli vergangenen Jahres 700 000 Tonnen Zucker von der kubanischen Jahresimportliste strich, erklärte sich Moskau bereit, diese Menge Zucker von Kuba zu kaufen. Bereits im März desselben Jahres nahm die Sowjetzone Kuba 60 000 Tonnen Rohrzucker ab, das ist die Hälfte von dem,

was die Bundesrepublik bisher jährlich aus Kuba importiert hat.

Im Dezember 1960 beendete eine kubanische Wirtschaftsdelegation eine Reise durch die Ostblockländer, von der sie eine ganze Reihe von Handelsverträgen mit nach Hause brachte. In dem Abschlusskommuniqué über die Verhandlungen, welche die kubanische Delegation in der UdSSR führte, wird mitgeteilt, dass diese im Jahre 1961 unter anderem Rohzucker, Obst, Nickelmonoxyd und Häute aus Kuba importieren und dafür Kuba Waren liefern würde, „die für die ununterbrochene Auslastung der kubanischen Industrie, für die Entwicklung der kubanischen Wirtschaft und für die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind“; genannt werden Erdöl, Weizen, Maschinen, Ausrüstungen und Eisenwalzgut. Für den Fall, dass die Regierung der USA beschliessen sollte, die Zuckerimporte aus Kuba ganz einzustellen, ist die Sowjetunion bereit, 2,7 Millionen Tonnen Zucker abzunehmen. Ausserdem stehen die Mitwirkung bei geologischen Schürfungsarbeiten und die Ausbildung technischer Fachkräfte auf dem Plan der Hilfeleistungen der SU für Kuba.

Rotchina erklärte sich bei den Verhandlungen mit der kubanischen Wirtschaftsdelegation bereit, Kuba eine zinslose Anleihe von 240 Millionen Rubel (alter Währung) für die Jahre 1961 bis 1965 zum Zweck der Lieferung vollständiger Ausrüstungen und anderer technischer Hilfsmittel einzuräumen; für das Jahr 1961 wurde die Abnahme von einer Million Tonnen Zucker durch Rotchina vereinbart.

Die Tschechoslowakei wird, wie Radio Prag am 22. Dezember mitteilte, aus Kuba vor allem Erze, Kaffee, Kakao, Tabak, Südfrüchte und Leder gegen Lieferung verschiedener Industrieerzeugnisse, Lastwagen, Traktoren, Textilien und Chemikalien aus Kuba einführen. Die ČSSR gewährt Kuba für 1961 einen Kredit in Höhe von 40 Millionen Dollar „zum Ankauf kompletter tschechoslowakischer Industrieanlagen“, entsendet Fachleute und will „eine beträchtliche Zahl“ kubanischer Studenten und Praktikanten für verschiedene Berufssparten ausbilden.

Ein zwischen Polen und Kuba unterzeichnetes Protokoll sieht einen gegenseitigen Handelsaustausch in Höhe von 22 Millionen Dollar auf jeder Seite vor. Als polnische Ausfuhr Güter für Kuba werden elektrotechnische Apparate, Agrar- und Bergbaumaschinen, Eisenbahnwaggons und Baumaschinen genannt. An kompletten Industrieobjekten wird Polen zum Beispiel Schiffswerften, Akkumulatorenfabriken, Nagelfabriken und Schlachthäuser an Kuba liefern.

In Ost-Berlin wurde ein Protokoll über einen gegenseitigen Warenaustausch für rund 45 Millionen

Pesos im Jahre 1961 unterzeichnet; die Sowjetzone wird neben Zucker Produkte der Landwirtschaft und des Bergbaus beziehen und dafür „Erzeugnisse aller Art“ an Kuba liefern, wie es im Abschlusskommuniqué heisst.

Diese Aktivität der Handelsfunktionäre und die Unterzeichnung von Abkommen bedeutet freilich noch keine Garantie für eine wirkliche Gesundung der schwer getroffenen kubanischen Wirtschaft, denn den Vertragsabschlüssen müssen auch wirkliche Lieferungen folgen, und so allgemein gehaltene Formulierungen wie „Erzeugnisse aller Art“ zeigen, dass sich auch die „hilfreichen sozialistischen Länder“ mit ihrem Exportprogramm nicht allzusehr festlegen wollen. Hinzu kommt – auch wenn das von kubanischer Seite immer wieder bestritten wird –, dass Kuba seinen Zucker ungünstig verkauft hat. Die Preise, die die Ostblockländer zahlen, liegen an der untersten Grenze des Weltmarktpreises und jedenfalls weit unter den Beträgen, die Kuba von den Amerikanern für seinen Zucker erhielt.

Die immer wieder vorgebrachten Danksagungen kubanischer Funktionäre für die „brüderliche Hilfe“ der Ostblockstaaten zielen jedoch darauf hin, unter der kubanischen Bevölkerung und in erster Linie unter der begeisterungsfähigen Jugend Sympathien für das östliche Lager zu wecken. Und die durch den häufigen Austausch von Handelsdelegationen erreichte enge Verbindung mit kubanischen Politikern bringt wiederum den Kream und seine Satelliten dem Hauptanliegen ihrer Kubapolitik näher: an der Haustürschwelle der Vereinigten Staaten und in Lateinamerika Fuss zu fassen.

BRÜCKENKOPF KUBA

Der Leiter der kubanischen Wirtschaftsdelegation, die im November und Dezember des vergangenen Jahres den Ostblock bereiste, war Dr. Ernesto „Che“ Guevara, Arzt und ehemaliger Feldscher in Castros Revolutionsarmee. Castro machte ihn zum Präsidenten der kubanischen Nationalbank, zum Generaldirektor für Wirtschaftsplanung und somit zum mächtigsten Mann der kubanischen Wirtschaft. Die Ende Februar dieses Jahres im Zusammenhang mit der umfassenden Reform des kubanischen Kabinetts erfolgte Ernennung Guevaras zum Industrieminister, die ihn mit nahezu unbegrenzten Vollmachten auf dem Gebiet der industriellen Planung ausstattet, kann als weitere Festigung seiner Machtposition angesehen werden. Die grosse Zahl sowjetischer Experten sind auf seine Einladung hin ins Land gekommen, und Guevara soll es auch gewesen sein, auf dessen Betreiben Castro sich entschlossen hat, seiner

zeit den stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan zu einem Besuch Kubas einzuladen.

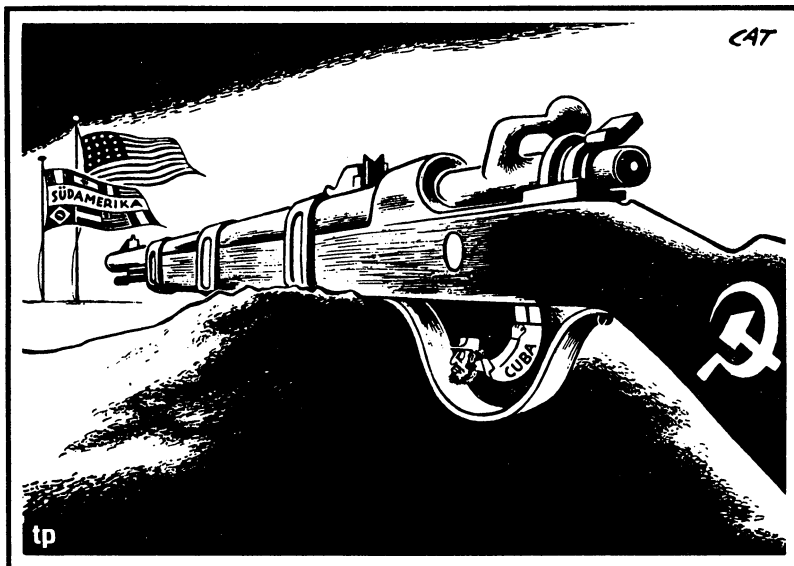
Wenn nun ein solch eingefleischter KP-Doktrinär, wie Guevara es ist, eine mehrwöchige Reise durch die kommunistischen Länder unternimmt, dann darf man gewiss sein, dass nicht nur wirtschaftliche Probleme auf dem Verhandlungsprogramm standen, sondern dass auch besonderer Wert auf politische und ideologische Gespräche gelegt wurde. In der Tat finden sich in den einzelnen Kommuniqués Textstellen, die sich in nichts von den Formulierungen unterscheiden, die bei ähnlichen zweiseitigen Erklärungen von Ostblockländern üblich sind. Da wird die „militaristische Politik des Imperialismus“ und der USA verurteilt, da fordert man die Wiedereinsetzung der „rechtmässigen Regierung Lumumba“ im Kongo, es wird erklärt, „dass Kuba den gerechten Kampf des chinesischen Volkes für die Befreiung Taiwans voll und ganz unterstützt“. Bei dem annähernd 2000 Wörter umfassenden chinesisch-kubanischen Kommuniqué vom 30. November 1960 fällt übr-

gens auf, dass hier zum ersten Male nach den ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking und der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien im November in Moskau von chinesischer Seite wieder die These von der friedlichen Koexistenz zwischen Völkern verschiedener gesellschaftlicher Systeme formuliert wird.

Voll Spannung wartete man in der westlichen Welt auf die Abschlussvereinbarungen zwischen der Sowjetzone und der Guevara-Delegation, die am 18. Dezember 1960 veröffentlicht wurde. Zum dritten Mal in diesem Jahr war vor diesen Verhandlungen die von Ost-Berlin so energisch erstrebte diplomatische Anerkennung des Zonenregimes durch die Castro-Regierung vorausgesagt worden. Als im März 1960 die Bundesregierung sich geweigert hatte, eine kubanische Handelsmission einzuladen, war die Meinung verbreitet, dass Kuba als Revanche hierfür bald mit der Anerkennung des Zonenstaates antworten werde. Als dann Anfang April der Generalsekretär der „Sozialistischen Volkspartei Kubas“, Blas Roca, einige Tage in Ost-Berlin weilte, erklärte er in einem Interview mit dem SED-Zentralorgan *Neues*

Deutschland lediglich, er hoffe, dass die gemeinsamen Anstrengungen dazu beitragen würden, „die ökonomischen, kulturellen, wissenschaftlichen und anderen Beziehungen“ zwischen beiden Ländern zu verstärken.

Zum zweiten Male wurde eine bevorstehende diplomatische Anerkennung vorausgesagt, als Fidel Castro am 2. September in der sogenannten „Deklaration von Havanna“ die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rotchina ankündigte



Der Drücker

und gleichzeitig den Abbruch der Beziehungen zu Nationalchina erklärte. Die erwarteten diplomatischen Kontakte zu Ost-Berlin blieben jedoch abermals aus.

Nachdem nun Ende des vergangenen Jahres Kuba zu allen Ländern des Ostblocks – ausser zur Zone – diplomatische Beziehungen hergestellt hatte, erschien es mehr als wahrscheinlich, dass es zur Mission Guevaras gehören würde, auch mit dem letzten Land des kommunistischen Lagers die bestehenden Verbindungen durch die diplomatische Anerkennung noch enger zu knüpfen. Ulbricht wurde jedoch abermals enttäuscht. Wie schon mehrfach im Verlauf des vergangenen Jahres hatten auch vor dem Besuch Guevaras in Ost-Berlin Sprecher der Bundesregierung unmissverständlich erklärt, dass eine Anerkennung des Zonenstaates unweigerlich den Abbruch der Beziehungen zwischen Bonn und Havanna nach sich ziehen würde. Sollte Castro auf diese Drohung hin im letzten Moment vor einem Schritt zurückgeschreckt sein, der doch bei Betrachtung seiner bisherigen Politik nur konsequent erschienen wäre? Das ist nicht sehr wahrscheinlich, wenn man die gegenwärtigen Kontakte zwischen Kuba

und der Zone mit denen vergleicht, die zwischen Bonn und Havanna noch bestehen. Der relativen Gleichgültigkeit, mit der die Bundesregierung ihre diplomatische Mission in Havanna wahrgenommen hat, steht eine Aktivität Ost-Berlins gegenüber, die ihresgleichen sucht. Der Handel zwischen der Bundesrepublik und Kuba ist nahezu zum Erliegen gekommen, während die Handelsmission der Zone, die in Havanna als „Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik“ firmiert, Funktionen ausübt, die weit über die sinngemässen Aufgaben einer Handelsvertretung hinausgehen. In das Gebäude dieser „Handelsvertretung“, auf dessen Dach die Hammer-und-Zirkel-Flagge des Zonenstaates weht, hat Ost-Berlin eine zahlenmässig nicht unbedeutende Gruppe agiler und zuverlässiger Funktionäre entsandt, die sich nicht nur aus Wirtschaftsfachleuten, sondern auch aus Kultursachverständigen und geschulten Propagandisten zusammensetzt, die Presse und Rundfunk des Castro-Regimes mit einer Flut von Material über die „Errungenschaften der DDR“, aber ebenso auch mit Hetzpropaganda gegen die Bundesrepublik überschwemmen. Die Presseabteilung der Zonenvertretung hat es erreicht, dass die Berichte kubanischer Zeitungen über das Leben in Westdeutschland oder über die Politik der Bundesregierung sich heute kaum noch von dem unterscheiden, was man täglich über diese Themen in der Zonenpresse lesen kann.

Zu dieser regen Tätigkeit der ostzonalen Propagandisten kommt die Einwirkung durch eine Unmenge von Delegationen, die aus Mitteldeutschland nach Kuba entsandt werden. FDGB-Delegationen nehmen an kubanischen Gewerkschaftskongressen teil, die FDJ schickt Studentengruppen mitteldeutscher Universitäten nach Kuba, die dort beim Aufbau der Schulstadt „Camilo Cienfuegos“ in der Sierra maestra – einer kommunistischen Schulungsstätte für junge Kubaner – helfen sollen, Zonenwissenschaftler besuchen kubanische Hochschulen und die „Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland“ der Zone lässt keine Gelegenheit ungenutzt, um ihre Funktionäre auf die Insel zu entsenden.

Diese geballte Einwirkung der Sowjetzone auf alle Bereiche des staatlichen Gefüges auf Kuba hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Für viele Kubaner ist die „Deutsche Demokratische Republik“ zu einem weit populäreren Begriff geworden als die Deutsche Bundesrepublik. Und auch unter den anderen Ostblockstaaten nimmt die Zone in kubanischer Sicht einen hervorragenden Platz ein. Das beweist die in Reden kubanischer Politiker häufig wiederkehrende Formel „...dank der brüderlichen Hilfe der Sowjetunion, Volkschinas, der Deutschen Demokratischen Republik, der ČSSR und der an-

deren Länder des sozialistischen Lagers“.

In Anbetracht dieser Bevorzugung der Zone durch Castro ist es um so unverständlicher, warum der kubanische Diktator so lange zögert, Ost-Berlin diplomatisch anzuerkennen. Wenn ihn die Gewissheit von diesem Schritt zurückhielte, dass eine solche Anerkennung das Ende seiner Beziehungen zu Bonn zur Folge haben würde, müsste ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Kontakte erkennbar sein. Wirtschaftliche Gründe scheiden aus, da die Handelsbeziehungen, wie schon erwähnt, ohnehin auf ein Minimum zusammengeschrumpft sind. Von irgendwelchen gemeinsamen politischen Zielen beider Länder kann keine Rede sein, und auch das Argument, dass Castro lediglich den Bruch mit einem für die Freie Welt so wichtigen Land, wie die Bundesrepublik es nun einmal ist, scheue, verlor in dem Moment an Überzeugungskraft, als Castro die USA zur Beendigung der diplomatischen Beziehungen zu seiner Regierung provozierte. Die jüngsten Versuche Fidel Castros, mit den Vereinigten Staaten wieder ins Gespräch zu kommen, müssen im Zusammenhang mit dem Ende der Eisenhower-Ära gesehen werden und der etwas elastischeren Politik des Kreml gegenüber dem neuen Mann im Weissen Haus. Man darf annehmen, dass während dieser Periode des Abwartens und Abtastens auch in den Beziehungen Kubas zur Zone keine wesentlichen Änderungen eintreten werden. Die kubanischen Politiker bemühen sich indessen, Pankow mit Freundschaftserklärungen und kleinen Aufmerksamkeiten – zum Beispiel erstmaliger Teilnahme Kubas an der Leipziger Frühjahrsmesse – hinzuhalten.

Solange also die Fronten zwischen dem Kreml und der Kennedy-Regierung noch nicht geklärt sind, wird Pankow auch mit seiner Kuba-Politik Geduld haben müssen. Und diese Geduld fällt schwer. Denn die verzweifelt um diplomatische Anerkennung ringende Zonenregierung sieht in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen das erste Hauptziel ihrer Bemühungen um Kuba. Damit wäre ihr ein erster politischer Einbruch in den amerikanischen Kontinent gelungen. Und nicht nur das; Kuba wäre überhaupt das erste nicht zum Ostblock gehörige Land – sieht man von Jugoslawien ab –, mit dem die Zone dann echte diplomatische Kontakte hätte.

Rotchina ist dieser Einbruch in Lateinamerika nun bereits gelungen, sein Hauptinteresse ist wie das der Sowjetunion nunmehr darauf gerichtet, diesen Brückenkopf zu vertiefen. Dabei soll Castro helfen. China und die UdSSR hoffen, sich das Ansehen, das die kubanische Revolution in bestimmten Schichten südamerikanischer Staaten genießt, zunutze machen zu können, um diese

aus wirtschaftlicher Not für die „kommunistische Heilslehre“ anfälligen Schichten mit dem Bazillus des Bolschewismus zu infizieren. Castros diplomatische Vertretungen in den Ländern Lateinamerikas sind dazu bestimmt, das notwendige Propagandamaterial in diesen Ländern zu verbreiten. Castro jedoch hat mit seiner roten Infiltration den Bogen überspannt; sechs lateinamerikanische Staaten haben die Beziehungen zu Kuba abgebrochen und seine offiziellen Vertreter des Landes verwiesen, und es ist zu erwarten, dass weitere Länder des Kontinents diesem Beispiel folgen werden. Das dürfte Peking und dem Kreml nicht allzu angenehm sein, weil nunmehr wichtige Propagandazentralen, die sich der offiziellen Gastfreundschaft der entsprechenden Länder erfreuten, ausgefallen sind.

Andererseits kettet freilich diese politische Isolierung von seiner natürlichen geographischen Umgebung Kuba nur noch fester an den Ostblock und macht es damit einem für Moskau äusserst wichtigen Ziel gefügiger: dem Ziel der strategischen Bedrohung der USA. Castro hat seine Insel innerhalb von zwei Jahren in ein waffenstarreres Land verwandelt; bei den Paraden zum 2. Jahrestag der Revolution hat er das auch gar nicht zu verbergen gesucht. Anfangs halfen ihm sogar noch westliche Länder durch Waffenlieferungen bei seiner Aufrüstung. Seit geraumer Zeit ist sein einziger Waffenlieferant der Ostblock; an der Spitze stehen dabei die SU und die Tschechoslo-

wakei. Die Zahl der auf Kuba weilenden Militärexperten aus dem Ostblock wird auf etwa tausend geschätzt, kubanische Offiziere werden in Prag ausgebildet.

Nachdem nun durch den Abbruch der Beziehungen zu den USA eine der letzten entscheidenden Schranken gefallen ist, dürfte Kubas Aufrüstung mit technischen und personellen militärischen Kräften aus dem Ostblock schnell vorangetrieben werden. Sollte es den Amerikanern gelingen, ihren Marinestützpunkt Guantanamo auf Kuba, dessen Bestehen auf Vereinbarungen aus den Jahren 1903 und 1934 beruht und der nur in beiderseitigem Einvernehmen aufgegeben werden kann, noch einige Zeit zu halten, so wird er sehr bald von sowjetischen Waffen und Mannschaften umgeben sein.

Die Opposition gegen Castro im eigenen Land ist jedoch seit einem knappen Jahr ständig im Wachsen begriffen. Die gegenwärtige Situation der kubanischen Wirtschaft ist kritisch. Das ist eine Chance für den Westen. Castro ist auf Gedeih und Verderb der Hilfestellung des Ostblocks ausgeliefert. Das Interesse Moskaus an einer Einbeziehung Kubas in seinen Machtbereich ist nicht zu bezweifeln. Werden der Kreml und seine Satelliten ihre Macht auf der Insel schnell genug konsolidieren können, bevor es zu einer Gegenrevolution oder zu einem völligen Zusammenbruch der Wirtschaft im Lande kommt? Es wird ein Wettlauf mit der Zeit.

Der Griff nach der Ägäis

Elf Jahre Aufmarsch gegen Griechenland

VON G. GEORGALAS

Die kommunistischen Aufstände der letzten beiden Jahrzehnte haben Griechenland mehr als 55 000 Tote und Zehntausende von Verwundeten gekostet und materielle Schäden von mehr als 4 Milliarden Dollar verursacht. 70 000 Griechen wurden in die Ostblockländer verschleppt, darunter 28 000 Kinder. Als im August 1949 der letzte kommunistische Widerstand gebrochen war, zogen sich die Führer des Aufstandes mit den Resten ihrer Partisanenarmee hinter den Eisernen Vorhang zurück.

Die 6. Vollsitzung des Zentralkomitees der KP Griechenlands fand im Oktober 1949 in Bourleil im albanischen Exil statt. Dort wurde beschlossen,

den Kampf mit politischen Mitteln fortzusetzen. Nun hatte sich aber die Kommunistische Partei durch den Bürgerkrieg selbst zur Illegalität verbannt. Das Zentralkomitee beschloss daher, alle in Griechenland verbliebenen Kommunisten aufzufordern, gemeinsam mit Gesinnungsfreunden Tarnorganisationen zu schaffen.

Unter der Führung von N. Ploubidis war in Athen ein Rumpf-Politbüro illegal verblieben. Es nahm sofort den Kontakt mit einigen Linksradi-kalen und kleineren Parteien auf und bot ihnen, gegen minimale Konzessionen, die kommunistischen Wählerstimmen für die allgemeinen Wahlen vom 5. März 1950 an. Kurz vor diesem

Termin formierte sich aus drei bis dahin recht unbedeutenden Splitterparteien die sogenannte *Demokratische Vereinigung*, die mit Hilfe der kommunistischen Wählerstimmen tatsächlich einige Parlamentssitze erobern konnte. Allerdings waren die Abgeordneten keine Kommunisten. Daraus ergaben sich bald Spannungen. Schon zwei Monate nach der Wahl beschloss das Exekutivkomitee der Kommunisten bei einer weiteren Tagung im Exil, das Bündnis mit der „Demokratischen Vereinigung“ aufzugeben und eine neue Partei ins Leben zu rufen, die sich den Wünschen der Kommunisten besser unterordnete.

Erstmalig trat diese Partei anlässlich der Gemeindewahlen vom April 1951 auf; sie nannte sich *Demokratische Sammlungsbewegung* und wurde bei ihrem Stimmenfang ganz offen durch einen kommunistischen Sender auf rumänischem Territorium unterstützt. Der Sammlungsbewegung war ein beträchtlicher Anfangserfolg beschieden. Sie erhielt 180 000 Stimmen und konnte an einigen Orten sogar die Bürgermeisterstellen besetzen.

Doch schon im Juli desselben Jahres zogen sich fünf ihrer Deputierten aus der Fraktion zurück. Es waren die radikalsten und dem Kommunismus am stärksten verbundenen Abgeordneten. Sie gründeten im August 1951, einen Monat vor den neuen Wahlen, die EDA, die *Vereinigte Demokratische Linke*.

Der kommunistische Auslandssender hatte die Wahlkampagne unter drei Schlagworte gestellt: Frieden – Demokratie – Amnestie! Natürlich in dem Sinne, den die Kommunisten diesen Begriffen immer zu unterstellen pflegen. Die EDA übernahm fast gänzlich das Programm, das die Exilführung der KP Griechenlands ausgearbeitet hatte. Das liess sich wenig später feststellen, als Funk sprüche eines illegalen Senders aufgefangen wurden, der die Verbindung zwischen der Athener Spionagegruppe unter dem Kommunisten Beloyannis und den Funktionären der KPG im rumänischen Exil besorgt hatte. Es liess sich auch rekonstruieren, dass die kommunistischen Richtlinien nicht ohne komplizierte und langwierige Debatten von der Führung der EDA angenommen worden waren.

Die neue Partei stellte für die Wahl als ihre Kandidaten kommunistische Funktionäre auf. Von den zehn Abgeordneten, die die EDA nach dem Wahlergebnis vom 9. September ins Parlament schicken wollte, waren zwei wegen kommunistischer Aktionen im Gefängnis, die anderen acht in Internierungshaft. Die Wahl der beiden Gefängnisinsassen wurde annulliert, und sie wurden durch andere Kandidaten ersetzt. Die acht Deportierten wurden auf freien Fuss gesetzt und konnten zwei Monate lang ihre Sitze im Parlament ein-

nehmen. Dann annullierte der Wahlprüfungsausschuss auch ihre Mandate und liess sie durch andere Personen ersetzen.

Auch die Redaktion der Parteizeitung war drei notorischen Kommunisten zugefallen: Gabriilidis, Tsochas und Sarafis, der von 1941 bis 1944 Chef der bewaffneten Formationen der kommunistischen Partisanen gewesen war. Auch das geschah auf Anweisung aus Rumänien. Am 16. Oktober 1951 wies die Exil-KP diese personelle Besetzung der Redaktion an, am 11. November wurde die Anweisung ausgeführt. Das liess sich aus den Funk sprüchen der Beloyannisgruppen nachweisen.

Als nächsten Schritt unternahm man die Säuberung der neuen Partei von allen Elementen, die nicht das volle Vertrauen der Kommunisten genossen. Der EDA war nahegelegt worden, alle „Provokateure, Verräter, Spione, Spitzel, Titoisten und Pseudosozialisten“ aus ihren Reihen zu entfernen. Das Ergebnis? Fast alle Mitbegründer der EDA, Mariolis, Kyrkos, Hadjabey, Grigoriadis, Cocorelis, Simitzis und Papachristu wurden als „Agenten des Klassenfeindes“ ausgestossen. Regelrechte Kommunisten wie Sarafis, Brilakis, Glezos, Elfremidis, Iliu und Caterinis ersetzten sie.

Bis auf die Sozialistische Partei des J. Passalidis, dessen persönlicher Ehrgeiz durch den dekorativen, aber nichtssagenden Präsidentenposten befriedigt worden war, lösten sich auch die kleinen Gründerparteien wieder aus dem Verband der EDA.

Es bestand also auch kein Anlass mehr, dass sich die Partei seit 1951 ideologisch nicht nach der Politik des internationalen Kommunismus, wie sie in Moskau festgelegt wurde, ausgerichtet hätte. Trotzdem vermied die EDA alles, was nach aussen hin das Misstrauen der bürgerlichen Mitte hätte erregen können, abgesehen von einer vorbehaltlosen Zustimmung zu der ausserpolitischen Linie Moskaus. Im Gegenteil, man versäumte es nicht, den anderen Oppositionsparteien Versprechungen und Konzessionen zu machen. So gelang es, bei den Wahlen von 1956 eine oppositionelle Koalition zusammenzubringen. Aber diese Wahlen bildeten nur den Auftakt. Zwei Jahre später gelang es der EDA, 24,4 % aller abgegebenen Stimmen zu gewinnen und 79 der insgesamt 300 Sitze in der Kammer zu erringen. Nach der Regierungspartei ERE mit 42 % aller Stimmen und 172 Parlamentssitzen war die EDA damit zur zweitgrössten Partei des Landes geworden.

Ihre Wahlkampfpartner, die Mittelparteien, fühlten sich überfahren und lösten das Bündnis. Aus taktischen Gründen splitterte die EDA darauf zwei Satellitenparteien ab, die *Demokratische Union* unter M. Tsirimocos und die *Neue Bauernbewegung*. So sollte demonstriert werden, dass

der junge Koloss gar nicht so gefährlich, sondern innerlich uneinig wäre.

Zwischen dem 28. November und dem 2. Dezember 1959 fand der erste EDA-Parteitag statt, dem typisch kommunistische Vorverhandlungen über Organisations- und ideologische Probleme vorausgegangen waren. Er setzte sich zwei taktische Ziele: Die Ablösung der Regierung Karamanlis und die Verwirklichung dessen, was man als „Allaghi“ (Wechsel) bezeichnete: ein Programm, das zwar noch nicht die Errichtung des Kommunismus, wohl aber die Schaffung aller Voraussetzungen dafür vorsah. Über den Weg des Neutralismus sollte Griechenland von der NATO in den Warschauer Pakt überführt werden. Eine „Volksfront“ unter ausschliesslicher EDA-Führung sollte dazu beitragen.

Parteipräsident Passalidis formulierte das in seinem Bericht so: „Die Front wird alle Klassen, Parteien und demokratischen Kräfte zusammenfassen, doch kann die EDA die Führung des Kampfes um eine Änderung nicht zaudernden Gesellschaftskräften überlassen.“

Auch eine Reorganisation des Parteiapparats nach kommunistischem Vorbild wurde beschlossen. Die EDA-Zeitung *AVGHI* beschrieb diese Änderung des Status als „Erfüllung der Voraussetzungen, die ihre Mission als Aktionspartei mit zentralisierter Führung erfordert“. Innere Kämpfe, wie der Angriff des Ideologen Brillakis gegen den gemässigten Nefelundis, lassen erkennen, dass

gleichzeitig die besonnenen Elemente aus dem Parteiapparat verdrängt werden sollen.

Nicht nur in ideologischer Hinsicht, auch ganz allgemein ist die EDA aus diesem Parteitag als rein kommunistische Partei hervorgegangen, die sich, laut Schlussresolution, „für den grossen Sturm“ vorbereitet. Durch gleichzeitigen Druck von innen und aussen soll die jetzige Regierung gestürzt und durch ein Kabinett ersetzt werden, das als erste Phase die Lösung Griechenlands vom Westen, als letzte aber seine Umwandlung in einen sowjetischen Satellitenstaat verwirklichen soll.

Vor dem griechischen Parlament hat der Staatssekretär Kalantzis am 6. April 1960 den konkreten Nachweis erbringen können, dass im ZK der EDA 58 von 65 Mitgliedern Altkommunisten sind. 14 der 16 Politbüromitglieder der EDA waren früher Mitglieder der Kommunistischen Partei Griechenlands, und auf 62 der 79 EDA-Abgeordneten im Parlament trifft dasselbe zu.

Kürzlich wurde eine Art Generalprobe abgehalten, über welche Stärke der kommunistische Mob Athens heute verfügt. 6000 Demonstranten versuchten das Arbeitsministerium zu stürmen. 50 Polizisten und Demonstranten wurden verletzt, ehe die Ordnung wieder hergestellt werden konnte. Der Kreml hat mit geschickter Strategie die Ausgangsstellungen zu einer neuen Attacke bezogen, die dem Sowjetblock den Weg ins Mittelmeer öffnen soll, nachdem vor elf Jahren der für ihn ungünstige Ausgang des Bürgerkrieges dies vereitelt hatte.

SOWJETISCHE SCHRIFTSTELLER ÜBER DAS LEBEN IN DER KOLCHOSE

„... Und dann, lieber Bruder, will ich Dir noch schreiben, dass es mit unserer Kolchose immer mehr bergab geht. Unlängst haben einige Kühe gekalbt – die Kälber sind eingegangen. Und unsere Schweine solltest Du erst sehen – sie schauen verdammt einer Ratte ähnlicher als einem Schwein! Eine Kub gibt uns 700 Liter Milch. Auf 100 Hektar Ackerland haben wir lediglich zwei Zentner Schweinefleisch produziert, das Kilogramm Schweinefett kostet 50 Rubel, das Ei achtzehn...“

Aus „Natschalo“ (‘Der Anfang’) von N. Sergejewitsch

„... Eine Familie von sechs, sieben Köpfen lebt in einem einzigen Raum; er ist Küche und Schlafzimmer, hier wird Bettzeug ausgekocht, hier wäscht man sich in einem Eimer, und hier machen die Schul Kinder ihre Aufgaben...“

Aus „Trudnaja vesna“ (‘Schwerer Frühling’) von W. Owetschkin

Denunziation ist Bürgerpflicht

Das Spitzelsystem in der Sowjetzone

VON BERT GRAF

Eine nebensächliche Szene in dem neuen DEFA-Film *Das Leben beginnt* war Anlass für eine Beschwerde wachsamer Funktionäre des Staatssicherheitsdienstes beim Zentralkomitee der SED: Durch solche Auffassungen, wie sie der genannte Film verbreite, würde das 'scharfe Schwert der Partei' scharf werden. 'Scharfes Schwert der Partei' – so werden die SSD-Leute offiziell von der Parteipropaganda lobend genannt.

Dies ist die beanstandete Filmszene: Unter dem Siegel der Verschwiegenheit vertraut das Mädchen Erika seinem Freund Rolf an, dass es mit der Familie in den Westen fliehen wolle. Der Junge gibt sein Ehrenwort, dass er über dieses Vorhaben schweigen wird, und er hält es.

Offensichtlich war die politische Zweideutigkeit wegen ihrer dramaturgischen Bedeutungslosigkeit in diesem von der Partei sonst mit viel Lob bedachtem Streifen von der SED-Zensurkommission nicht beachtet worden. Der Staatssicherheitsdienst wies sie mit seinem Protest auf das Versäumnis hin: Die Jugend werde dazu ermuntert, zugunsten eines falschen Ehrbegriffs die Wachsamkeit gegenüber Klassenfeinden zu vernachlässigen.

Da das ideologische Malheur aber nun einmal geschehen war, entschlossen sich die Propagandisten zu einer radikalen Diskussion in der Öffentlichkeit. Die Offensive wurde dem Zentralorgan des kommunistischen Jugendverbandes (FDJ), *Junge Welt*, übertragen. Diese entfesselte eine Leserbriefkampagne, in der sich die linientreue Empörung der klassenkämpferischen Jugend über das falsche Verhalten des Filmjungen Rolf niederschlug: „Ehrenwort und Menschlichkeit sind klassengebunden und daher nur auf sozialistische Verhältnisse anzuwenden“, „ein Klassenfeind wie der Republikflüchtige muss mit allen Mitteln geschlagen werden, das Brechen des Ehrenwortes ist in diesem Falle sogar Pflicht“, im übrigen sei das Ehrenwort „ein überholter, bürgerlicher Begriff, denn im Sozialismus braucht nichts geheimgehalten oder auf solche Weise bekräftigt zu werden“ – das war der immer wieder variierte

Tenor der Veröffentlichungen. Zum Schluss kapitulierte die staatliche Filmgesellschaft und schnitt die kritisierte Szene heraus.

Aber noch während sich die organisierte Leserempörung in der „Jungen Welt“ in Druckerschwärze verwandelte, lieferte der siebzehnjährige Eisenbahnarbeiter Lothar Kubert im West-Berliner S-Bahnhof Staaken, in der Nähe der Zonengrenze im Nordwesten Berlins, zwei Flüchtlinge der Volkspolizei aus. Er kannte die beiden jungen Männer nicht, die sich bei ihm erkundigten, ob sie sich schon in Sicherheit auf West-Berliner Boden befänden. Aber er reagierte mit bewundernswerter Schnelligkeit. Er erfand eine hinhaltende Ausrede, sperrte die Fragenden in einen Aufenthaltsraum und holte die Häsher herbei.

Es war sicherlich nicht nur die Kopfprämie, die den jugendlichen Denunzianten von der Rechtmässigkeit seines Tuns überzeugt sein liess. Auch wird er ganz bestimmt nicht nach den gerade so vielfältig interpretierten Richtlinien zum Verhalten bei der Begegnung mit 'Republikflüchtigen' in der Diskussion der „Jungen Welt“ gehandelt haben. Seine prompte Reaktion war nichts anderes als der Ausfluss seiner kommunistischen Erziehung, die in diesem Fall nicht einmal auf stabilem ideologischem Untergrund beruht.

Diktaturen sind stets bestrebt, das freie Individuum zum verängstigten Einzelwesen zu machen, das seinem Nächsten nicht traut und immer auf der Hut vor Kontrollen und Stichproben ist. Damit will die Gewaltherrschaft die Möglichkeit organisierter Empörungen der Unterdrückten ausschalten. Nach diesem Rezept werden – von 1933 an gerechnet – Millionen Deutsche jenseits der Elbe nun schon seit 27 Jahren behandelt. Und die Methoden zur Isolierung des Menschen werden immer raffinierter.

Lothar Kubert ist ein Beispiel, wie sich die Menschen in einer solchen Zeit und unter diesen bedrückenden Umständen entwickeln. Aber schon die beiden von ihm ausgelieferten Flüchtlinge

sind ein anderes. Sie, die im Begriff waren, ein in der Sowjetzone unter schwerer Strafe stehendes Staatsverbrechen zu begehen, vertrauten sich einem Fremden an, ohne ihrer Sache sicher zu sein. Oder schien ihnen der Hilfsarbeiter als halbes Kind noch vertrauenswürdig? Auf jeden Fall machten sie den grössten Fehler, den man auf der Flucht von Deutschland nach Deutschland begehen kann: Sich einem sowjetzonalen Eisenbahner anzuvertrauen. Denn gerade diese werden oft von unbekanntem Funktionären und Staatssicherheitsleuten durch provokatorisches Verhalten auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft. Vielleicht hatte Lothar Kubert früher einmal bereits eine solche Begegnung gehabt und war gerügt worden? Vielleicht musste er mehr an seinen Kopf denken, als dass er Zeit gehabt hätte, sich die Kopfprämie für die anderen auszurechnen?

In der Sowjetzone beginnt die Anerziehung solcher Ängste bereits in der Schule. Das Klassenkollektiv belauert unter dem Deckmantel kameradschaftlicher Hilfe alle Bewegungen des einmal aus irgendwelchen Umständen in den Mittelpunkt der Wachsamkeit gerückten Mitschülers. Dieser kann sich nicht anders retten, als indem er selbst einen anderen Schüler zum Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit macht. Also beobachtet auch er seine Kameraden und registriert alle ihre Verfehlungen, um sich revanchieren zu können.

Solche 'kollektiven Erziehungsmassnahmen' stehen unter dem Motto 'Vom Ich zum Wir'. Sie werden von den sozialistischen Lehrkräften planvoll gelenkt. Das verhindert aber nicht, dass auch der Lehrer seinerseits einer kritischen Einschätzung durch seine Schüler unterworfen wird. Das ist noch verhältnismässig harmlos, wenn es durch die Pionierfreundschaften oder die FDJ-Gruppen in aller Öffentlichkeit geschieht. Später aber ist niemand mehr sicher, ob nicht jemand ausserdem noch heimliche Notizen macht und Berichte abliefern. Jeder kann ein vom Staatssicherheitsdienst verpflichteter Spitzel sein: der Lehrer, der Schüler, der Arbeitskollege, der Nachbar, selbst der Freund oder ein Mitglied der Familie.

Wahrscheinlich gibt es in der Zone gar nicht einmal soviel SSD-Spitzel, wie der Staatssicherheitsdienst im eigenen Interesse gern glauben machen möchte. Die Zahl jedoch ist ohne Bedeutung. Allein die ständig gegenwärtige stumme Drohung, dass der Mensch gegenüber ein verpflichteter Denunziant sein könnte, mahnt zu jener dem System so nützlichen Vorsicht, die die Menschen sich nicht einander anvertrauen lässt.

Die Spitzel für den Staatssicherheitsdienst werden, das ist bekannt, unter den verschiedensten Vorwänden zur Mitarbeit gepresst. Obenan steht der Appell an das sozialistische Bewusst-

sein. Namentlich bei den jungen Parteikadern verfehlt er selten seine Wirkung. Ihre Erziehung lässt gar keine andere Schlussfolgerung als die überzeugter Mitarbeit zu. Andere werden unter Androhung von Strafverfolgung für begangene Vergehen zum Einwilligen gezwungen, und politisch Unzuverlässige müssen sich eben durch aktiven Einsatz bewähren.

Zur Registrierung durch die Spitzel ist nichts zu gering. Neulinge werden angehalten, einen ganzen Katalog von Beobachtungspunkten auswendig zu lernen: Wer liest westliche Bücher? Wer raucht westliche Zigaretten? Wer fährt nach West-Berlin? Wer bekommt Post aus dem Westen? Wer ist uninteressiert bei der Zeitungsschau? – und vieles andere mehr.

Der Verpflichtungsschein für den SSD bezeichnet die Spitzeltätigkeit als patriotische Pflicht und stellt den Bruch der Geheimhaltung unter Strafverfolgung durch die 'DDR'-Gesetze. Wer erst einmal unterschrieben hat, kann zwar noch einige Hinhaltungsversuche unternehmen oder abschwächende Berichte liefern. Aber in den seltensten Fällen ist er den gewieften Mitarbeitern der SSD-Residenturen gewachsen, wie die in der ganzen Zone verstreuten kleinsten Kontaktstellen für Spitzel der Hauptabteilung VIII des Ministeriums für Staatssicherheit genannt werden. Ihm bleibt nur noch die Flucht oder die aktive Mitarbeit.

Neben diesen Spitzelberichten gibt es die offiziellen Charakteristiken, die in regelmässigen Abständen über leitende Personen in den Betrieben und Verwaltungen angefertigt und gesammelt werden. Sie werden zusätzlich auch über jeden anderen Bürger nach Bedarf angefordert. Manche Personalakte kann mit der Zeit nur noch durch Lasträger befördert werden. Niemals aber bekommt der Betroffene Einsicht. Er ist nicht in der Lage, sich gegen einmal schwarz auf weiss festgehaltene Vorwürfe zur Wehr zu setzen. Er schleppt sie sein Leben lang mit sich herum, denn diese papierenen Zusammenstellungen sind wahre Fundgruben für die bei passender Gelegenheit mit pedantischer Akribie zu Werke gehenden Auswerter.

SCHULAUFsätze ALS BELASTUNGSMATERIAL

Wohlgermerkt: Diese Dossiers gibt es nicht nur über Führungskräfte und Funktionäre in der Zone, und ebensowenig führt jeder Minuspunkt gleich zur Verhaftung. Manch biederer Familienvater würde sich wundern, in seiner Akte beispielsweise die Photokopie eines Schulaufsatzes seines Kindes zu finden, dem das Thema gestellt worden war, über das Steckenpferd seines Vaters zu berichten. Andere Schulaufsätze tragen Titel wie „Was erzählt mein Vati von seiner Arbeit?“, „Das

schönste Bild in unserer Wohnung" oder „Was wir gestern im Radio hörten“.

Die sorgfältig geführte Akte eines unscheinbaren Heizers im Landeskirchenamt Dresden ermöglichte es dem Staatssicherheitsdienst, eine Abhöranlage an dem Telefon des evangelischen Bischofs Noth anzubringen. Der Heizer war vom Staatssicherheitsdienst verpflichtet und man erinnerte sich seiner, als auf anderem Wege der Geheimdienst nicht mehr genügend Informationen über die Evangelische Kirche erhielt. Der Spitzel lieferte zunächst den Inhalt der Papierkörbe aus, den er verbrennen sollte. Dann verschaffte er den Technikern des SSD eines Nachts Zutritt zum Amtszimmer des Bischofs, wo sie ungestört arbeiten konnten. Auch Nachschlüssel wurden mit Hilfe des Heizers angefertigt. Die Abhöranlage war über ein Jahr lang unbemerkt in Betrieb.

Einen solchen umfassenden Apparat, durch den jeder Staatsbürger kontrolliert zu werden vermag, kann sich ein demokratischer Staat schon des hierfür erforderlichen Aufwandes wegen nicht leisten. Für die Kommunisten jedoch rentiert er sich. Das erklärt auch, warum sie im Grunde so wenig Furcht vor Gegenspionage haben. Gegenteilige Behauptungen stellen sie nur aus Propagandagründen auf. Ihr Sicherheitssystem ist so perfekt und das Risiko für Spionage so hoch, dass sie ihre Massnahmen im Inland hauptsächlich darauf ausrichten, die unzufriedene Bevölkerung einzuschüchtern.

Die Überwachung macht natürlich auch bei den hohen und höchsten Funktionären des Regimes nicht halt; dort wird sie im Gegenteil eher noch verstärkt. Chruschtschow gab auf dem XX. Parteitag zu, dass Stalin Abhörmikrophone sogar in das Schlafzimmer des sowjetischen Staatspräsidenten Woroschilow hatte einbauen lassen.

In der Zone beteiligt sich an der Überwachung der obersten Funktionäre auch noch der sowjetische Nachrichtendienst. Er bedient sich zwar seinerseits des Staatssicherheitsdienstes als Zuträgers, unterrichtet diesen jedoch umgekehrt nicht immer von seiner eigenen Arbeit: Es liegt eben im Wesen des allseitigen Misstrauens, dass auch die Sicherheitsleute einander gegenseitig überwachen. Auch bei der Industriespionage und der Postzensur innerhalb der Zone arbeitet der sowjetische Geheimdienst zusätzlich in eigener Verantwortung.

Das staatlich geförderte Angebertum eröffnet natürlich gerade den negativsten menschlichen Charakteren ein weites Betätigungsfeld. Wer seinem Nachbarn eins auswischen will, beschuldigt ihn, westliche Radiostationen gehört zu haben. Sehr oft aber wird der Wachsamkeitsfanatismus auch zur Groteske. Davon zeugt zum Beispiel die trotz

aller Geheimhaltungsversuche doch durchgesickerte Geschichte des übereifrigen FDJ-Gruppenleiters Martin Röschke aus Erfurt.

DER SEITENSPRUNG DES MÄDCHENS DORA

Silvia, die Verlobte dieses Jugendfunktionärs, hatte offensichtlich ein Auge auf einen älteren Genossen aus der SED-Kreisleitung geworfen. Der eifersüchtige Bräutigam beobachtete – ausgerechnet auf einer Versammlung, auf der über die notwendige Wachsamkeit diskutiert wurde – einen heimlichen Zettel austausch, vernahm verdächtige Anweisungen und kundschaftete bald aus, dass der SED-Funktionär in seiner Wohnung, in der Silvia ihn öfters aufsuchte, eine Fotoeinrichtung samt Dunkelkammer besass. Da das Mädchen als technische Zeichnerin mit Konstruktionsunterlagen des volkseigenen Werkes zu tun hatte, lag Spionage nahe. So entschloss sich der junge Mann zu der Anzeige: „Meine Braut ist eine Agentin!“ Als dann der alarmierte Staatssicherheitsdienst bei einem Stelldichein zuschlug, musste der Fall an die Sittenpolizei abgetreten werden.

Inzwischen ist die Wachsamkeit auch gegen die „mit dem sozialistischen Bewusstsein nicht zu vereinbarende sittliche Verwerflichkeit“ mobilisiert worden. Hauptumschlagplatz für Neuigkeiten der intimsten Art sind die Betriebsbrigaden, die nicht nur sozialistisch arbeiten, sondern auch nach den gleichen strengen Regeln leben müssen. In den Tagebüchern dieser Brigaden sollen daher nicht nur Eintragungen über die Produktionsarbeit gemacht werden, sondern auch über das private Leben der Arbeiter. Da wird gegen das Rauchen und Trinken gewettert und sogar dagegen hinter einem Mädchen herzupeifen. Besonders interessante Stellen aus den Tagebüchern werden von der SED-Presse als neue Arbeiterliteratur gewürdigt und als Vorbild abgedruckt.

So konnte man im Tagebuch der Brigade „Fortschritt“ des Braunkohlenwerkes Deuben bei Zeitz alle Einzelheiten über den 'Sündenfall' des Brigademitgliedes Dora nachlesen. Entrüstete, aber gutunterrichtete Genossen schilderten, wann und wie sich Dora mit einem verheirateten Mann abgebe. Sogar Ort und Uhrzeit fehlten nicht. Die Schreiber forderten, dass jeder Arbeiter seine Meinung zu diesen skandalösen und mit der „sozialistischen Moral“ nicht zu vereinbarenden Vorfällen niederschreiben müsse. Zum Schluss hiess es: „Und nun erwarten wir Deine Stellungnahme, Dora, oder sollen wir Dich aus der Brigade ausschliessen?“

Am weitesten geht die Entpersönlichung des Menschen in der sogenannten öffentlichen Selbstkritik. Insbesondere auf den SED-Parteischulen

wird sie bis zum geistigen Harakiri getrieben. Man muss selbst einmal so eine Veranstaltung miterlebt haben, um die ganze Tragweite der von der Partei so sehr geschätzten Unterwerfung unter das kommunistische Ritual zu ermessen.

Da werden einem Menschen schonungslos alle seine 'Verfehlungen' vorgehalten. Es sind zumeist Verstöße gegen die Parteidisziplin, die nirgendwo sonst auf der Welt noch geahndet werden. Selbst wenn dann der Kritisierte die Berechtigung der Anschuldigungen anerkennt – was in Wahrheit wohl höchst selten der Fall sein dürfte –, ist es nicht genug, wenn er sagt: „Es tut mir leid. Ich werde mich bessern!“ Er muss vielmehr eine ideologische Vivisektion an sich vornehmen und alle Ursachen seiner falschen Haltung begründen. Nicht selten verflucht er Vater und Mutter, weil sie ihn falsch, nämlich bürgerlich erzogen haben.

Aber auch danach noch wird dem Geständnisfreudigen nicht etwa volle Absolution erteilt. Er bekommt noch lange zu spüren, dass er unter Kontrolle steht. Ausserdem kann er den Vermerk in seiner Kaderakte niemals mehr tilgen. Ähnliche

Noten Selbstkritik, Soldaten, wenn sie die Zielscheibe verfehlten, Funktionäre, wenn sie die Anweisungen der Zentrale nicht ausführen konnten. Im Eisenhüttenkombinat Stalinstadt klagte sich sogar eine Genossin an, weil es ihr noch nicht gelungen war, ihren Ehemann zum Eintritt in die Partei zu bewegen.

Das üppige Schlinggewächs von Misstrauen, Furcht, Berechnung, Intrige, ja sogar Sadismus und der entschuldbaren Unehrllichkeit aus Selbstschutz gedeiht auf einem Boden, den die Kommunisten wie zum Hohn Rechtsstaatlichkeit nennen. Weil sie jedem ihrer Willkürakte staatliche Anerkennung und Nachdruck verschaffen können, endet jedes Aufbegehren mit einer Niederlage. Das „Gesetz gegen Völkerverhetzung und zum Schutze des Friedens“ lässt sich mit Hilfe kommunistischer Dialektik dehnen wie ein Gummiband.

Aufklärungskolonnen überfallen die Inhaber von Wohnungen, deren Fernsehantennen auf Westempfang schliessen lassen, und schimpfen sie Kriegshetzer. Wer auch nur einem Besucher auf dem Bildschirm das westliche Fernsehprogramm zeigt, wird mit



Selbstkritiken, wenn auch in milderer Form, müssen Arbeiter vor der Brigade ablegen, wenn sie Ausschuss produziert oder sonstwie gegen die Regeln verstossen haben. Schüler üben wegen schlechter

Zuchthaus bestraft. Anständige Nachbarn verschliessen Türen und Fenster, wenn sie bemerken, dass ein Hausbewohner verdächtig viele Pakete zur Post bringt, Stücke der Wohnungseinrichtung

verkauft oder ausserhalb der Urlaubszeit mit grossen Koffern auf Reisen geht. Kann man ihnen dennoch beweisen, dass sie Flüchtlinge beim Verlassen der Zone beobachtet und nicht angezeigt haben, werden sie wegen 'Beihilfe zur Republikflucht' mit Zuchthaus bestraft. Deshalb nehmen selbst nächste Verwandte nicht Abschied von einander, weil sie die Dableibenden bei Verhören durch den Staatsicherheitsdienst nicht belasten wollen.

Mit Gefängnis wurde in Dresden ein 18jähriger Maurer bestraft, weil er in der Strassenbahn eine Rede Ulbrichts kritisiert hatte. Die Schaffnerin liess ihn durch einen den Verkehr regelnden Volkspolizisten verhaften. Nur ein Bruchteil solcher Terrorurteile kann im Westen registriert werden.

Versagt hat jedoch bisher das enggeflochtene Spitzelnetz der Haus- und Strassenleute. Die Hausgemeinschaften wählen in der Regel entweder wirklich einen Mann ihres Vertrauens oder aber sie isolierten scharfe Funktionäre, so dass diese kaum etwas zu berichten hatten. So setzte das Innenministerium in allen Orten Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei ein. Sie betreuen kleine Strassenbezirke und sollen als täglicher „Freund und Helfer“ das Vertrauen aller Anwohner gewinnen und sie genau kennenlernen. Zu seiner Unterstützung werden dem Bevollmächtigten mit Armbinden und Ausweisen versehene ehrenamtliche Hilfsposten zugeteilt.

WORÜBER MAN MECKERN DARF

Selbstverständlich garantiert auch die Zonenverfassung das Post- und Telefongeheimnis. Aber niemand nimmt das ernst. West-Berlin ist der grosse Briefkasten für die Briefe aus Rostock und Dresden, Leipzig und Frankfurt/O, deren Inhalt eben wirklich nur für den Empfänger im Westen bestimmt ist. Umgekehrt haben die West-Berliner Postämter, die vornehmlich in den Grenzsektoren von den Zonenbewohnern aufgesucht werden, ihre Regale für postlagernde Sendungen erheblich erweitern müssen. Bereitwillig stellen auch viele West-Berliner Bürger ihre Anschriften als Deckadressen für Freunde und Bekannte aus der Zone zur Verfügung.

Die jahrelange Gewöhnung an die sie täglich umgebenden Gefahren stumpft die Menschen in der Zone ab. Sie werden nicht etwa gleichgültig, sondern instinktsicher. Es gibt Themen, über die man „drüben“ auch nicht in vertrautem Kreise spricht: die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als Staatsgrenze durch die Pankower Regierung zum Beispiel, Hilfsangebote der Sowjetunion bei Lebensmittelknappheit, sowjetische Besatzungsmacht, Staatssicherheitsdienst, politische Reden

der obersten Parteispitzen und vieles andere mehr. Wer dieses Tabu durchbrechen würde, könnte aus seinem Herzen keine Mördergrube machen. Aber das Risiko, einen falschen Gesprächspartner zu haben, ist zu gross. So wird aus Vorsicht eben lieber geschwiegen. Doch es ist ein beredtes Schweigen. Es macht den Funktionären soviel Sorge, dass sie erhebliche Mühe aufwenden, die Abwehrmauer vor den Tabu-Themen zu durchbrechen. Die politischen Stellungnahmen in der Zonenpresse unter Aktivistenporträts sind daher auch von unüberbietbarer Primitivität und Unglaubwürdigkeit. Aber selbst diese leicht durchschaubare Heuchelei buchen die Propagandisten der SED als Erfolg.

Auf anderen Gebieten werden die zur Kritik am Nächsten ermunternden Dialektiker mit ihren eigenen Waffen geschlagen. Bei Versorgungskrisen, in den staatlichen HO-Geschäften – vornehmlich bei den Reparaturannahmestellen –, in Gaststätten mit zusammengestrichenen Speisekarten kann man die Bürger des „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates“ mit beachtlicher Lautstärke ihre keineswegs schmeichelhafte Meinung kundtun hören. Die Zeiten, in denen HO-Kellner das fehlende Schnitzel mit der notwendigen Solidarität für die überfallenen Nordkoreaner entschuldigen konnte, sind längst vorbei. So wird herzhaft geschimpft, obwohl man gar nicht die unmittelbar für die Schwierigkeiten Verantwortlichen meint. Man weiss, dass sie im Grunde nicht schuld sind. Man denkt an Ulbricht, wenn man dem Stadtrat für Handel und Versorgung einen groben Brief schreibt, weil es mit der Kartoffelversorgung nicht klappt. Man meint das verhasste System, wenn man die mangelnde Initiative des örtlichen Betriebes bei der Herstellung von Eimern im Rahmen des 'Massenbedarfsgüterprogramms' kritisiert.

Allerdings muss man auch bei diesen Kritiken taktisch, besser noch: dialektisch operieren. Man darf zwar die schlechte Bauausführung einer Wohnung rügen und die schleppende Materialanfuhr, niemand aber, dass überhaupt zu wenig Wohnungen gebaut werden. Das mindeste, was einem dabei geschehen kann, ist die Übersendung einer Aufbaukarte zusammen mit der Anweisung, im Nationalen Aufbauwerk freiwillige Arbeitsstunden zu leisten, um den Engpass an Wohnungen durch Masseninitiative beseitigen zu helfen. Auf einer Versammlung in der Teltower Vorstadt von Potsdam-Babelsberg erinnerten Hausfrauen daran, dass vor den LPG-Bildungen die Obstbauern in Werder genügend Arbeitskräfte zur Einbringung der Ernte hatten. Sie wurden daraufhin sofort zur sozialistischen Hilfe für die Genossenschaftsbauern verpflichtet.

Die konkreten Kritiken auf der untersten Ebene

machen den kleinen Funktionären das Leben sauer. Sie können schwer aufbegehren. Sofort halten ihnen die gewitzten Kritiker unter anderem den Ausspruch des kommunistischen Klassikers Leonow vor: „Der Marxismus ist unter keinen Umständen mit der Verheimlichung oder Vertuschung von Fehlern und Mängeln zu vereinbaren.“ Auch das Zitat von Stalin, dass bereits nur 5 % Richtigkeit einer Kritik Beachtung finden müssten, wird gern angebracht. Aber diejenigen, die dem Volkzorn in vorderster Front gegenüber stehen, können die an sie herangetragenen Beschwerden nicht nach hinten an die eigentlich Schuldigen weitergeben. Sie würden als tödlicher Bummerang zurückkehren. So müssen sie sich mit dem Dasein von Sündenböcken abfinden und oft genug auch sich in die Wüste schicken lassen.

EINE LIEBEVOLLE TOCHTER

Dabei bereiten aber die Auseinandersetzungen etwa um unpünktlich fahrende Strassenbahnen oder fehlende Erfrischungsgetränke bei Sportveranstaltungen den Menschen in der Zone natürlich nur wenig Erleichterung. Aus dem sie umgebenden weitaus gefährlicheren Teufelskreis des allgemeinen Misstrauens gibt es kein Entrinnen. Politische Kritik, die am Fundament des Systems rüttelt, ist nicht gestattet. Jeder muss vor jedem auf der Hut sein. Der Spitzel, der vor der Tür des Nachbarn Horchposten bezogen hat, muss gewärtig sein, dass der Belauschte seinerseits durch das Schlüsselloch späht.

Eine Armee von hauptamtlichen Staatssicherheitsbediensteten und die Unzahl Funktionäre in der Haupt- und den Satellitenparteien sowie in den zahlreichen Massenorganisationen, die sich demokratisch nennen, überwacht die Menschen und hetzt sie gegeneinander auf. Es gibt keine allgemein gültige Regel, kein für alle begehbarer Weg, dem Netz zu entfliehen, das für die darin Gefangenen fast körperlich spürbar ist. Gewissensfragen werden fast täglich gestellt. Die Entscheidungen lassen sich nicht verallgemeinern.

Der Abgrund des Misstrauens klappt mitten in den Familien. Die Tochter Silvester Muraus – eines in die Bundesrepublik geflüchteten Offiziers

des Staatssicherheitsdienstes – kam mit den Häschern über die Zonengrenze und lieferte ihren Vater gefesselt dem Henker aus. Andere Familien wiederum finden gerade durch den beständigen Druck von aussen noch fester zu einer häuslichen Gemeinschaft zusammen. Freundschaften kommen über oberflächliche Berührungen nicht hinaus oder zerbrechen: Der beste Freund des ehemaligen Grenzpolizeioffiziers Manfred Smolka brachte diesen an den Galgen. Die 26jährige Tochter des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten ehemaligen Technischen Direktors des VEB Entwicklungsbau Prima, Manfred Gerlach, erklärte dem sozialistischen 'Volkserichtshof': „Mein Vater hat mich zur Missachtung aller Gesetze erzogen. Ich hörte nur Schlechtes über die Republik. Oft sagte mein Vater, man müsse den Staat schädigen, wo man nur könne.“ Auch Ehefrau Gerlach bot sich als Belastungszeugin an: „Mein Mann erklärte wiederholt, dass er gegen das ganze sozialistische Lager tiefen Hass hege.“

Auch dort bewährt sich das perfektionierte System der Diktatur, wo zwei fremde Menschen einander in einer Situation begegnen, in der die Urinstinkte menschlicher Hilfsbereitschaft angesprochen werden: In der Not, auf der Flucht. Im günstigsten Falle geht der Angesprochene eilig vorüber und lässt den Hilfesuchenden allein zurück. Wenn er dann noch bereit ist, tausend Eide darauf zu schwören, ihn niemals gesehen zu haben, dann hat er nach den geltenden Massstäben bereits seiner Menschlichkeit genüge getan. Oder aber er verrät den Fremden, wie es der siebzehnjährige Lothar Kubert auf dem S-Bahnhof Staaken tat, der nur ein trauriges Beispiel für viele ist. Warum tat er es? Aus Angst, Gewinnsucht, Überzeugung oder aus Selbstschutz? Das Gericht in West-Berlin, vor dem sich Kubert verantworten musste, fand keine Antwort darauf. Es schickte ihn in die Sowjetzone zurück, wo er von der offiziellen Propaganda als Friedensheld und Freiheitskämpfer gefeiert wurde. Seine Arbeitskollegen aber boykottierten ihn, so dass er nach Sachsen versetzt werden musste. Fest steht, dass die Entscheidung der ungelenkten Justiz richtig war: Denn nicht dieser unmündige Denunziant ist es, der auf die Anklagebank gehört.

Zur Verteidigung der Freiheit

Die Antikommunistische Liga Asiatischer Völker

VON K. ALEXANDROW

Einer der Gründe, warum die Kommunisten in Asien anfänglich so grosse Erfolge erzielen konnten, war die Tatsache, dass die meisten Länder dieses Erdteils keine Gesellschaft und kein gesellschaftliches Leben im europäischen Sinne des Wortes kannten. Das klassische Beispiel hierfür ist China, wo es ausser der Hierarchie des Staates und jenem der Familie keine Gemeinschaft gab. Die Menschen traten zueinander nur in Beziehung, weil sie in der Verwaltung tätig waren oder einer Familie, einem Klan angehörten. Natürlich gab es auch Zusammenkünfte von miteinander nicht verwandten Leuten, sie blieben aber, durch den Zufall oder durch freundschaftliche Gefühle bestimmt, für die Allgemeinheit ohne praktische Bedeutung und nahmen keine organisierten Formen an.

China, in geringerem Masse auch andere asiatische Länder, kannte allerdings sogenannte politische Geheimbünde, die jedoch lediglich einige Tausend Mitglieder umfassten und nur in seltenen Fällen mit der Unterstützung der gesamten Bevölkerung rechnen konnten. Die Kommunisten waren es, die zum ersten Mal in der Geschichte Asiens die straffen Organisationsformen einer ideokratischen Partei in diesen Erdteil importierten. Die Stärke dieser Organisation lag nicht nur in ihr selbst, sondern in ihrer Fähigkeit, in einem beliebigen Moment eine sogenannte Volksfront auf die Beine zu stellen. Da es in Asien immer noch keine demokratischen Systeme im europäischen oder amerikanischen Sinne des Wortes gibt und geben kann (ein solches System lässt sich nicht künstlich verpflanzen, es muss sich vielmehr aus den Veränderungen der soziologischen und psychologischen Struktur entwickeln), konnten sich die asiatischen Regierungen in den meisten Fällen nicht auf eine aktive Unterstützung durch die Massen verlassen.

Das Fehlen einer funktionierenden Gesellschaft verhinderte auch die Entstehung starker, unabhängiger Organisationen, die sich an dem Kampf gegen den Kommunismus wenigstens aufpropagandistischem Gebiet hätten beteiligen können. Damit gerieten die asiatischen Regierungen immer wieder in die Isolation, so dass sie mit der kommunisti-

schen Gefahr beinahe immer selber fertig werden mussten. Diese Interpretation der Situation und der asiatischen Gegebenheiten ist selbstverständlich nur schematisch, sie wird aber von vielen Politikern Asiens in ähnlicher Form vertreten, so zum Beispiel durch Tschiang Kai-schek in seinem Buch *Sowjetrussland in China*. In seiner Erklärung der Niederlage der Kuomintang im Bürgerkrieg zieht er aus einer vorausgehenden umfangreichen Analyse folgende Schlussfolgerung:

„Wir können daraus schliessen, dass die chinesischen Kommunisten, wenn sie auch im letzten Stadium Gewalt anwandten, ihren Sieg dennoch weniger der militärischen Stärke verdanken als der erfolgreichen Anwendung des dialektischen Gesetzes einer Umwandlung 'quantitativer Veränderungen in qualitative' und 'schrittweiser Veränderungen in jähen Wechsel'. Die obige Schlussfolgerung ergibt sich aus dem Faktum, dass die Kommunisten bei der allgemeinen Rebellion sich nur zu zwanzig Prozent auf ihre militärische Stärke verliessen, zu dreissig Prozent auf die Organisation der 'Einheitsfront', die Förderung des Neutralismus und die Verbreitung des Defatismus, jedoch zu fünfzig Prozent auf die internationale Propaganda und Spionage. Daher ist ihre wirkungsstarke Anwendung von Propaganda und Spionage sowie ihre täuschende Taktik der Kontaktaufnahme, Infiltration, Meinungsbeeinflussung, Organisation und so fort und die Tatsache, dass sie Krieg unter dem Deckmantel von 'Friedens'- und 'Antibürgerkriegs'-Schlagworten vorbereiten konnten, weithin als Ursache dafür zu betrachten, dass die Regierung die Kontrolle über die Lage auf dem Festland verlor. Kurz, militärische Gewalt war nur die letzte der Waffen, die die chinesischen Kommunisten gebrauchten, um in ihrem Kampf um die Macht die Entscheidung zu erzwingen.“

Es steht hier nicht zur Debatte, welche anderen Ursachen noch den Sieg der Kommunisten in China herbeiführten; im Rahmen unseres Themas sind die Ausführungen Tschiang Kai-scheks sicherlich richtig.

Die Lücke war also da, und sie musste geschlossen werden. Wie aber? Mitte der fünfziger Jahre fingen die Experimente an. In Süd-Vietnam

wurde und wird immer noch versucht, einige entsprechende Organisationen auf die Beine zu stellen. Das erwies sich als sehr schwierig, da es keine ähnliche Situation in der Vergangenheit gab, auf die man sich als auf einen Präzedenzfall hätte stützen können. Ein anderer Weg führte zur Aktivierung der geistigen Elite; die Politiker, Schriftsteller und Journalisten sollten gewissermassen organisiert werden. Dafür waren aber die Rahmen der einzelnen nationalen Staaten Asiens zu eng. Deshalb entstand im Juni 1954 eine supranationale Organisation, die sich *Antikommunistische Liga asiatischer Völker* nennt. Dieser Liga schlossen sich die Vertreter folgender Länder an: Australien, Burma, das Freie China, Hongkong, der Iran, der Irak, Süd-Korea, Macao, Malaya, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen, Ryukyu, Singapore, Thailand, die Türkei und Süd-Vietnam.

Die Entstehung der Liga stellte etwas in der Geschichte Asiens ganz Neues dar, wie sich bereits aus der vorhergehenden Analyse ergibt. Es handelt sich immer noch um einen Versuch, der sich aber, wie es scheint, bereits durchaus bewährt. Wenn die Liga in Südostasien auch nicht die bestimmende politische Gruppierung darstellt – einiges ist ihr immerhin schon gelungen, das zu gewissen Hoffnungen berechtigt. Wir finden in ihren Reihen einige hervorragende asiatische Persönlichkeiten, die nicht nur die Niederwerfung des Kommunismus in ihren Ländern, sondern auch eine Erneuerung Asiens anstreben. An dieser Stelle sei nur der langjährige Generalsekretär dieser Liga, der Vietnameser Tran-Tam erwähnt, der sich durch seine journalistische Arbeit sowie die Veröffentlichung einiger Bücher (eines davon, nämlich *Der Kommunismus und der Krieg in Asien*, haben wir in unserem letzten Heft besprochen; die Red.) einen beachtlichen Namen gemacht hat. Seine Bücher fanden den Beifall mehrerer Staatsoberhäupter Asiens, des Nahen Ostens und Europas. So äusserte sich der Präsident der Philippinen, Carlos Garcia, hinsichtlich des Buches *Der Sturm innerhalb des Kommunismus*:

„Ihre Arbeit gibt eine sehr wertvolle Schilderung des zu erwartenden Konfliktes in den kommunistischen Reihen. Ihre Analyse der Ursachen dieses Konfliktes ist zweifellos einleuchtend. Ihr Verdienst liegt darin, dass Sie gezeigt haben, dass der internationale Kommunismus den Kern seiner eigenen Vernichtung in sich trägt. Durch Ihre Schriften machen Sie sich um die asiatische Demokratie und die der ganzen Welt verdient.“

Die Arbeit der Liga konzentriert sich hauptsächlich auf die Herausgabe der Monatszeitschriften *The Free Front* (in Englisch) und *Front de la Liberté* (in Französisch) sowie einiger Schriften und Broschüren mit Analysen der kommunistischen Infiltration, ihrer Methoden und der Möglichkeit der Abwehr. Die Publikationen sind in verschiedenen asiatischen sowie in englischer und französischer Sprache erschienen. Einmal jährlich hält die Liga eine Konferenz ab, die in verschiedenen Städten Asiens stattfindet und jeweils einige besonders aktive Mitglieder sowie Beobachter aus verschiedenen Ländern Europas und Amerikas zusammenbringt. Bis jetzt wurden folgende Konferenzen abgehalten: 1956 in Manila, 1957 in Saigon, 1958 in Bangkok, 1959 in Seoul, 1960 in Taipei. Für den Herbst dieses Jahres ist eine Konferenz in Manila vorgesehen. Die *Antikommunistische Liga asiatischer Völker* strebt auch die Verbindung mit anderen antikommunistischen Organisationen Asiens an. So arbeitet sie zum Beispiel mit der sogenannten *The Free Pacific Association*, zusammen, deren Präsident der Geistliche Raymond J. Jaegher ist; sie ist besonders stark in Süd-Vietnam vertreten. Seit einiger Zeit veröffentlicht die „Association“ in Zusammenarbeit mit der „Liga“ eine fünfzigseitige Zeitschrift in chinesischer Sprache (50 Seiten in Chinesisch ergeben etwa 150 Seiten in Deutsch), die nicht nur in Asien, sondern auch von chinesischen Studenten in Amerika und Europa gelesen wird. Die „Association“ gründete ferner in Vietnam eine Schule, in der über 1000 Studenten an verschiedenen Fakultäten in englischer Sprache ausgebildet werden. Sie hat sich auch zur Aufgabe gestellt, Stipendien für asiatische Studenten in Amerika und Europa zu vermitteln.

Zusammenfassend darf man wohl sagen, dass in Südostasien eine vielleicht bescheidene, aber ganz gewiss nützliche Arbeit geleistet wird. Von den Europäern, die mit ihrer Kolonialpolitik der Vergangenheit und der häufigen Vernachlässigung ihrer menschlichen Pflichten in Asien an den anfänglichen Siegen des Kommunismus nicht ohne Schuld sind, kann mit guten Gründen gefordert werden, dass sie dieser Arbeit mehr Aufmerksamkeit schenken als bisher und sie nach Kräften unterstützen. Es ist ja längst nicht mehr so, dass uns die Ereignisse in noch so fernen Ländern unberührt liessen. Die Kommunisten denken global, und es ist hoch an der Zeit, dass wir ihnen das nachmachen.

Versuch einer unblutigen Revolution

Die ungarischen Schriftsteller seit 1956

VON PETER WENGROW

In den letzten Monaten sind einige interessante Ereignisse auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen der kommunistischen Führung Ungarns und den oppositionellen ungarischen Schriftstellern zu verzeichnen gewesen. Dabei ist festzustellen, dass sich der passive Widerstand infolge des Zwanges zur „Koexistenz“ zwar gemildert hat, dass aber die Schriftsteller in den wesentlichen Fragen keine Zugeständnisse gemacht haben. Auf beiden Seiten war man bemüht, das gespannte Verhältnis zu entschärfen, ohne dabei allerdings wesentliche Erfolge erzielen zu können. Beide Seiten stellten Forderungen, deren Akzeptierung für den Partner die vollkommene Aufgabe seiner Positionen bedeutet hätte.

Das Regime benutzte von der Anbiederung bis zur Einschüchterung jedes Mittel, um die Schriftsteller zu gewinnen, da die Aufgabe ihres Widerstandes sowohl nach aussen wie nach innen einen echten Beweis der Konsolidierung der Verhältnisse bedeutet und somit zur allgemeinen Anerkennung des Kádár-Regimes beigetragen hätte. Ausserdem sieht die Regierung in der oppositionellen Haltung der Schriftsteller deshalb eine grosse Gefahr, weil deren Ansichten von breiten Schichten der Öffentlichkeit geteilt werden. Die Schriftsteller sind sich ihrer Verantwortung der öffentlichen Meinung des Landes gegenüber voll bewusst und sind daher nur dann bereit, ernsthafte Zugeständnisse zu machen, wenn das Regime seine Politik der Unterdrückung revidieren und wenigstens ein solches Mass an Freiheiten zulassen würde, wie dies in Polen der Fall ist.

Bevor wir jedoch die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den Schriftstellern und dem Regime analysieren, seien die Ereignisse der letzten vier Jahre kurz skizziert.

Nach Unterdrückung der Revolution von 1956 hielt die „revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung“ (die man viel eher als konterrevolutionär bezeichnen möchte) grosse Abrechnung mit den revisionistischen Schriftstellern und Intellektuellen. Ihre Mittel: Galgen, Kerker, Isolierung

vom Leserpublikum, richteten sich jedoch nicht nur gegen die Revisionisten in den Reihen der Parteintellektuellen, sie dienten auch zur Einschüchterung der nichtkommunistischen Autoren. Der Schriftstellerverband wurde mit der Begründung aufgelöst, er habe während der Revolution und in der Zeit des passiven Widerstandes eine führende Rolle gespielt.

Auf diese Massnahmen des Regimes antworteten die Schriftsteller mit Schweigen, natürlich nur insoweit, als es sich um *echte* Schriftsteller handelte und nicht um solche von Gnaden der Partei, die in der Hoffnung auf reiche Honorare sofort nach der Machtübernahme Kádárs die Redaktionszimmer füllten. Sie organisierten auch sofort eine regelrechte Hetze gegen die schweigenden Schriftsteller. Die Angegriffenen verteidigten sich weder, noch ergaben sie sich. Sie schwiegen. Diese merkwürdige Lage – es kommt in der Literaturgeschichte nicht oft vor, dass Schriftsteller in Streik treten –, dauerte einige Monate.

Die Aktion der Kommunisten gegen die Schriftsteller löste nicht nur in Ungarn, sondern auch im Westen eine lebhafte Reaktion aus. Es kam in rechts- und linksgerichteten Kreisen zu Protesten an Kádárs Adresse. Der internationale PEN-Club boykottierte das ungarische PEN-Zentrum. In Frankreich gründeten linksgerichtete Schriftsteller den „Déry-Ausschuss“ und begannen, sich für die Befreiung der eingekerkerten ungarischen Schriftsteller einzusetzen. Das Regime sah sich dadurch gezwungen, einige Zugeständnisse an die „Rebellen“ zu machen. So gründete man statt des verbotenen Schriftstellerverbandes den „Literarischen Rat“, jedoch nur zu rein administrativen Zwecken, wobei die Führung nur aus Anhängern Kádárs bestand.

Dieser Schritt brachte immerhin einige Bewegung in das erstarrte Literaturleben jener Monate: Die Zeitschrift des Rates, *Kortárs* ('Zeitgenosse'), unterschied sich nämlich durch ihren unabhängigen Ton deutlich von den anderen Presseerzeugnissen. Daraufhin brachen einige Schriftsteller ihr Schwei-

gen und liessen Arbeiten in dieser neuen Zeitschrift erscheinen. Ausserdem fiel in diese Zeit das Erscheinen der Anthologie *Turm des Schweigens*, in der Gedichte eingekerkerter Autoren Aufnahme fanden. Zweifellos war die Neuerscheinung fast ein Wunder; viele glaubten damals das Eis zwischen den Schriftstellern und dem Regime bereits gebrochen.

Doch das Regime hatte nur aus schlauer Berechnung nachgegeben. Die Leute der Agit-Prop-Abteilung verfolgten damit mehrere Ziele. Sie wollten durch die Herausgabe dieser Anthologie erstens die öffentliche Meinung des Westens irreführen, denn wo die Werke eingekerkerter Schriftsteller erscheinen können, muss in der Literatur ein grosses Mass an Freiheit herrschen. Die Dichter haben zwar gegen die Staatsordnung verstoßen und hierfür auch die verdiente Strafe erhalten; der Herausgabe ihrer Werke jedoch dürfen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, denn das würde ja in völligem Gegensatz zu der Idee der Demokratie stehen. Gleichzeitig sollte das Erscheinen dieses Buches die öffentliche Meinung auch im Lande selbst günstig beeinflussen, und drittens, so hoffte man, würde es dadurch möglich werden, die Schriftsteller selbst versöhnlicher zu stimmen, und das war für das Regime vielleicht das wichtigste, denn die Schriftsteller sollten um jeden Preis zur Mitwirkung an einer damals für das Regime sehr wichtigen Propagandaaktion gewonnen werden.

Wie erinnerlich, hat die Generalversammlung der UNO seinerzeit die Ungarn-Frage auf ihre Tagesordnung gesetzt; eine von ihr beauftragte Sonderkommission veröffentlichte später einen Bericht über die Lage in Ungarn. Hiergegen organisierte das Kádár-Regime mit den gewohnten kommunistischen Methoden „spontane Proteste des ganzen ungarischen Volkes gegen die imperialistische Einmischung“. Solche Protesterklärungen wurden in den Betrieben, in den landwirtschaftlichen Kooperativen, an den Universitäten und in Versammlungen der „Patriotischen Volksfront“ verabschiedet.

In diesem Propagandachor nun hatte das Regime den Schriftstellern eine wichtige Rolle zgedacht. Zur grenzenlosen Überraschung der westlichen Welt haben die Schriftsteller diese Rolle auch übernommen. Es hatte damals wirklich ganz den Anschein, als hätten sich die Schriftsteller mit dem Regime endlich versöhnt. Andere freilich behaupten wiederum, man hätte sie zur Abgabe der Erklärungen gegen die UNO gezwungen.

Beides entsprach nicht den Tatsachen. Die Erklärung, in der die ungarischen Schriftsteller einheitlich und „ohne Unterschied der Weltanschauung“ den Ungarn-Bericht der UNO verurteil-

ten und die von allen bedeutenden Schriftstellern unterzeichnet wurde, ist aus mehr oder minder freiwilligem Entschluss verfasst worden.

Wahrscheinlich haben hier zwei Faktoren mitgewirkt. Erstens haben die Schriftsteller diesen Schritt nur in der Hoffnung getan, dass sie dadurch die Lage ihrer eingekerkerter Kollegen bessern könnten, zweitens aber waren sie wohl in Bezug auf das Verhalten des Westens ziemlich desillusioniert. Ihre damalige Einstellung hätte sich etwa so formulieren lassen: Als man uns noch helfen konnte, hat die UNO nicht einmal den kleinen Finger gerührt; jetzt soll man uns in Ruhe lassen; wir werden so gut es eben geht unsere Angelegenheit selber in Ordnung bringen. Solche subjektive Gefühle sind angesichts der erzwungenen passiven Haltung des Westens während der Revolution immerhin zu verstehen. Die Schriftsteller, die einzigen Vermittler der öffentlichen Meinung, soweit es eine solche in totalitären Staaten überhaupt gibt, wurden Realpolitiker.

Der Wortlaut der Erklärung der Schriftsteller bestätigt diese Interpretation: ihr objektiver und gemessener Ton ist fern von jeder Demagogie. Sie weist die westliche Einmischung in ungarische Angelegenheiten nachdrücklich zurück, gleichzeitig wird aber auch jede Schmeichelei dem Regime gegenüber auf das sorgfältigste vermieden. Es ist bemerkenswert, dass in der so umfangreichen Erklärung das Wort 'Konterrevolutionär' überhaupt nicht vorkommt. Am deutlichsten charakterisieren den Standpunkt der Schriftsteller vielleicht die letzten Sätze der Erklärung:

„Der Weg, den die ungarischen Schriftsteller gemeinsam mit dem Volke gehen, war bisher ein sehr schwerer. Auch heute noch ist es nicht leicht für uns, die uns zuge dachte Rolle in einer Gesellschaft zu spielen, die eine neue Ordnung schaffen will. Dennoch möchten wir allen Schwierigkeiten zum Trotz kein anderes Schicksal haben.“

* Der Begriff „volkstümlich“ wird hier nicht in seiner allgemein gebräuchlichen Bedeutung verwendet. Unter „volkstümlichen“ Schriftstellern – Népi Irók – versteht der Verfasser Publizisten, die der ungarischen Bewegung der „Volkstümpler“ oder (in ebenso unzulänglicher Verdeutschung) der „Dorfforscher“ angehören. Diese politische Gruppierung, in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre entstanden, war vorwiegend auf eine Verbesserung der Lage des unter der damals noch herrschenden halbfeudalen Agrarverfassung schwer gedrückten Landarbeiters gerichtet. Die soziologisch und volkswirtschaftlich interessierten Vertreter dieser Richtung verfolgten einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus; sie traten für eine Auflösung des Latifundienbesitzes und für ein freies Bauerntum ein, wobei sie den freiwilligen Zusammenschluss in ländliche Kooperative befürworteten. Interessierte Leser weisen wir auf den in Heft 2/1958, Seite 42 ff. erschienenen Artikel „Der 'Dritte Weg' und der 'Revisionismus' in Ungarn“ von Peter Wengrow hin. (Anm. der Red.)

Wie sehr der Schein der Versöhnung trog, beweist folgendes Beispiel. Áron Tamási, einer der besten „volkstümlichen“ Schriftsteller*, veröffentlichte in der Zeitschrift *Élet És Irodalom* ('Leben und Literatur') am 21. Dezember 1957 einen Beitrag mit dem Titel *Intellektuelle Redlichkeit*. Der Verfasser gab in seinem Artikel dem Regime klar und unmissverständlich zu verstehen, dass die erste Voraussetzung eines literarischen Werkes geistige Ehrlichkeit sei. Sie sei wichtiger als die Form, weil der Inhalt die Form bestimme und nicht umgekehrt. Wo der Inhalt eines Werkes erlogen sei, dort könne auch die Form nicht kunstvoll sein.

„Die intellektuelle Redlichkeit fordert, dass jeder seiner Weltanschauung gemäss spreche und schreibe, zugleich aber die Ansicht anderer

aufrichtig achte, auch dann, wenn diese der seinen gerade entgegengesetzt ist“, schreibt Tamási in seinem Beitrag und spricht abschliessend das Regime direkt an:

„Wenn ich einmal im Traum ein Engel sein und mich vor die Regierung stellen könnte, würde ich ihr folgendes sagen: Die begabte Vernunft und das ehrliche Wort sind auch in dem Fall nützlich, wenn sie eine gegenseitige Meinung oder eben Kritik ausdrücken. Dies bezieht sich besonders auf die Literatur. Wo es keine wahre Literatur gibt, dort will man vergeblich die Politik der jeweiligen Macht der Literatur aufzwingen; das bringt nichts ein. Nur ein begabter Schriftsteller kann ein Literaturwerk schreiben. Wo keine Ruhe ist, wo Chaos und Kampf herrschen, dort kann man nicht schaffen!“

DER NEUERLICHE ANGRIFF GEGEN DIE „VOLKSTÜMLICHEN“ SCHRIFTSTELLER

Es ist charakteristisch, dass Tamási diese Meinung aussprach, als man die Schriftsteller gerne für die Abfassung eines Werkes über die „Konterrevolution“ gewinnen wollte. Selbstverständlich hätte eine solche literarische Darstellung der Ereignisse von 1956 diese so darstellen sollen, dass sie die Behauptung der Kádárs über angebliche Machinationen ausländischer reaktionärer Kräfte, über die „irreführte Masse“ und nicht zuletzt über die Berechtigung der Einmischung der Sowjets stützte. Die Schriftsteller haben sich dazu nicht hergegeben. Keiner der „volkstümlichen“ Schriftsteller hat je die These anerkannt, dass man das Opfer einer Irreführung von aussen geworden sei, und keiner von ihnen übte wegen seiner Teilnahme an der Revolution Selbstkritik.

Gerade dieser Umstand traf das Regime Kádár am schwersten. Die von den „volkstümlichen“ Schriftstellern verkündeten Ideen waren mit der Revolution von 1956 eng verknüpft und das beunruhigte das Regime besonders. Unter den Studenten waren revolutionäre Ideen unverändert lebendig geblieben. Die Werke der „volkstümlichen“ Schriftsteller gingen gerade bei der Jugend von Hand zu Hand. So ist es kein Wunder, dass das Regime sich schliesslich zu einer generellen Abrechnung entschloss.

Der Angriff wurde im Juni 1958 in der Zeitschrift *Társadalmi Szemle* ('Soziale Rundschau') gestartet. Ein aus Mitarbeitern der Agit-Prop-Abteilung zusammengesetztes „Kulturkollektiv“ veröffentlichte einen Artikel unter dem Titel *Die Bewegung der volkstümlichen Schriftsteller*. Dieser Beitrag anerkennt zwar den literarischen Wert der Werke der „volkstümlichen“ Schriftsteller, droht ihnen jedoch unmissverständlich mit „äusserster mensch-

licher und künstlerischer Isolation“, falls sie ihren revolutionären Standpunkt nicht aufgeben und ihre politischen Vorstellungen von einem „dritten Weg“, das heisst von einem nichtmarxistischen Sozialismus, nicht revidieren würden.

In der Ausgabe vom 18. Juli von *Élet És Irodalom* folgte dann ein Artikel aus der Feder des Chefredakteurs Lajos Mesterházy über die „volkstümlichen“ Schriftsteller und ihre „falschen“ Ansichten.

„Scheinbar unterscheiden sich die Vorstellungen von einem Revisionismus innerhalb der Partei von denen der Anhänger des „dritten Weges“ ausserhalb der Partei, stellte Mesterházy fest, und er fährt fort: „Betrachtet man sie jedoch näher, so entdeckt man überraschende Ähnlichkeiten zwischen ihnen. Die Anhänger des ‚dritten Weges‘ verkünden einen ‚Sozialismus auf ungarische Weise‘, die Revisionisten wiederum bekennen sich zu einer den nationalen Bedingungen entsprechenden Umwandlung.“

Auf diese Weise versucht Mesterházy, die „volkstümlichen“ Schriftsteller und die Revisionisten in einen Topf zu werfen; er hätte die an seinen Artikel sich anschliessende Diskussion am liebsten so in diese dem Regime genehme Bahn gelenkt. Aber diese Rechnung ging nicht auf. Die Diskussion fand tatsächlich Widerhall, aber einen für das Regime völlig unerwarteten, so dass man sagen kann, dass er in der Geschichte des ungarischen Kommunismus ohnegleichen ist.

Die erste Phase der Diskussion kann eigentlich nicht als eine solche angesehen werden, da die teilnehmenden Parteiliteraten die Feststellungen des „Kulturkollektivs“ in allen Punkten gut-

hiessen. Damit aber die Diskussion nicht allzu langweilig werde, gaben die Veranstalter auch sorgfältig abgefassten Gegenmeinungen Raum. Nachdem die ersten oppositionellen Stimmen zu Worte gekommen waren, schalteten sich immer mehr Teilnehmer in die Diskussion ein, die durch ihren mutigen und unabhängigen Ton die Erinnerung an die Diskussionen des ehemaligen Petöfi-Kreises heraufbeschor. Breite Schichten beteiligten sich zuletzt an ihr: nichtkommunistische Schriftsteller, Universitätsprofessoren, Studenten, Parlamentsabgeordnete und auch das Leserpublikum. Nur diejenigen schwiegen, um die es ging: die „volkstümlichen“ Schriftsteller. Kennzeichnend für die Diskussion war es, dass die Einsender grösstenteils das literarische Niveau der Werke der „volkstümlichen“ Schriftsteller nicht nur anerkannten und sie als für die ungarische Literatur wesentlich erklärten, sondern auch nicht selten versuchten, deren politische Konzeption zu entschuldigen. Es ist klar, dass diese Wendung der Diskussion den Veranstaltern nicht zusagen konnte. Sie verliehen ihrem Missfallen in einem von *Népszabadság* am 31. 8. 1959 veröffentlichten Aufsatz auch Ausdruck:

„Kaum hat die Diskussion über die volkstümlichen Schriftsteller begonnen, müssen wir – obwohl die Auffassung der Teilnehmer an der Diskussion mit derjenigen des Kulturkollektivs übereinstimmt – nun doch bemerken, dass es unter den Teilnehmern einige gibt, die, bewusst oder unbewusst, die volkstümlichen Schriftsteller zu entschuldigen suchen. Sie möchten die prinzipielle Analyse der Erklärung des Kulturkollektivs abschwächen. So behauptet zum Beispiel der Literaturhistoriker Kálmán Szentiványi unter anderem, die Bewegung der volkstümlichen Schriftsteller stelle eine wichtige Stilrichtung der ungarischen Literatur dar, sie kämpfe gegen die kleinbürgerliche Dekadenz, die die sozialen Probleme der Gesellschaft ausser acht gelassen habe (gemeint ist: zwischen den zwei Weltkriegen. P. W.) und sich um die Reinheit der Sprache nicht kümmerte...

DIE BEDINGUNGEN DER „VOLKSTÜMLER“ FÜR EINE TREUEERKLÄRUNG

Zu dieser Zeit erschien András Rónay-Nagy, ein berüchtigter Literaturfunktionär des Regimes Kádár, in London und Paris. Er reiste als Tourist, versäumte aber keine Gelegenheit, mit bedeutenden westlichen Schriftstellern zusammenzukommen und ihnen im Verlaufe inoffizieller Gespräche zu verstehen zu geben, die Freilassung der eingekerkerten Schriftsteller sei bei der Parteiführung bereits beschlossene Sache; man warte nur noch auf eine günstige Gelegenheit. Deshalb sei die Propaganda gegen Kádár, wie sie zum Beispiel der Déry-Aus-

Viele, die sich geäußert haben, bemerken, dass die ‚volkstümlichen‘ Schriftsteller, obwohl sie keine Marxisten seien, sich doch in ihren Werken mit sozialen Problemen beschäftigten.“

Ohne Zweifel hat die Diskussion über die „volkstümlichen“ Schriftsteller ihren Zweck, nämlich deren Bloßstellung und Verurteilung, nicht erfüllt. Jedenfalls wurde dem Regime klar, dass der schweigende Widerstand der „volkstümlichen“ Schriftsteller nicht so leicht zu brechen und dass ihre Wirkung auf die Nation viel grösser sei, als man angenommen hatte. So blieb nichts anderes übrig, als sich um eine gütliche Beilegung des Konflikts zu bemühen. Zwar sind konkrete Tatsachen nicht bekannt geworden, aber manches spricht dafür, dass schon damals Schritte unternommen wurden, um Verhandlungen zwischen dem Regime und den „volkstümlichen“ Schriftstellern anzubahnen.

Die Kádár-Anhänger wagten es nicht, gegen die hartnäckigen Schriftsteller Gewalt anzuwenden, weil sie sich dadurch die Möglichkeit der Versöhnung nicht nur mit den „volkstümlichen“ Schriftstellern, sondern auch mit grossen Teilen der ungarischen Öffentlichkeit selbst verbaut hätten. Da man sich aber, abgesehen von einer Handvoll Kommunisten, auf das Volk nicht stützen konnte und der Terror gegen die populären Schriftsteller unabsehbare Folgen gehabt hätte, war man seitens des Regimes zum Einlenken gezwungen. Ausserdem sollte aus propagandistischen Gründen der Anschein der Konsolidierung des Regimes aufrechterhalten werden; offener Terror hätte hier nur gestört. So änderte das Regime also seine Taktik. Man begann den Schriftstellerverband neu zu organisieren und gleichzeitig wurde durch die zahlreichen Kanäle des internationalen Kommunismus das Gerücht verbreitet, die Lage der eingekerkerten Schriftsteller sei erleichtert worden. In westlichen Literatenkreisen allerdings fand dieses Gerücht nicht überall Glauben, und der Kampf um die Freilassung der ungarischen Schriftsteller wurde fortgesetzt.

schuss in Frankreich betreibe, sehr schädlich. Es scheint, dass Rónays Mission bei den westlichen Literaten nicht völlig erfolglos war. Man glaubte ihm, zumal Rónay nach dem Ersten Weltkrieg längere Zeit im Westen gelebt und sich damals dort den Ruf eines ehrlichen Menschen erworben hatte.

Wie auch immer – jedenfalls erfolgte der unerwartete Beschluss des internationalen PEN-Clubs anlässlich seiner Frankfurter Tagung im Sommer 1959 zeitlich nach Rónays Westeuropareise. Da-

mals wurde, wie erinnerlich, der ungarische PEN anerkannt und in seine Rechte wiedereingesetzt. Der Beschluss wurde nicht ohne Gegenstimmen gefasst, da viele westliche Schriftsteller die Anerkennung des Budapester PEN-Zentrums ablehnten, aber in Ungarn wurde er selbstverständlich als ein bedeutender Erfolg des „Friedenskampfes“ des Regimes gefeiert. Die nicht zu den Mitläufern zu zählenden PEN-Mitglieder haben später mit Bedauern erfahren müssen, dass die Leitung des ungarischen PEN, trotz gegenteiliger Versprechungen, keinen Finger im Interesse der Freilassung von Déry und seinen Schicksalsgenossen gerührt hatte. Dérys Freilassung erfolgte erst ein Jahr nach dem Frankfurter PEN-Kongress, als sie für die sowjetische Koexistenzpolitik nützlich erschienen.

Unterdessen hat die Organisationskommission des neu entstandenen Schriftstellerverbandes ihre Tätigkeit aufgenommen. In der Organisationskommission befand sich auch László Németh, einer der begabtesten „volkstümlichen“ Schriftsteller und ein bedeutender Ideologe des Sozialismus des „Dritten Weges“. Németh hatte diesen Auftrag angenommen, ja er verbrachte sogar einen Monat in Moskau zu Studienzwecken. Aus Anlass dieser Reise hatte er unter anderem eine glänzende Rede vor dem sowjetischen Schriftstellerverband gehalten, die in der *Literaturnaja Gaset* vom 6. Januar 1960 veröffentlicht wurde.

Die Reise László Némeths nach Moskau und seine Tätigkeit in der Organisationskommission des ungarischen Schriftstellerverbandes dürfen aber keineswegs als ein Zeichen der Versöhnung zwischen den Schriftstellern und dem Regime gewertet werden. Zu jener Zeit, das heisst zu Beginn des Jahres 1960, waren die Beziehungen zwischen den Schriftstellern und dem Regime recht verworren gewesen. Zur selben Zeit, als ein Budapester Verlag (offensichtlich mit Billigung der Parteiinstanzen) eine Auswahl von Werken der Volkstümpler in sein Programm aufgenommen hatte, erklärte der Erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten, das Politbüromitglied Gyula Kállai, auf der Gründungsversammlung des ungarischen Schriftstellerverbandes:

„Obwohl wir gegen Strömungen, die dem Sozialismus aus geistig-politischen Überzeugungen entgegenstehen, vorwiegend mit nichtadministrativen Mitteln gekämpft haben, müssen die Schriftsteller verstehen, dass die Grundlage des reorganisierten Schriftstellerverbandes die ideologisch-politischen Direktiven der Partei auf dem Gebiete der Literatur bilden. Das betrifft vor allem den historischen Weg der 'Volkstümpler' unter den Schriftstellern... Heute hat niemand das Recht, sich als ein Schriftsteller des „Volkes“ zu be-

zeichnen, der ohne die Partei, oder genauer: wider die Partei für die „Interessen“ des Volkes einzutreten vorgibt.

Wir würden zu vergessen versuchen, dass es bei uns eine Gruppe von literarischen „Volkstümplern“ gibt; aber einige Angehörige dieser Gruppe sind keineswegs bereit, ihre Vergangenheit zu vergessen. Im Gegenteil – bei jeder sich bietenden Gelegenheit erheben sie das Banner der „volkstümlichen“ Literatur, ohne zu merken, dass dieses Banner längst aufgehört hat, das Banner des Fortschritts zu sein, während es nach 1956 nachgerade zum Banner der nationalen und internationalen Reaktion geworden ist.“

Diese Rede Kállais haben nur sehr wenige Volkstümpler gehört, da sie fast ausnahmslos an dieser Versammlung nicht teilnahmen. Aber auch unter den Anwesenden löste sie keinerlei Reaktionen aus: keiner, der das Wort ergriffen hätte, um „Selbstkritik“ zu üben. Von den Abwesenden hatte nur der bereits erwähnte László Németh der Gründungsversammlung ein Begrüssungstelegramm aus Moskau gesandt, wo er gerade weilte, die übrigen ersparten sich selbst diese Höflichkeitsgeste. Es ist nicht uninteressant festzustellen, dass nur einer von den Volkstümplern in die Leitung des neuen Verbandes gewählt wurde – Peter Veres, der ehemalige Vorsitzende des Verbandes vor der Revolution.

Die konsequente Haltung der „Volkstümpler“ beunruhigte die Führung derart, dass sie beschloss, mit den widerspenstigen Schriftstellern zu verhandeln. Offensichtlich wollten andererseits auch die Schriftsteller die Situation nicht übermässig zuspitzen. Allerdings entschlossen sie sich zu offenen Verhandlungen mit der Parteiführung erst nach der Entlassung der verurteilten Kollegen (am 30. 3. 1960). Sie nahmen die Gespräche in der Hoffnung auf, dass durch gegenseitige Zugeständnisse ein Verhandlungsergebnis erzielt werden könne, das – nicht nur für die literarisch Schaffenden, sondern auch für die breite Öffentlichkeit – in gewissem Sinne als eine „unblutige Revolution“ anzusehen wäre.

An den Verhandlungen nahm seitens der „Volkstümpler“ – durch Vermittlung von Áron Tamási und mit Wissen des Dichters Gyula Illyés – einer der Führer der Petöfi-Partei während der Revolution teil, der wie durch ein Wunder der Einkerkung entgangen war: Ferenc Farkas, während seitens der Regierung die Verhandlungen mit Billigung Kádárs von Gyula Kállai geführt wurden.

Über die Tatsache der Verhandlungen selbst erschien nur eine kurze Notiz in der Zeitschrift *Elet Es Irodalom* (Leben und Literatur) vom 8. Juli 1960. Dagegen meldeten die in Budapest akkreditierten westlichen Journalisten, dass die „Volks-

tümler" als erste Bedingung für die Führung weitere Verhandlungen die Befreiung des führenden Ideologen des „Dritten Weges“, des ehemaligen Ministers in der Regierung Imre Nagy, Istvan Bibó, forderten. Die Regierung verlangte als Gegenleistung die Veröffentlichung einer Treueerklärung der „Volkstümler“ gegenüber dem Regime.

Wie mit der Zeit bekannt wurde, waren die Vertreter der „Volkstümler“ bereit, eine solche Erklärung abzugeben, jedoch unter der Bedingung, dass ausser Bibó alle anderen politischen Häftlinge, die wegen ihrer Teilnahme an der Revolution von 1956 verurteilt worden waren, auf freien Fuss gesetzt werden sollten und dass die seinerzeit unter Rakosi gegründete Patriotische Volksfront, die als eine Vereinigung der parteilosen Massen und Organisationen proklamiert worden war, sich jedoch als ein gehorsames Werkzeug in den Händen der Partei erwiesen hatte, von Grund auf reorganisiert würde.

Die Einzelheiten dieses Reorganisationsvorschlages der „Volkstümler“ sind unbekannt geblieben, aber vieles spricht dafür, dass auf diese Weise eine die Interessen des Volkes wirklich vertretende Sammelbewegung ins Leben gerufen werden sollte. Zwar würden auch die kommunistische Partei und der Jungkommunistenverband der Volksfront angehört haben, aber nur als den anderen Organisationen gleichgestellte Mitglieder. Anscheinend rechneten die Schriftsteller damit, dass

man auf diesem Wege mit der Zeit die führende Rolle der Kommunisten mit Hilfe von Organisationen der Parteilosen, die sich in der Volksfront in der Mehrheit befunden hätten, zurückdrängen oder gar ganz abbauen könnte.

Selbstverständlich kann ein solcher Plan unter den Bedingungen des Totalitarismus nur naiv erscheinen. Er verrät eigentlich einen grenzenlosen Idealismus der Schriftsteller. Gleichzeitig spricht er aber von dem unerschütterlichen Selbstbewusstsein der Schriftsteller, die es wagten, einen solchen Plan der kommunistischen Führung zu unterbreiten. Es ist nicht erstaunlich, dass Kádár und die hinter ihm stehende sowjetische Führung einen solchen Plan nicht zu akzeptieren bereit waren; sie hätten schliesslich damit ihr eigenes Todesurteil unterschrieben.

Man kann mit Sicherheit annehmen, dass auch etwaige kleine Zugeständnisse auf beiden Seiten zu keinem endgültigen Frieden führen werden. Weder die oppositionellen Schriftsteller noch die Regierung vermögen entscheidende Zugeständnisse zu machen, ohne die eigenen Prinzipien preiszugeben. Doch zeugt der hartnäckig fortgeführte Kampf davon, dass die Schriftsteller eine Verantwortung gegenüber dem Volke fühlen und dass sie diese Verantwortung ernst nehmen. Und er zeugt auch von der Kraft des freien Geistes, selbst, ja gerade unter den Bedingungen des Totalitarismus.

SOWJETISCHE SCHRIFTSTELLER ÜBER DAS LEBEN IN DER KOLCHOSE

„... Der Alte begann, das Stroh vom Boden aufzubeugen und es auf den Wagen zu schlichten; er hatte weder Gabel noch Rechen. — 'Wer fährt denn um Stroh aufs Feld ohne Gabel und Strick?' herrschte ihn der Funktionär an. — 'Ech, ech', machte der Alte mürrisch, 'und wo soll ich sie bernehmen? Ich bin froh, dass ich das Fuhrwerk da gekriegt habe.' — 'Und bei dir zu Hause, kommst du da auch ohne Gabel aus?' — 'Bei mir zu Haus? Du warst in meinem Haus nicht; komm hin, dann wirst du ja sehen. Für uns alle steht die Sache so: das Haus — das ist eines, die Kolchose — etwas anderes.' — 'Aber das eine wie das andere gehört doch euch!' — Der Alte begann breit zu lächeln. 'Ja, siebst du, das Haus, das gehört mir, und die Kolchose, die gehört uns... Hier bast du den ganzen Unterschied...'

Aus „Shisn' sysnova“ ('Das neue Leben') von S. Krushilin

„Einblick in das Leben“

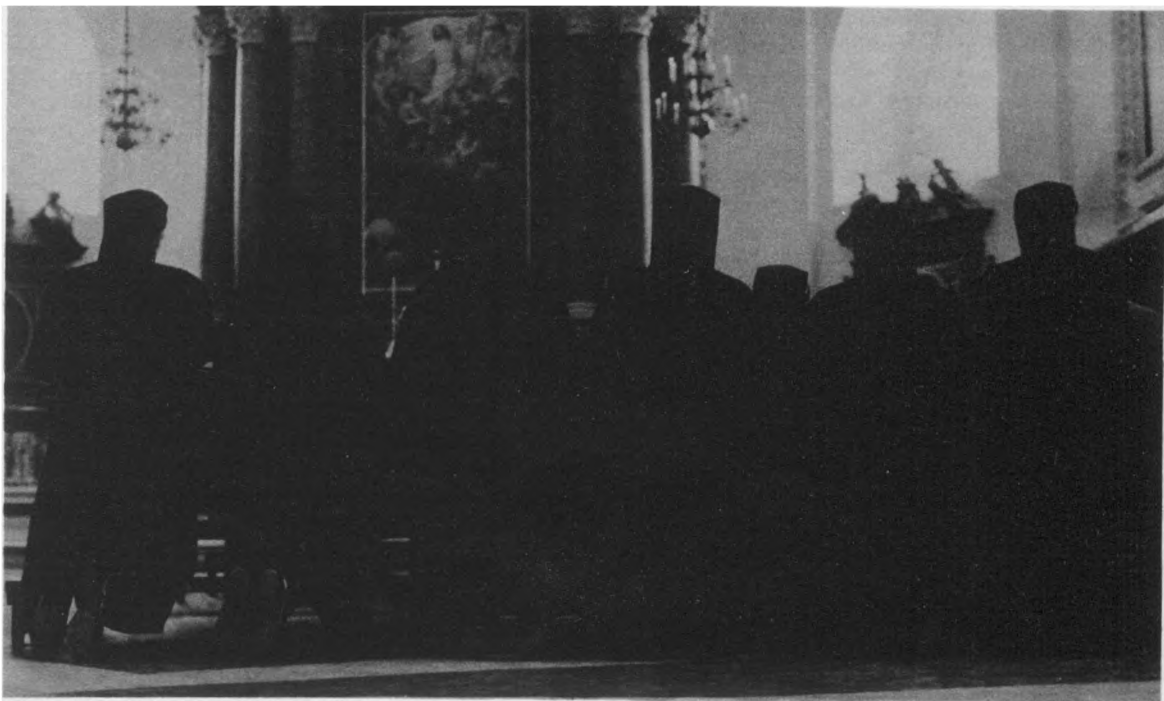
Ferenc Schmidt – ein junger ungarischer Künstler

Es war ein glücklicher Gedanke des *Landeskuratoriums Bayern für das Weltflüchtlingsjahr* – das sich nicht nur die materielle Unterstützung der deutschen und ausländischen Flüchtlinge, sondern auch die Gewinnung des Verständnisses aller Bevölkerungskreise für deren viele Sorgen und Nöte zur Aufgabe gemacht hat –, dass es sich dazu entschloss, der Münchner Öffentlichkeit einen jungen Künstler vorzustellen, dessen bisherige Arbeiten zu grossen Hoffnungen für die Zukunft berechtigen. Wir meinen die Ausstellung künstlerischer Lichtbilder des ungarischen Photographen Ferenc Schmidt, die – ihres Erfolges wegen verlängert – fast zwei Monate lang im *Haus der Begegnung* in München zu sehen war.

Professor Franz Roh, ein besonderer Kenner nicht nur der modernen Malerei, sondern gerade

auch der Geschichte der künstlerischen Photographie, erinnerte in seiner Eröffnungsansprache an einen anderen Ungarn, der gleichfalls häufig in München war und der für die Entwicklung des modernen Lichtbildes von so grosser Bedeutung wurde, nämlich an Moholy-Nagy. Dessen eher ästhetischer „Lichtgraphik“ stellte Professor Roh dann die Gruppe der „Realisten“ gegenüber, deren Wollen dem Medium der Kameralinse letzten Endes doch angemessener sei und die in Ferenc Schmidt einen überdurchschnittlich begabten Vertreter gewonnen habe.

In der Tat – schon ein flüchtiger Gang durch die Ausstellung zeigt einen Lichtbildner am Werk, der es versteht, das pulsierende Leben auf seine Platte zu bannen in bestechenden Momentaufnahmen, mit Schnappschüssen, wie sie nur einem Menschen



mit sehr wachen Augen gelingen, der gleichzeitig die Gabe besitzt, hinter dem Besonderen das Allgemeine zu sehen. Nicht, dass Schmidt nun tiefgründige Symbolbilder schüfe; seine Photos wirken eher naiv, sie sind ganz unintellektuell – und gerade dadurch beeindruckend sie den Betrachter am meisten. Gewiss, Ferenc Schmidt beherrscht sein Handwerk ausgezeichnet, er handhabt die Kompositionstechnik mit grossem Geschick – viele seiner Photos sind streng linear gesehen –, er versteht die Lichtwerte Hell und Dunkel mit Geschmack gegeneinander auszuspielen und so bemerkenswerte künstlerische Effekte zu erzielen, wie etwa auf dem einen der von uns reproduzierten Bilder. Und doch ist es etwas anderes, etwas, das über die blosser Handhabung der Technik und die Anwendung zur Not erlernbarer ästhetischer Regeln hinausgeht, was Schmidts Photos ihre unverwechselbare Eigenart verleiht: Das ist die Tatsache, dass er zu seinen Objekten – bezeichnenderweise so gut wie ausschliesslich Menschen! – eine so lebendige, ja eine Du-Bezeichnung hat. Schmidt sieht keine „interessanten Motive“, sondern menschliche Situationen, die er, sei es beifällig, sei es kritisch, immer aber selber mitbeteiligt, in dem dramatisch fruchtbarsten Augenblick der jeweiligen Szene auf seine Platte bringt. Es steckt etwas Naturalistisches in den so entstandenen Bildern, ein akzentuiertes humanitäres Pathos, das dennoch von allem peinlich Leitartikelhaften himmelweit entfernt ist, eben weil es echt ist. Welch ein menschliches Dokument etwa die Reportage von der Weihnachtsfeier armer alleinstehender alter Männer irgendwo in einer trostlosen Wirtschaft Münchens, die den Heiligen Abend hinter einem Glas Bier, einer brennenden Kerze, einem wie verirren einzelnen Weihnachtsstern aus Butterteig mit einem seltsam abgetanen Gesichtsausdruck verbringen! Kein Wunder, dass keine unserer Illustrierten von dieser Reportage etwas wissen wollte, die doch so viel inhaltsreicher wäre als die fade Dutzendkost, die sie uns sonst vorsetzen! Dabei könnte nichts falscher sein als der Eindruck, Ferenc Schmidt gehöre zu den Berufspessimisten, die aus der sozialen Anklage ein Geschäft machten. Er ist nichts als ein Archivar unserer Gegenwart; wenn er,



offenbar mit stets bereiter Kamera, durch die Strassen schlendert, dann sieht er Fröhliches wie Trauriges, Komisches und Tragisches, Alltägliches und Ungewöhnliches, soweit es nur menschlich von Belang ist. Er registriert, aber nicht kalt, sondern beteiligt, und oft auch mit einem Schuss Poesie, mit dem er unter Umständen die banalste Alltagsszene überglänzt: Eine Blumenfrau mit einem Blumenstrauss – gewiss kein grossartiger

Vorwurf, und dennoch ein Bild, aus dem vieles, sehr vieles herauszulesen ist...

Man verlässt die Ausstellung, beeindruckt und ein wenig nachdenklich, weil man demonstriert bekommen hat, wie unaufmerksam man doch oft durch die Stadt geht, in der man lebt; nachdenklich aber auch, ja verdrossen darüber, dass ein Köhner von so offenbarer Begabung es so schwer hat, sich im Kulturbetrieb unserer Zeit durchzusetzen.

BUCHER

Wolfgang Leonhard: „Kreml ohne Stalin“. Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1959. 646 S. DM 21,80

Isaac Deutscher: „Der grosse Wettkampf“. Russland und der Westen. D. Reidel Publishing Company, Dordrecht-Holland 1960. 98 Seiten. DM 8,80

In seinem neuen Buch ist Leonhard nicht mehr Chronist des eigenen Schicksals, sondern der eines Landes und einer Epoche. Vergleicht man dieses Buch mit seiner beinahe vor einem Jahrzehnt erschienenen Broschüre „Schein und Wirklichkeit in der Sowjetunion“, so kann man feststellen, dass der temperamentvolle Ankläger und von Illusionen nicht ganz freie politische Publizist einem zurückhaltenden Analytiker gewichen ist.

Sehr instruktiv – vor allem für den interessierten, in der Problematik jedoch nicht sehr bewanderten Leser – ist der Einblick in die „Küche der Sowjetideologie“, den Leonhard auf den ersten 55 Seiten des Buches vermittelt. Der hier gegebenen Analyse der Staats- und Gesellschaftsstruktur kann – neben geringfügigen Einwänden (so übersieht Leonhard, dass in der SU dank dem Artikel 126 der Verfassung kein eigentlicher Widerspruch zwischen der Verfassungsnorm und -wirklichkeit besteht) – nur in einem Punkt widersprochen werden: Leonhards

Fünf-Säulen-Theorie (Parteiapparat, Staatsapparat, Wirtschaft, Armee und Geheimpolizei) erweckt zwangsläufig den Eindruck, es gäbe in der SU in sich geschlossene Strukturen, was angesichts der unzähligen Querverbindungen und Überschneidungen zumindest einseitig, wenn nicht irreführend ist.

Der grösste Teil des Buches ist eine ausführliche Chronik der Ereignisse und Tendenzen in der SU zwischen 1953 und 1959. Auf die Darstellung der sowjetischen Aussenpolitik und ihrer Intentionen wird hier bewusst verzichtet. Leonhard geht – ganz richtig – von dem Primat der Innenpolitik im Kommunismus aus, begründet jedoch die ausschlaggebende Rolle der inneren Vorgänge nicht ganz zulänglich. Die Selbsteinschätzung des Totalitarismus als des höchsten Gutes und das Selbstverständnis der Kommunisten, die SU sei das Mutterschiff der Welteroberung und dürfe daher unter keinen Umständen gefährdet werden, werden von ihm nicht einmal angedeutet. Solche Zurückhaltung gegenüber der sowjetischen Aussenpolitik ist eigentlich bedauerlich, steht sie doch in der Ära Chruschtschow der Innenpolitik viel näher als in den Zeiten Stalins.

Indessen hat diese Beschränkung allerdings auch den Vorteil, dass er es Leonhard ermöglicht, fast ohne Wertungen und mit einem Mindestmass an gewagten Deutungen auszukommen. (Seine zu hohe Einschätzung Jugoslawiens, dem er sogar an einer Stelle die „schöpferische“ Weiterentwicklung des Marxismus bescheinigt, fällt nicht ins Gewicht.)

Am Ende des Buches, das mit

einer Zeittafel und einem sehr ausführlichen Literaturnachweis versehen ist, fasst Leonhard die Ergebnisse seiner Analyse in 10 Punkten zusammen. Etwas wesentlich Neues wird dabei nicht ausgesagt, aber die Zusammenstellung besticht durch ihre Knappheit und Ausgewogenheit. Sie gipfelt in der Feststellung, dass „im Vergleich zur Stalin-Ära ... die Veränderungen von grosser Bedeutung (sind), aber sie sind sehr gering im Verhältnis zu den Wünschen und Bestrebungen der Sowjetbevölkerung und zu den Möglichkeiten, die bei einem entschlossenen Bruch mit dem Stalinismus gegeben wären“.

Ganz anders ist das kleine Büchlein von Deutscher – eine Niederschrift von Vorträgen, die er im Auftrage der Dafos-Stiftung in Kanada gehalten hat. Eigentlich will Deutscher über die sowjetische Aussenpolitik sprechen, wobei die innerpolitische Entwicklung nur der Ausgangspunkt dieser Analyse sein soll. In Wirklichkeit redet er fast ständig von der sowjetischen Innenpolitik. Wenn man auch dem Verfasser zugutehalten muss, dass es sich hier um Vorträge handelt, die zu kurzen Wertungen zwingen und eine eingehende Analyse verbieten, so kann man trotzdem nicht umhin, ihn für befangen zu erklären. Auf den knapp hundert Seiten des Buches gibt es praktisch keine Illusion über die Sowjetunion, die Deutscher vermieden hätte: Von der irrigen Annahme, die Kommunisten hätten die Sowjetindustrie sozusagen aus dem Nichts aufgebaut bis zu der naiven Überbewertung der Planwirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft, von der Annahme, der Kommunismus sei (gleich dem Liberalismus

in den USA) die Weltanschauung der Bevölkerung bis zu der Bewunderung der Entwicklung in der Zeit nach Stalins Tod gibt es hier alles, was das Herz eines „Koexistenzialisten“ und eines Gegners der bürgerlichen Gesellschaft höher schlagen lässt.

Wo Leonhard vorsichtig prüft und andeutet, stellt Deutscher Wertungen und Behauptungen auf. Die zum Teil richtig gesehene Tendenzen werden so in ihr Gegenteil verwandelt. Gemeinsam ist den beiden Büchern die Betrachtung der SU und der Politik des Kreml als einer auf das Land beschränkten, nicht mit dem Ziel der Vernichtung des „Kapitalismus“ verbundenen Politik, die doch ein so wesentlicher Bestandteil des kommunistischen Totalitarismus ist (das Wort Totalitarismus ist bei Deutscher überhaupt nicht zu finden: nach der Finsternis der Stalin-Ära ist eben eine neue Epoche angebrochen, da die SU im Prinzip richtig aufgebaut sei). So wird die SU nur als irgendein beliebiges Land gesehen, das eben andere Wege geht als der Westen. Ob das nur Irrtum ist?

F. O. K.

Robert Loring Allen: „Soviet Economic Warfare“. Public Affairs Press, Washington 1960. 291 Seiten. \$ 3,75

Bis zum Tode Stalins war die Teilnahme der Sowjets an der Entwicklungshilfe ganz gering gewesen. Dies hatte seine Erklärung sowohl in der von Stalin vertretenen Konzeption der „Zwei Lager“ als auch in der nichtausreichenden Kapazität der sowjetischen Wirtschaft. Seit den Jahren 1954 und 1955 tritt die Sowjetunion in zunehmendem Masse als Gläubiger und „Wohltäter“ der Entwicklungsländer auf. Nach Allen gibt es dafür mehrere Gründe, darunter auch der erhebliche rein ökonomische Nutzen von der Teilnahme am internationalen Handel und der Entwicklungshilfe. Auf diesem Wege wird nicht selten der Zu-

gang zu westlichen Maschinen und westlichen Rohstoffen gefunden, die anders nicht zu beschaffen sind. Andererseits kann noch keine Rede davon sein, dass die Sowjetführung das Prinzip der wirtschaftlichen Autarkie aufgegeben und begonnen habe, sich auf den Weltmarkt einzustellen: Aussenhandel und Entwicklungshilfe machen noch einen verschwindend kleinen Anteil am gesamten Haushalt aus.

Als Hauptgrund für die Teilnahme an der Entwicklungshilfe nennt Allen politische und ideologische Überlegungen der Sowjetführung. Die Wirtschaftshilfe bringe ihre Empfänger nicht selten in unmittelbare politische Abhängigkeit von der „hilfreichen“ Macht und eröffnet der politischen Erpressung mannigfaltige Möglichkeiten. Solche Situationen können in Finnland und in anderen Ländern beobachtet werden, die in wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten sind.

Robert L. Allen ist ein bekannter Wissenschaftler auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Bereits in früheren Jahren hat er vor allem durch seine Arbeiten über die sowjetische Entwicklungshilfe von sich reden gemacht. Mit dem vorliegenden Buch zieht er eine Art Bilanz seiner Studien auf diesem Gebiet.

A. K.

Nikolaus Lobkowicz: „Das Widerspruchsprinzip in der neuen sowjetischen Philosophie.“ Sovietica, Veröffentlichungen des Ost-Europa-Instituts, Universität Freiburg/Schweiz; herausgegeben von Prof. Dr. J. M. Bochenski. Dordrecht-Holland, 89 Seiten.

Das Problem des Widerspruchs ist für den Marxismus-Leninismus ein zentrales Problem. So wird der Forscher in der Freien Welt es begrüßen, dass das Philosophische Institut der Akademie der Wissenschaften der SU dieses für sie so heisse

Eisen angepackt hat, wie es auf der im April 1958 in Moskau abgehaltenen Tagung „Das Problem des Widerspruchs im Lichte der zeitgenössischen Wissenschaft und Praxis“ geschehen ist. 16 Referenten beleuchteten das Widerspruchsphänomen von den verschiedensten Seiten.

Nikolaus Lobkowicz vermittelt uns ein umfassendes Protokoll, das seinerzeit in den „Voprosy Filosofii“, Moskau, erschienen ist, drei Referate und den einschlägigen Abschnitt über das Widerspruchsprinzip aus dem vom gleichnamigen Institut herausgegebenen Lehrbuch „Osnovy Marksistskoj Filosofii“. Mit Recht bemerkt Lobkowicz in seiner Einleitung, dass die im oben genannten Lehrbuch der Marx'schen Philosophie vertretene offizielle Doktrin in keiner Weise das philosophisch recht beachtliche Niveau der Moskauer Tagung widerspiegelt, sondern weit eher das tragende philosophische Niveau in der SU. Werden ja hier nicht einmal die jedem westlichen Logiker geläufigen Unterscheidungen zwischen kontradiktorischen, konträren, subkonträren, privativen etc. Gegensätzen erwähnt.

Zwei Umstände charakterisieren die Moskauer Tagung. Zum ersten, dass sich auf ihr die Sowjetphilosophie das erste Mal systematisch mit diesem wohl bedeutsamsten begehrten Erbe ihrer Philosophie auseinandergesetzt hat; und zum anderen, dass man es gewagt hat, im Rahmen einer offiziellen Tagung den sogenannten Klassikern zu widersprechen. Die undankbare Aufgabe, die Auffassung von der Bewegung – wie sie Engels im „Anti-Dühring“ mit seiner Bestimmung, „dass ein Körper in ein und demselben Zeitmoment... an einem und demselben Ort und nicht an ihm ist“, dargelegt hat – als einen Irrtum zu brandmarken, übernahm der gebürtige Tscheche E. Kolman, gegenwärtig Professor am Moskauer Institut für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik.

Ein grosser Teil der Referenten forderte, wie es nur das Protokoll versichert, ein widerspruchsfreies Denken, verteidigt-

te die Logik und versuchte die von allen anerkannten realen Widersprüche in den Dingen in bloss polare Gegensätze umzu-
deuten. Hier war es vor allem der Pole A. A. Zinover mit seinem auf wissenschaftlicher Werte sich haltenden Referat „Über die logische Widerspruchsfreiheit der wahren Urteile über Veränderungen und Zusammenhänge über Gegenständen“, der die Position der Logiker unter den Referenten dahin präziserte, dass widerspruchsvolle Urteile ausnahmslos falsch seien, da ihnen nichts in der Wirklichkeit entsprechen könne. Teilweise wurden sogar Stimmen laut, dass der Widerspruch nicht so sehr Quelle als vielmehr Hindernis der Entwicklung sei.

Bei aller Verschiedenheit der Standpunkte waren sich doch sämtliche Referenten in einem Grunddogma der Sowjetideologie einig, dass es „reale Widersprüche“ gebe, wengleich die Bestimmungen dessen, was solch ein realer beziehungsweise dialektischer Widerspruch sei, weit auseinandergingen.

Chr. M.

Ute Erb: „Die Kette an deinem Hals“. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1960, 248 Seiten, DM 12,80

Ute Erb, sechzehnjährig nach Westdeutschland geflohen, bringt uns in diesem Buch die Aufzeichnungen eines „zornigen jungen Mädchens“ aus Mitteldeutschland zur Kenntnis. Sie selbst war Funktionärin bei der FDJ und stammt aus einer linientreuen Intellektuellenfamilie.

Während die zornigen jungen Leute des Westens stets aus Gefühl einer unbeschränkten individuellen Freiheit heraus das Überkommene zerstören möchten, ist das Buch Ute Erbs symptomatisch für das Denken der intellektuellen und verantwortungsbewussten Jugend in der Sowjetzone und die Belastung durch ein totalitäres System, das sich nicht grundlegend vom Nationalsozialismus unterscheidet.

Die Jugendlichen drüben haben die gleichen Alltagsschwierigkeiten wie die des Westens; es sind die Sorgen und Nöte aller Menschen dieses Alters. Die Autorin, ein „Kind des Sozialismus“, zeigt jedoch in ihrem Buch, dass es auch drüben eine skeptische Generation gibt, dass ihr Skeptizismus jedoch ergebnislos bleibt, weil der Staat sie so organisiert, dass jedes Ausbrechen in gefährliche Kritik als staatsfeindliche Äusserung geahndet wird und nur Kritik geäußert werden beziehungsweise diskutiert werden darf, was von oben gestattet wird.

Die Autorin beschreibt in ihrem Buch die Zeit, die sie brauchte, um den Entschluss zu fassen, nach Westdeutschland zu fliehen: Sie lebte in einem Elternhaus, das nach aussen hin noch Familie scheint, innerlich jedoch auseinandergebrochen ist. Sie selbst wird von ihren Eltern als Kind betrachtet, man verlangt von ihr unbedingten Respekt vor der elterlichen Autorität. Sie aber fühlt sich nicht mehr als Kind, sie ist es auch nicht, und die Bindung an das Elternhaus ist damit schon gelöst.

Auch die Bindung an die Freunde und Kameraden ist gegen Ende ihres Loslösungsprozesses nicht mehr stark genug, um sie von ihrem Entschluss, dem Ruf nach geistiger und persönlicher Freiheit zu folgen, abzubringen.

Das Buch ist nicht nur wegen der Vielschichtigkeit der behandelten Problematik lesenswert, man liest es auch seiner ironischen Ausdrucksweise wegen mit Vergnügen. Bei allem Spott jedoch vergisst die Autorin nie den Ernst des Problems. Einige Passagen sind so bitter ernst gemeint und auch literarisch so ernstzunehmen, dass man nur hoffen kann, dass Ute Erb sich ihrer Verantwortung, weiterzuschreiben, nicht entzieht; denn sie besitzt ein Auge für das Wesentliche von Situationen und Charakteren und vor allen Dingen die Aussagekraft, die vielleicht sogar einen westdeutschen Dauerschläfer wecken und zu seiner Verantwortung zurückführen könnte.

P. Kosta

Raymond L. Garthoff: „The Soviet Image of Future War“. Public Affairs Press, Washington 1959. 137 Seiten. \$ 3,75

Der Verfasser hat seit Jahren einen guten Ruf als Kenner der sowjetischen Armee und der sowjetischen militärischen Strategie und Taktik. Seine Bücher „Die Sowjetarmee“ und „Die Sowjetstrategie im Atomzeitalter“ wurden in mehrere Sprachen übersetzt und fanden allgemeine Anerkennung. In der vorliegenden Arbeit untersucht Garthoff die sowjetische Einschätzung des Überraschungsangriffs im modernen Krieg. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass die Vorteile eines solchen Angriffs von sowjetischen Fachleuten als sehr gering eingeschätzt werden. In der Sowjetunion hält man noch immer an der Vorstellung fest, dass der zukünftige Krieg mehrere Jahre dauern werde und der Massenarmeen bedarf. Ein plötzlicher Überfall kann nur im Kriege gegen ein kleines Land mit geringer Bevölkerung erfolgreich sein.

Man kann dem Verfasser darin zustimmen, dass die Ergebnisse seiner Analyse tatsächlich recht beruhigend sind. Die ablehnende Haltung der sowjetischen Militärs gegenüber der Taktik des Überraschungsangriffs räumt dem Westen eine verhältnismässig grosse Chance ein, von einem solchen Überfall verschont zu bleiben, allerdings unter der Bedingung einer ständigen militärischen Bereitschaft und zumindest bei einem Gleichgewicht der Kräfte. Garthoff spricht ganz offen davon, dass es keine andere Garantie des Friedens als das „Gleichgewicht des Schreckens“ gebe und auch kaum eine andere geben könne. Zum Leidwesen aller Pazifisten ist eben noch keine andere wirksame gefunden worden. Garthoff ist tief davon überzeugt, dass die Militärdoktrin der Kommunisten und vor allem die sowjetische Militärdoktrin entschieden nicht abenteuerlich sei, des Hasardspiel ablehne und selbst den Überfall auf einen gleichstarken Gegner für ein Abenteuer hielte. K. G.

Bücher in russischer Sprache

МОСТЫ

(„Brücken“) Hefte für Kunst, Literatur und Politik
Heft 1 bis Heft 6
je etwa 450 Seiten. DM 5.-

Г. Ф а с т

Голый бог

(H. Fast: „Der nackte Gott“)
Aus dem Amerikanischen. 150 Seiten. DM 3.-

В. Мерцалов

Закрепощенное хозяйство

(W. Merzalow: „Die versklavte Landwirtschaft“)
64 Seiten. Kartониert DM -.50

В л. Ж а б и н с к и й

Просветы

(Wl. Shabinskij: „Morgenröte“)
200 Seiten. Kartониert DM 4.-

В л. Ж а б и н с к и й

Картинки с выставки

(Wl. Shabinskij: „Begegnungen in der
Brüsseler Weltausstellung“)
43 Seiten. Broschiert DM -.50

Н. О с и п о в

Клевета друзей

(N. Osipow: „Verleumdung der Freunde“)
70 Seiten. Kartониert DM 1.50

Л. Б о г д а н о в

Телеграмма из Москвы

(L. Bogdanow: „Telegramm aus Moskau“)
154 Seiten. Kartониert DM 3.-

Марксизм и наше время

(„Marxismus und die Gegenwart“)
42 Seiten. Broschiert DM -.50

Литературное зарубежье

(„Literatur in der Fremde“)

Anthologie russischer Schriftsteller im Ausland
320 Seiten. DM 4.-

К. К р ы л о в

Система всенародной собственности

(K. Krylow: „Das System des Volkseigentums“)
72 Seiten. Kartониert DM 1.-

Л. П р е д т е ч е в с к и й

Советский морской офицер

(L. Predtetschewsky: „Sowjetischer Marineoffizier“)
72 Seiten. Kartониert DM 1.-

Р. Д о н ц е в

Форпост Свободы

(R. Donzew: „Bastion der Freiheit“)
31 Seiten. Broschiert DM -.50

А. А в т о р х а н о в

Технология власти

(A. Awtorchanow: „Technologie der Macht“.
Zur Geschichte der KPdSU)
480 Seiten. Kartониert DM 4.-

Т а м и з д е с ь

(„Dort und hier“)
114 Seiten. Kartониert DM 1.-

А. Ф е д о р о в

Реорганизация управления промышленностью

(A. Fedorow: „Die Reorganisation der Leitung der
Industrie in der UdSSR“)
48 Seiten. Kartониert DM -.50

«Дело Пастернака»

(„Der Fall Pasternak“)
112 Seiten. Kartониert DM 1.-

Einzelpreis DM 1.